

offensiv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4/2013

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Juli-August 2013

Redaktionsnotiz.....	3
Die imperialistischen Verhältnisse in der EU.....	4
<i>Werner Roß: Die EU ist nicht reformierbar. Eine Streitschrift.....</i>	4
Cuba.....	10
Pressemitteilung des Vorstands des Netzwerk Cuba zur EU-Politik gegenüber Cuba.....	10
<i>Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen: Presseerklärung zur Attacke auf Präsident Evo Morales.....</i>	11
Von internationalen Konferenzen.....	12
<i>Erste Konferenz des PRCF zu internationalen Fragen, 4.-5. Mai 2013, Paris - Prof. Dr sc. Zbigniew Wiktor: Bericht aus Polen.....</i>	12
<i>22. Internationales kommunistisches Seminar der PTB, Brüssel, 31.Mai-2. Juni 2013 – Harpal Brar: Bericht aus Großbritannien.....</i>	23

Polemik zum Thema Hauptfeind.....	28
<i>Johannes Oehme</i> : Ein alter Hauptfeind und die vielen neuen Feinde – Apologie des Liebknecht.....	28
<i>F. Flegel</i> : Von der Hauptfeind-Losung in den antideutschen Sumpf.....	56
Lateinamerika.....	59
<i>Toni Solo, Jorge Capelán</i> : Jenseits der Theorie – Die Praxis des Aufbaus des Sozialismus in Lateinamerika.....	59
Zur Organisationsfrage.....	70
<i>Dieter Itzerott</i> : Zur Organisationsfrage.....	70
Buchbesprechungen.....	73
C. R.: Heinz W. Hammer, Frank Schwitalla: Solidarität-Die Zärtlichkeit der Völker. 20 Jahre Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.....	73
<i>Erich Buchholz</i> : Walter Ulbricht - Sozialistischer Staatsmann.....	75

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonten:

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: über Redaktionsadresse

Redaktionsnotiz

In diesem Heft geht es um strategische Orientierung. Was ist die EU, welche Rolle spielt der deutsche Imperialismus, wie ist die europäische Linke einzuschätzen? Welche revolutionären Prozesse laufen in Lateinamerika ab und wie verhalten sie sich zur Frage des Aufbaus des Sozialismus? Wie steht es mit der Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ und was bedeutet sie heute? Lauern darin eventuell auch Gefahren? Und da das alles keine Luftschlösser, sondern Überlegungen sind, die als Richtschnur für die Praxis dienen sollen, stellt Dieter Itzerott zehn Jahre nach dem ersten Erscheinen seines Artikels mit dem gleichen Titel die Organisationsfrage heute.

Diese und andere Themen werden in diesem Heft diskutiert. Dabei wird es sicherlich keine endgültigen Antworten geben, wohl aber Anstöße, Thesen, Problemanzeigen, Fragen und wichtige Argumentationen. Um so vorzugehen mussten wir als Redaktion bei zwei Artikeln über unseren eigenen Schatten springen: beim Lateinamerika-Artikel von Toni Solo und George Capelán und beim Hauptfeind-Artikel von Johannes Oehme, denn beide entsprechen nicht unseren Auffassungen. Dem Lateinamerika-Artikel haben wir einige Bemerkungen vorangestellt, dem langen Hauptfeindartikel folgt eine kurze Kritik unsererseits.

Über Zuschriften, Meinungsäußerungen oder Leser/innen-Briefe würden wir uns freuen.

Die finanzielle Lage der offen-siv ist nicht mehr katastrophal, aber durchaus noch angespannt. Deshalb bitten wir Euch, an uns zu denken und mit Spenden zu unterstützen. Und scheut Euch nicht, auch geringe Beträge zu überweisen, - jeder Euro zählt!

Frank Flegel

Spendenkonto Offensiv:

Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv

Ausland: Konto Frank Flegel,

Internat. Kontonummer (IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Die imperialistischen Verhältnisse in der EU

Werner Roß: Die EU ist nicht reformierbar. Eine Streitschrift.

1.

Bei der Europäischen Union (EU) handelt es sich um ein **Integrationsbündnis kapitalistischer Länder** Europas, wobei die führenden imperialistischen Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien Inhalt und Richtung der EU zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit im Weltmaßstab bestimmen. Gleichzeitig wird die militärische Komponente zur Absicherung ökonomischer Zielstellungen (Ressourcenwahrnehmung) verfolgt. Dabei wird der Militärisch-Industrielle Komplex gefördert.

Die imperialistischen Staaten in der EU nutzen diese als Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Ziel, die Freizügigkeit des Kapitals zu gewährleisten und die ökonomisch schwachen Länder in ihrer Entwicklung zu behindern und abhängig zu machen. Der **Liberalismus** in seiner reaktionären Ausprägung ist die bestimmende ideologische Grundlage ihrer Handlungsorientierung.

2.

Durch die EU wird die **Konkurrenz** zwischen den kapitalistischen Ländern des Integrationsbündnisses nicht aufgehoben, da diese ein Wesensmerkmal des Imperialismus ist. In Betracht dabei zu ziehen dürfte sein, dass die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase, verglichen mit dem Kapitalismus der freien Konkurrenz zwar elementar, jedoch in veränderter, radikalerer Weise wirken. Eingebunden in die antagonistische Widerspruchsentwicklung steht sie einer solidarischen Zusammenarbeit der EU-Länder objektiv entgegen. Lenin hat darauf verwiesen, dass eine Übereinkunft über die Einigung Europas „unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär“ ist. Ein „gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten“ sei unter kapitalistischen Bedingungen ausgeschlossen (W. I. Lenin Werke, Bd. 21, S. 344). Eine Kooperation und ein Ausgleich der Interessen ist nur situativ sowie auf Zeit möglich, nur insoweit es um die Wahrung gemeinsamer Klasseninteressen geht. Bei einer derartigen Sachlage bleibt jedoch das soziale Element außer Betracht; denn die Lohn- und Sozialabhängigen stellen für die kapitalistischen Länder keine gesellschaftliche Zielgröße dar. Eine **Sozialunion** wurde von Anfang an nicht konzipiert, weil sie dem Profitstreben des Kapitalismus widerspricht.

3.

Durch die Weltwirtschaftskrise als **systemische Krise** des Kapitals, die sich in der Verflechtung von Akkumulations-, Überproduktions- und Finanzkrise darstellt, wurde auch die EU in ihren Grundfesten erschüttert. Davon wurde die gemeinsame Währung, der Euro, erfasst. Das Krisenmanagement zur **Rettung des Euro** offenbart einmal mehr die Widerspruchslage bei der Kapitalverwertung und somit die selbstsüchtige Hilfe gegenüber insolventen Euro – Ländern. Der Fiskalpakt und der Rettungsfonds ESM stellen nichts anderes dar als eine ökonomische Knechtung durch ein politisches Diktat (harte Sparpolitik, scharfe Haushaltskontrollen, Entzug der Souveränitätsrechte über den Haushalt (Verlust der Budgetrechte). Die europäische Zentralbank erhält das Management für den Rettungsfond ESM. Die Folge sind Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, Zerstörung der Infrastruktur, zerfallende Bildungs-, Kultur- und Gesundheitssysteme in ganz Europa. **Demokratieabbau** und Installierung **genehmer Regierungen** gehören zum Forderungskatalog.

4.

Für die Beantwortung der Frage einer möglichen „Reformierbarkeit der EU“ ist die **Widerspruchslage** in diesem Integrationsbündnis von Belang. In diesem Zusammenhang muss darauf verwiesen werden, dass die **EU in sich gespalten ist**, so zwischen

- den Lohn- und Sozialabhängigen einerseits sowie den Kapitalmächtigen andererseits
- den wirtschaftsstarken und den ökonomisch schwachen Staaten
- den imperialistischen Hauptländern, wobei die Dominanz Deutschlands nicht zuletzt durch niedrige Sozialstandards sowie die sehr hohen Exportüberschüsse auch zu einer politischen Vormachtsstellung führen
- den Ländern der Euro – Zone und den Staaten der EU, die sich außerhalb des Euro – Raumes befinden. Dabei spielt Großbritannien eine tragende Rolle. Das offenbart sich nicht nur im Abstimmungsverhalten über die Strategie zur Entwicklung der EU, sondern auch beim Votum zum Haushalt des Integrationsbündnisses. Offen ist zudem, inwieweit die Zugehörigkeit zur EU weiter toleriert wird. Ein Referendum darüber steht noch aus.

5.

Was die Lösung dieser Widersprüche angeht, so ergeben sich von den Systemparteien und den Regierungen unterschiedliche Varianten über die Entwicklungsrichtung

der EU, auch in Ansehung der Krisensituation. Bei alledem ist natürlich die Interessenlage (politisch und wirtschaftlich) der einzelnen Länder von Gewicht, die wiederum von den Beweggründen der Konzerne abhängt. Als Versionen wurden präferiert:

- Schaffung einer Transfer – Union und eines ausgewogenen Finanzausgleichs
- Eine zu bildende Wirtschaftsregierung, die supranationale Funktionen ausübt
- Konstituierung einer politischen Union, die auf einen weitgehenden Verzicht auf die staatliche Souveränität abzielt.

Es gibt auch solche Konzeptionen, die die EU gänzlich infrage stellen und sich für die Auflösung der Eurozone aussprechen (vgl. die neu gegründete Partei „Alternative für Deutschland“). Die Sichtweisen gehen oftmals quer durch alle Parteien, sind von der Tageskonjunktur abhängig und als instabil einzuschätzen.

Die Vertreter, die der EU mehr Macht zugestehen wollen, insbesondere in Form einer Wirtschaftsregierung, sind das Sprachrohr der Bourgeoisie, die von der EU am meisten profitieren. Es werden aber auch ernstzunehmende Bedenken gegen einen Zentrismus innerhalb der EU geäußert sowie gegen weitere Zahlungsverpflichtungen der BRD.

So weit gefächert auch die Ansichten sein mögen, ist jetzt schon abzusehen, dass **die Widersprüche der kapitaldominanten EU nicht zu lösen sind**. Das hängt damit zusammen, dass der **Kapitalismus eine ziellose, unbeherrschbare Dynamik entwickelt**, die **aus seiner immensen Irrationalität resultiert**. Deshalb befindet sich die EU in einer strukturellen Sackgasse aus der es keinen rationalen Ausweg gibt.

6.

Ihrer politischen Linienführung folgend gibt es **linke Politiker**, die Illusionen aufsitzen und Forderungen erheben, die unter den Bedingungen des Kapitalismus nicht zu realisieren sind. So fordern sie, dass die EU demokratischer, sozialer, ökologischer und friedlicher werden möge. Sie wollen Ungleichgewichte beseitigen und treten dafür ein, dass die Wirtschafts-, Fiskal-, Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Euro – Mitgliedsländer enger abgestimmt werden. Der vorherrschende Wettbewerb darf nicht durch Steuer-, Sozial- und Lohndumping unterlaufen werden. Eine Ausgleichsunion soll für faire ausgeglichene Handelsströme sorgen. Die Exportorientierung muss zugunsten der Stärkung der Binnenwirtschaft abgelöst werden. Auch gut abgesicherte und vergütete Arbeitsplätze seien zu schaffen. Diese berechtigten sozialen Postulate kollidieren jedoch mit dem kapitalistischen System. In diesem Zusammenhang muss auch die Auffassung von O. Lafontain erwähnt werden, der der Mei-

nung ist, dass der Euro „hätte von Bestand sein können, wenn die beteiligten Staaten eine aufeinander abgestimmte produktivitätsorientierte Lohnpolitik verfolgt hätten. Weil ich diese Lohnkoordination für möglich hielt, habe ich – so O. Lafontain – „, in den 90er Jahren die Einführung des Euro befürwortet“ (zitiert nach Hans-Peter Brenner, Junge Welt vom 25./26. Mai 2013, S.10).

Zielorientierte Lösungen anstreben, bedeutet zugleich, die Wege für die Realisierungsphase zu bestimmen. Diese können unter den Bedingungen der Herrschaft des Kapitals nur sein, den **Klassenkampf** national und international in seinen elementaren Bestandteilen zu führen, nämlich auf politischer, ökonomischer, sozialer und ideologischer Ebene. Außerdem muss in Rechnung gestellt werden, dass in der EU die geballte Kraft der internationalen Reaktion in Form strukturierter Machtausübung, so durch den Rat und der Kommission, auftritt. „Demokratische“ Organisationsgebilde – wie das Europäische Parlament – sind oft nur eine Dekoration mit der sich das Kapital schmückt, um seine Interessenlage im Entscheidungsprozess zu drapieren. Dabei muss beachtet werden, dass die rechten und konservativen Kräfte als Vertreter der nationalen Reaktion dem Integrationsbündnis das notwendige Profil in einem arbeitsteiligen Prozess verleihen sollen.

Wie wir gesehen haben, tritt das nationale und das internationale Element in der EU als ein Wesenszug widersprüchlicher kapitalistischer Verflechtung zutage. Darauf müssen sich die progressiven, marxistisch orientierten Linken, in ihrer Strategiebildung einstellen. Ausgehend von der **Dialektik** von **Nationalem** und **Internationalem** ist das Primat zweifellos auf innerstaatlicher Ebene zu verorten. Davon muss sich die Zielrichtung im Klassenkampf ableiten, der zu allererst gegen die eigene Bourgeoisie zu führen ist.

Eine solche Orientierung muss auch Eingang bei den zu konzipierenden **Übergangsprogrammen** finden, die von der **Dialektik** von **Nationalem** und **Internationalem** auszugehen haben. Sie haben sichtbar zu machen, wie in Verfolg der **Einheit** von **Reform** und **Revolution** ein Ausbruch aus dem kapitalistischen Herrschaftssystem zu erfolgen habe. Außer Frage steht, dass der Klassenkampf sich in erster Linie auf außerparlamentarischem Terrain vollziehen muss. Das erfordert zwangsläufig ein revolutionäres Führungszentrum unter Federführung einer marxistischen Partei und die ideologische Reife der Volksmassen, wobei der **subjektive Faktor notwendiger Weise zum revolutionären Faktor** werden muss.

Die Revolution auf nationaler Ebene zieht unausbleiblich die Gestaltung internationaler Beziehungen nach sich, so dass ein Integrationsbündnis demokratischer und sozialistischer Prägung entstehen könnte, das sich in der politischen Ausrichtung qualitativ

von der EU unterscheidet, solidarischen Charakters ist und die Leitlinie des Kommunistischen Manifest realisiert : „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch !“.

7.

Wenn dargestellt wurde, dass die **EU nicht reformierbar** und **im Kern reaktionär** sei, muss noch ein Theorem nachgetragen werden. Dieses zielt auf einen objektiv historischen Prozess ab, der die materiellen Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Produktionsweise bildet. Das ist die **Vergesellschaftung von Arbeit und Produktion**. Da diese Thematik in Zusammenhang mit der Entfaltung der Arbeitsteilung im Wechselverhältnis mit der Entwicklung der Produktivkräfte und den fortschreitenden Produktionsverhältnissen mehrfach beschrieben wurde und somit theoretisches Gemeingut ist, werden hier keine neuen Sichten eröffnet. Deshalb wird das Thema etwas verengt dargestellt und auf wenige Bezugspunkte zur EU reduziert.

Es genügt darauf zu verweisen, dass die sich ausweitende Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft zu einer Vergrößerung der Wirtschafts- und Industriezweige sowie zur Verschmelzung in einem einzigen gesellschaftlichen Produktionsprozess führt. Die Konzentration, Spezialisierung, Kooperation und Kombination der Produktion bilden die entsprechenden Formen der Organisation, sprengen den nationalen Rahmen und führen schließlich in ihrer Dynamik zur Herausbildung des Weltmarktes. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung vertieft einerseits den Vergesellschaftungsprozess von Arbeit und Produktion, gibt diesem sein Gepräge (Charakter und Struktur) und setzt diesem Mechanismus zugleich Grenzen. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus wird die Vergesellschaftung von Arbeit und Produktion bis zur äußersten Grenze getrieben. Damit werden zugleich in der Tendenz die materiellen Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Produktionsweise geschaffen. Wichtig dabei ist jedoch, dass bei dem angesprochenem Vergesellschaftungsprozess, die Produktionsverhältnisse, speziell das Eigentum an den Produktionsmitteln in Betracht zu ziehen sind. Erst unter sozialistischen Bedingungen erhält der Vergesellschaftungsprozess einen anderen Wesenszug. Eine planmäßige Entwicklung wird jetzt im gesellschaftlichen Gesamtmaßstab zur Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder realisierbar. Inwieweit im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus Formen der Organisation der Produktion, der Konzentration, Spezialisierung, Kooperation und Kombination vom Kapitalismus übernommen werden können, bedürfen der Zweckmäßigkeitentscheidung. Die in der EU sich herausgebildete Struktur ist nicht immer kompatibel, weil sie aus Profitgründen erfolgte und auch der unterschiedlichen Inte-

ressenlage der wirtschaftlich dominanten und schwachen Länder geschuldet ist, hier also andere Mechanismen zur Gestaltung der Arbeitsteilung greifen.

8.

Mit dem begründetem Diktum „Die EU ist nicht reformierbar“, leiten sich bestimmte **politische Schlussfolgerungen** ab. Eine nahe liegende ist die Forderung „Raus aus der EU“. Hierbei ergeben sich eine Reihe von Fragen, so:

- an wen ist die Losung adressiert
- wer soll aus welchen Motiven aussteigen
- welche Alternativen bieten sich danach an?

Objektiv dürften Lohn- und Sozialabhängige nicht Adressaten eines derartigen Verlangens sein. Die EU als Hort der Bourgeoisie kann nicht ihre politische und soziale Heimstatt sein, da sie kein **emanzipatorisches Projekt** darstellt. Was den Widerstand der Bürger betrifft, bedarf es jedoch einer Relativierung. Nicht zu übersehen ist allerdings, dass sich nicht wenige Bürger eine gewisse Weltbeglückung versprechen (Freizügigkeit der Waren und Dienstleistungen sowie des Arbeitsmarktes, Wegfall von Kontrollen und Zöllen an den Grenzen, Ängste, was kommt danach, so beim Verlassen der Eurozone). Problematischer ist die Frage, wer sollte aussteigen, wem wird dies empfohlen. In einem solchen Fall prallen divergierende Interessen aufeinander. Die eine Seite fürchtet um wirtschaftliche Nachteile, die andere will chronische Schuldnerländer los sein und trägt Reglungsmechanismen vor (ordnungsgemäßes Insolvenzverfahren – Wirtschaftsminister Rösler). Wer nicht aussteigen will profitiert von den gegenwärtigen wirtschaftlichen Gegebenheiten. Andere, die einsteigen wollen, werden z.T. mit erpresserischen Hürden konfrontiert (Serbien in der Kosovo – Frage und verbinden mit dem Einstieg irrealer Hoffnungen).

Manche Linke Parteien stellen sich den Fragen erst gar nicht, weil sie systemische Vorstellungen haben. Ihr Problemverständnis sind kleinteilige Lösungen in Form partieller Verbesserungen, also eine Systemreparatur.

Die richtige Strategie für **marxistisch – orientierte Linke** muss eine Radikalkritik gegenüber dem kapitalistischen Integrationsbündnis unter antikapitalistischen Gesichtspunkten sein; denn **EU – Kritik ist Kapitalismuskritik. Raus aus der EU** muss zugleich lauten: **Raus aus dem Kapitalismus!**

Eine andere Betrachtungsweise bedeutet Aufgabe fundamentaler Positionen und abgleiten ins politische Abseits.

Unter dieser Sichtweise muss auch die **Europäische Linke (EL)** auf den **Prüfstand**. Von dieser Evaluierung ist abhängig, in wie weit eine linke Partei, insbesondere eine kommunistische, in diesem Gremium mitwirken kann, so als Mitglied oder im Rahmen eines Beobachterstatus. Ein politisches Herumbasteln, Anmahnung oder im Rahmen eines Beobachterstatus. Ein politisches Herumbasteln, Anmahnung von kleinformatigen Korrekturen sowie Aufgabe des Klassenkampfes sind ein Zeichen einer Solidargemeinschaft mit dem Kapital und führen zu Illusionen bei den Bürgern der EU. Nach der gegenwärtigen Sachlage wird eine solche Haltung von der EL praktiziert. Deshalb darf es keine Unterstützung eines derartigen systemtreuen Organisationsgebildes geben.

Werner Roß Zwickau, 25.5.2013

Cuba

Pressemitteilung des Vorstands des Netzwerk Cuba zur EU-Politik gegenüber Cuba

Aus Anlass des Beginns der EU-Ratspräsidentschaft durch Litauen am 1. Juli haben europäische Solidaritätsorganisationen mit Cuba die Abschaffung des „Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union betreffend Kuba“ gefordert. Die Vorstände von großen Cuba-Solidaritätsorganisationen aus 17 Staaten haben dies in einem Offenen Brief an die EU-Ratspräsidentin Frau Grybauskaitė bzw. ihren Außenminister übermittelt: Belgien, Portugal, Österreich, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Schweden, Großbritannien, Griechenland, Rumänien, Norwegen, Serbien, Slowenien, Bosnien Herzegowina, Malta.

Nach ihrer Einschätzung verletzt der „Gemeinsame Standpunkte der EU“ internationale Prinzipien wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Er sei 1996 auf Druck der US-Regierung eingeführt worden, um die Verschärfung der US-Blockadegesetzgebung gegen Cuba zu eskalieren und die Menschen dort unter Druck zu setzen. Die Abschaffung dieser „Gemeinsamen Position“ sei auch geboten, weil sich die EU-Staaten alljährlich in der UN-Vollversammlung gegen die US-Blockade aussprechen. Diesem Votum gelte es dann auch Taten folgen zu lassen.

Der Vorstand des NETZWERK CUBA e.V., einer Vereinigung von 43 Cuba-Solidaritätsgruppen in Deutschland fordert gemeinsam mit den anderen 16 europäi-

schen Organisationen in dem Offenen Brief außerdem den Aufbau von fairen Kontakten und einer respektvollen Kooperation mit der Republik Cuba. Weltweit drängende Themen wie Klimaschutz, Wüstenbildung, Biodiversität, Armutsbekämpfung, Fairer Handel, Technologietransfer sowie die im Rahmen der UN in Arbeit befindlichen neuen Sustainable Development Goals seien beste Ansatzpunkte für eine zukunftsfähige Zusammenarbeit zwischen der EU und Cuba, zumal Cuba bei diesen Themenfeldern immense Entwicklungserfolge aufzuweisen hat.

Gerade angesichts der jüngsten Spionageskandale der USA ließe sich erkennen, gegen welchen aggressiven und hochgerüsteten Nachbarn sich Cuba seit nunmehr 54 Jahren erfolgreich verteidigt und weit entwickelt hat.

Für Rückfragen: Dr. Edgar Göll 0157 - 8242 1146

Netzwerk Cuba - informationsbüro - e.V., Weydingerstr. 14-16. 10178 Berlin

Fon +49 (0)30 2400 9338

www.netzwerk-cuba.de, www.netzwerk-cuba-nachrichten.de,

www.eurosolicuba2012.de, info@netzwerk-cuba.de

Spendenkonto: Postbank Berlin, BLZ 100 100 10, Konto Nr. 32 33 01 04

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen: Presseerklärung zur Attacke auf Präsident Evo Morales

Am 03.07.2013 wurden dem Flugzeug des bolivianischen Präsidenten Evo Morales im Rahmen einer konzertierten Aktion von USA und einigen EU-Staaten die Überflug- bzw. Landerechte verweigert, was einem eklatanten Bruch diplomatischer Gepflogenheiten und des Völkerrechts gleichkommt.

»Begründet« wurde diese Attacke auf die physische Unversehrtheit des bolivianischen Präsidenten damit, dass an Bord der bolivianischen Staatsmaschine evt. der von der US-Regierung gejagte Whistleblower Edward Snowden gewesen sein könnte.

Die internationale Politik wird mit dieser Ungeheuerlichkeit zurückversetzt in die finstersten Zeiten des originären, rassistischen Kolonialismus.

Wir hoffen, dass die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten diesen flagranten Angriff auf die Person des Präsidenten Evo Morales sowie den

souveränen Plurinationalen Staat Bolivien, der zugleich einen Angriff auf alle Staaten des Südens darstellt, in allen in Frage kommenden internationalen Gremien incl. der UNO thematisieren wird.

Der »klassische« Kolonialismus gehört ebenso wie der Neokolonialismus in die Motenkiste der Geschichte. Die Zeit des »Weltcowboys« USA und seiner europäischen »Hilfssheriffs« ist unwiderruflich vorbei.

Eine friedliche Entwicklung der Welt kann es nur bei strikter Gleichberechtigung aller Staaten geben.

Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit dem Präsidenten Evo Morales sowie dem Volk des souveränen Plurinationalen Staat Bolivien und den Völkern Lateinamerikas und der Karibik.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen; i.A. Heinz-W. Hammer. Vorsitzender

FG BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen, www.cubafreundschaft.de, c/o Heinz-W. Hammer, Holtener Straße 2, 45143 Essen, Tel. & Fax: 0201 – 622 630

Von internationalen Konferenzen

Erste Konferenz des PRCF¹ zu internationalen Fragen, 4.-5. Mai 2013, Paris - Prof. Dr sc. Zbigniew Wiktor: Bericht aus Polen

Liebe französische Genossinnen und Genossen, liebe Freunde!

Es ist mir angenehm Euch recht herzlich zum Mai-Fest zu begrüßen, auch im Namen der Kommunistischen Partei Polens (KPP). Ich möchte recht herzlich mich bedanken für die Einladung des „Pole der Renaissance Communiste en France“ und besonders

¹ PRCF = Pole de renaissance communiste en France (wörtlich übersetzt: Pol der kommunistischen Wiedergeburt in Frankreich)

des Genossen Professor Georges Gastaud und der Genossin Annette Mateu für Eure brüderliche Einladung nach Paris nach der alten Marxschen Losung: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Vielen Dank für Eure konsequente Unterstützung in meiner Professur-Sache, die Ihr in Eure Presse "Initiative Communiste" und gegenüber den polnischen Behörden gegeben habt. Seit Jahren ist der Antrag für meinen Professor-Titel durch antikommunistische und antimarxistische Hetze und ebensolche Kräfte und Behörde in Polen abgelehnt worden, obwohl ich Autor von elf wissenschaftlichen Büchern und Hunderten Artikeln bin und Hunderte meiner Schüler weitere Hunderte Artikel verfasst haben. Die Grundlage dieser Verfolgung bleibt nach wie vor der Antikommunismus und Antimarxismus, die sind inzwischen eine Regel in Polen und in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern. Meine persönliche Sache ist nur ein individuelles Beispiel, zeigt aber die allgemeine Verfolgung der Kommunisten zwecks weiterer Ausbeutung der Werktätigen durch das internationale Kapital und ihre staatlichen Diener – die Compradorenbourgeoisie.

Nochmals beste Grüße und Wünsche an Euch von der KPP und dem Vorsitzende des CC, Gen. Krzysztof Szwej.

Kurz zur Geschichte

Die Republik Polen war bis 1989 ein volksdemokratischer, sozialistischer Staat, wo seit 1944/45 das polnische Volk, seine Arbeiter, Bauern und die fortschrittliche, patriotische Intelligenz gewonnen hatten. Diese Kräfte haben in Jahrzehnten die Volksrepublik Polen aufgebaut. In der Zeit von 1945 bis 1989 waren die Eigentumsformen der Großbourgeoisie sowie der polnischen Junker liquidiert. Die große und mittlere Industrie und die Banken wurden nationalisiert und das ist die wichtige materielle Grundlage der sozialistischen Planwirtschaft geworden. Millionen Hektar Junkerland wurden auf zahlreichen Bauernfamilien aufgeteilt. Die früheren Klassenunterschiede wurden aufgehoben. Dank der sozialistischer Revolution, der brüderlicher Hilfe der Sowjetunion und der allseitigen Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern entstanden in Polen gute Bedingungen für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und im Rahmen der vielen Fünf-Jahr-Pläne für die tiefen wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltungen.

Polen ist von einem Agrarland (70% der Bevölkerung war vor der Revolution in der Landwirtschaft tätig) zu einem industriellen Land geworden. Im Zweiten Weltkrieg hat Polen fast 6 Millionen Bürger und 40% seines ökonomischen Potentials verloren. Die großen Städte wie Warschau, Gdańsk, Wrocław, Szczecin, Poznań wurden bis zu 70% zerstört. Betriebe und Wohnviertel waren nur noch Ruinen.

Aber die Städte und die Wirtschaft wurden nach dem Krieg schnell wiederaufgebaut. Die Bevölkerung ist seit 1945 von damals 22 Millionen auf fast 40 Millionen am Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts gewachsen. Die sozialistische Planwirtschaft bedeutete Aufbau von Tausenden von neuen Großfabriken, ganz neuen Industriezweigen, neuen modernen Straßen, Eisenbahnlinien, neuen Seehäfen sowie ganz neuen Städten und Stadtvierteln mit Millionen neuer und modernisierter Wohnungen. Noch in den 40er Jahre ist der Analphabetismus und die Arbeitslosigkeit in den Städten überwunden worden, es wuchs die Volksbildung, insbesondere in der junger Generation, die en Masse in den 70er Jahre die mittlere Schulbildung und Millionen von ihnen eine Hochschul-Ausbildung bekamen. Es wurde die Massenkultur der Werktätigen verbreitet.

Die historische Rolle der Volksrepublik Polen

Der Aufbau des Sozialismus hat neue Produktivkräfte entwickelt. Z.B. wuchs die Förderung der Steinkohle von 38 Millionen Tonnen bis zum Ende der Volksrepublik Polen auf fast 200 Millionen Tonnen, die Energieproduktion wuchs von 3,9 Millionen kWh in 1938 und 145 Millionen kWh in 1989, die Stahlindustrie von 1,5 Millionen Tonnen 1938 auf 16,1 Millionen Tonnen 1985. Es sind in der Zeit der Volksrepublik Polen die Maschinenindustrie, die Schiffbauindustrie (neue Werften in Gdańsk, Gdynia, Szczecin), die Autoindustrie und viele andere Industriezweige aufgebaut worden. Die Textil- und die Agrarindustrie sind wesentlich vergrößert worden. In den 1960er Jahren wurde die Arbeitslosigkeit auf dem Lande völlig liquidiert. Es entstand ein großer Bauindustrie, insbesondere die Wohnungsbauindustrie. Es wurden mehr als sechs Millionen neue Wohnungen hergestellt, insbesondere in den 1970er bis 1980er Jahren, als man 2,6 Millionen neue Wohnungen schaffte. Es entstanden in dieser Periode auch 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze, was zusammen mit den modernisierten alten Fabriken mehr als 3,5 Millionen jungen Leuten Arbeitsplätze gab. In der Zeit der Volksrepublik Polen wuchs die Urbanisierungsrate schnell. 1946 haben nur 31,8% der Bevölkerung in Städten gelebt, in 1989 – 61%. Auch auf dem Lande ist der Fortschritt durch die Modernisierung, neue Technologien in der Agrarproduktion und den sozialer Fortschritt unübersehbar gewesen. Die ganze Gesellschaft bekam große soziale Erleichterung durch das kostenlose Gesundheitswesen, die Arzneimittelsubventionierung, das kostenlose Bildungswesen, die allgemeine Gesundheits- und Lebensversicherung, das Erholungssystem, insbesondere die großen Erholungsheime der Betriebe, die Erholungskolonien für Schulkinder und anderes mehr. Das Arbeitssystem wurde verbessert, insbesondere durch eine fortschrittlichere und für Arbeiter günstigere Arbeitsgesetzgebung. Die körperliche und die intellektuelle Arbeit wurden

gleichgestellt und liquidiert wurden die bis dahin existierende Unterschiede zwischen Arbeitern und Beamten.

Das sozialistische Polen hat durch fast 45 Jahre eine friedliche Politik in den internationalen Verhältnissen beibehalten. Polen hat eine große internationale Autorität durch die Unterstützung der um ihre Unabhängigkeit kämpfenden kolonialen Länder und Völker und die Friedens- und Koexistenz-Politik gegenüber den kapitalistischen Ländern erworben, die Volksrepublik Polen war ein aktives Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen. Die Hauptgrundlage dieser Politik war das Bündnis mit der Sowjet-Union und mit den anderen sozialistischen Ländern, insbesondere mit der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik. Die organisatorische Grundlage dieser Politik war das Warschauer Abkommen (seit 1955) und der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (seit 1949). Gleichzeitig formierten sich die Prozesse der neuen Volks- und sozialistischen Revolutionen, insbesondere in den s.g. 3-Welt-Ländern. Sozialistische Staaten unterstützten auch die revolutionären Bewegungen in kapitalistischen Ländern.

Es kommt die Konterrevolution

Die Volksrepublik Polen ist durch den Sieg der offenen und der verdeckten Konterrevolution gefallen. Auch in anderen Volksrepubliken ist Ende 1989 der Sozialismus besiegt. Die letzten Reste des Sozialismus wurden in der Sowjet-Union 1991 zerstört. Eine große Rolle bei der Vernichtung der Volksrepublik Polen spielte die "Solidarność" als eine kleinbürgerliche, sozialismusfeindliche Strömung in den Gewerkschaften und in einem Teil der polnischen Arbeiterklasse. Auch die katholische Kirche mit ihrer antikommunistischen Hierarchie hatte große „Verdienste“ bei der Zerstörung des Sozialismus in Polen. Die Einflüsse und Gefahren von außen kamen vom großen internationalen Kapital, von den Finanzmonopolen, von der transnationalen, insbesondere der amerikanischen, deutschen, englischen und französischen konterrevolutionären Kooperation, sie heißen Imperialismus, Neokolonialismus und Antikommunismus, und sie haben niemals den Kampf gegen den Sozialismus aufgegeben. Durch Kriege, Druck, Verfolgung, Attentate und durch die Hochrüstungen hatten sie einen großen Anteil an der Vernichtung des Sozialismus in der UdSSR und Osteuropa.

Doch eine noch schlimmere Rolle in diesem Prozess erfüllte die verdeckte Konterrevolution in der Parteileitung. Diese Kräfte haben den Opportunismus und Revisionismus stimuliert und entwickelt und haben so die ideologische und politische Erosion der PVAP vorangetrieben. Das war eine Schande und offene Verrat, die zusammen mit Gorbatschows Politik in Moskau der Arbeiterklasse, allen Werktätigen und dem

Sozialismus größte Verluste beigebracht haben. Heute, wenn wir alle Quellen der Niederlage des "realen Sozialismus" in der Sowjet-Union und in Europa vergleichen, müssen wir feststellen, dass der Hauptfeind im eigenen Haus stand.

Aber trotzdem wurden nicht alle Absichten der Imperialisten erfüllt. Der sozialistische Aufbau ist in der Volksrepublik China, in Kuba, in Vietnam und Nordkorea nicht zerstört worden und diese Länder beweisen, dass die Kräfte der Konterrevolution nicht allmächtig sind. Besonders interessant bleiben die neue Strategien und Taktiken der chinesischen Kommunisten, die eine sozialistische Marktwirtschaft aufgebaut haben, durch die in den letzten 30 Jahren gigantische wirtschaftliche und soziale Resultate erreicht wurden. Jetzt setzen diese Länder weiter die Sozialismusaufgabe in einer neuen Epoche, der Epoche der Globalisierung und der Wissenschaft fort. Die fortschrittliche Öffentlichkeit der ganzen Welt sieht im chinesischen Sozialismusaufbau neue Chancen und Perspektiven nicht nur für China, auch für anderen Werktätige und unterdrückte und vom Imperialismus ausgebeutete Völker.

Der zeitweilige Sieg des Kapitalismus

Fast 25 Jahre nach der Niederlage des realen Sozialismus in Europa beherrscht der Kapitalismus und Imperialismus die osteuropäische Länder sowie teilweise die Länder der ehemaligen Sowjetunion, auch die Baltischen Republiken. Jetzt geht der Kampf um die Ukraine, um Moldova und die Kaukasusstaaten. Die Russische Föderation, wo auch die Oligarchen gesiegt haben, erreichte eine gewisse politische und ökonomische Unabhängigkeit von den anderen imperialistischen Großmächten und kann zumindest teilweise eine eigenständige Politik betreiben – als relativ neuer „global player“ im imperialistischen Weltsystem. Interessant ist: In Russland wachsen die Kräfte des Sozialismus, des Patriotismus und des Antiimperialismus und die suchen die Zusammenarbeit und die Unterstützung der Chinesischen Volksrepublik im Rahmen der Shanghai-Organisation und der BRICS, was eine bessere Politikperspektive für Russland darstellt.

Eine andere Situation haben wir in Europa, wo eine Europäische Union, ein komplexes ökonomisches, politisches und militärisches Projekt des großen Kapitals entstanden ist und sich inzwischen unter Führung des deutschen Imperialismus befindet. Die EU vergrößerte sich um 10 neue osteuropäische Staaten und es geht ein weiterer Kampf um die Ukraine, Moldova, die Kaukasus-Länder, die Türkei usw. Es wird weiter in den Planungsstäben des Imperialismus an Plänen zur Zersplitterung Russlands in europäische, sibirische und Fernost-Teile gefeilt. Die Grenze Europas soll nach Plänen dieser Kräfte weit über den europäischen Kontinent hinausgehen. Es ist ein Kampf um die Globalisierung und eine neue imperialistische Weltaufteilung zwi-

schen Europa und USA. Der Imperialismus hat aber auch heute noch Gegenkräfte. Es sind die Volksrepublik China und andere friedliebende Länder der Welt.

Die Rolle der Europäischen Union

Die Europäische Union spielt inzwischen eine große Rolle in der Globalisierung des Kapitals. Die führenden Kreise der EU-Monopole, Banken und Korporationen wollen die Rolle einer neuen imperialistischen Großmacht spielen. Diese Absicht entsteht aus den Interessen der Kreise der Großbanken, der Großbourgeoisie insbesondere in Deutschland, zum Teil in Konkurrenz, zum Teil einheitlich mit England, Frankreich und anderen Teilen des kapitalistischen Europa. Zum jetzigen Zeitpunkt, wo der amerikanische Imperialismus sich von Europa ein Stück zurückzieht, wollen in diese Nische politisch, ökonomisch und militärisch europäische Monopole, die Europäische Union als ihr Rahmen und Deutschland als dessen Führung hineinstoßen. Es handelt sich in der Wirklichkeit um eine alte imperialistische Politik Großdeutschlands schon aus den Zeiten des 1. und des 2. Weltkrieg, heute aber in anderen Formen realisiert, in „weißen Handschuhen“, mit der Hilfe des Kapitals, mit der Forcierung der kapitalistischen Integration Europas – zum Nutzen des Zentrums und zum Schaden der Peripherie.

Die EU bedeutet eine Verschlechterung der sozialen und ökonomischen Lage für die Arbeiterklasse und die andere europäischen Werktätigen, nicht nur, aber besonders in den osteuropäischen Ländern. Es wächst die Arbeitslosigkeit, die Ausbeutung, die Demütigung der einfachen Leute, insbesondere der Arbeitslosen, Obdachlosen, der „Fremdarbeiter“, die schlimmste Arbeitsbedingungen bekommen.

Die Rolle der abhängigen Nationalstaaten Europas ist auf Kleinigkeiten der Selbstverwaltung beschränkt. Mehr als 70% der nationalen Rechte haben ihre Quellen in Bruxelles. Die reale Souveränität befindet sich in den Zentralen der großen Konzerne Deutschlands, die wichtigen Entscheidungen fallen in Berlin, teilweise in Bruxelles, Paris und London. Die Europäische Union begrenzt soziale Errungenschaften und sichert die großen Profite der Monopole. Diese Politik führt zur großen finanziellen und ökonomischen Krisen, die die ganze Welt beherrschen. In den letzten Jahren wuchs die Arbeitslosigkeit stetig an, die dramatischste Situation ist die der Jugend, die in der Mehrheit keine Perspektive hat.

Das „vereinte“ Europa ist ökonomisch und sozial geteilt in den Süden, wie Griechenland, Zypern, Italien, Spanien, Portugal, ökonomisch gehört auch Irland dazu, und den Norden, also Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Benelux. Ein Nebenland

befindet sich in Osteuropa – eine neue Peripherie mit vielen Arbeitslosen, Obdachlosen, unendlichem Elend und keiner Perspektive für Millionen.

Es kommt eine neue Revolution

In dieser Situation wächst der Widerstand und der Kampf der Werktätigen gegen den brutalen und parasitären Kapitalismus und für Demokratie, unabhängige Politik und für den Sozialismus. Dieser Kampf wird verstärkt durch wachsende wirtschaftliche, soziale und finanzielle Krisen, den aggressiven Antikommunismus und die Faschisierungstendenzen. Die Arbeiterklasse, die Arbeitslosen, die Jugend streiken, organisieren Massenproteste und gehen massenhaft auf die Straßen. Griechenland, unter roten Fahnen der Kommunisten und radikalen Gewerkschaften, organisiert Proteste jeden Monat. Das Land befindet sich in katastrophaler ökonomisch-finanzieller Situation und muss für neue Subventionen der EU weitere soziale Einschnitte vornehmen. In Zypern wächst der Widerstand der Bevölkerung. Belegschaften in Italien, Spanien, Portugal und Frankreich streiken in den Betrieben. Die Hauptursache bleibt nach wie vor die Reduktion der Arbeit, die Vergrößerung der Arbeitslosenrate, die Verminderung der Löhne. Die jungen Leute haben zu rund 50 % keine Arbeit. Es zeigt sich: der modern Kapitalismus, die Europäische Union, hat kein Programm zur Lösung dieser Probleme. Sie gehen nach dem altem Weg: verschärfte Ausbeutung, Abbau der sozialen und bürgerlichen Rechte und Umgestaltung der Europäischen Union in eine neue Diktatur des Kapitals.

Es wächst der Widerstand auch in Osteuropa.

Voriges Jahr gab es eine große Demonstration der Gewerkschaften in der ruhigen Tschechischen Republik in Prag und die Demonstranten forderten den Rücktritt der Regierung. Tschechien stand vor dem Generalstreik. Im Resultat ist in der Tschechischen Republik der politische Compass etwas nach links gerückt. Die Kommunistische Partei bekam größere Unterstützung von den Wählern bei den letzten Lokalwahlen und sie haben den neuem Staatspräsidenten Miloš Zeman von den Sozialdemokraten gegen den Rechtskandidaten unterstützt.

Es entstand eine schwierige ökonomische und politische Situation in Ungarn, wo christlich-konservative und nationalistische Kräfte unter Ministerpräsident Victor Orbán die absolute und konstitutionelle Mehrheit im ungarischen Parlament haben. Auch die faschistische Partei Jobik bekam einen realen Einfluss im Parlament und in der Gesellschaft.

Ganz schlimme soziale und ökonomische Verhältnisse herrschen nach wie vor in Rumänien, Bulgarien und anderen Balkanländer.

Die Krise und der Widerstand in Polen

Eine differenzierte Situation hat sich in Polen entwickelt, wo seit sechs Jahre die Liberalen und die Bauernpartei unter Führung von Donald Tusk (der stellt sich als bester Freund von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor) regieren. Sie sind große Anhänger der Europäischen Union und insbesondere des deutschen Kapitals, der deutschen Firmen, die viel in Polen investieren. Die deutsche Politik sowie ihr wirtschaftliches Potential wird von diesem Lager als eine international Hilfe des deutschen Kapitals betrachtet. Deswegen hat die neue polnische Bourgeoisie so schnell Polen in die NATO und die EU eingegliedert. Sie unterstützen die imperialistische Politik von BRD, USA und NATO. Sie setzen die neokolonialen und imperialistischen Kriege gegen Irak und Afghanistan fort und schicken polnische Truppen dorthin ohne Genehmigung des polnischen Parlaments.

Die Krise kam mit einiger Verspätung nach Polen, was für die regierende Kreise eine Grundlage dafür ist, die ökonomische Lage im Lande als eine positive und fortschrittliche zu präsentieren. Es bedeutet, dass voriges Jahr das BIP um circa 2 Prozent wuchs, und 2013 soll es ungefähr 1% Wachstum geben. Das sind offizielle Statistiken. In der Wirklichkeit wächst Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Armut und Elend insbesondere der Werktätigen, der Arbeiterklasse und der jungen Generation. Das ist die Grundlage der großen Welle der Unruhen, Proteste und Straßendemonstrationen, die von verschiedene Linksparteien und Gewerkschaften organisiert wurden.

Jetzt organisiert auch die "Solidarność" Streiks und Proteste, die unter der Führung des neues Vorsitzenden Peter Duda stark die alten Führer für ihre Kollaboration mit der Regierung wegen der Begrenzung der Arbeiterrechte und der sozialen Rechte und wegen des hohen Wachstum der Arbeitslosigkeit sowie der radikalen Verlängerung des Renteneintrittsalters, für Frauen um 7 Jahre und für Männer um 2 Jahre, bis 67 Jahre, kritisieren. Der gegenwärtige Anführer der "Solidarność" erklärte, die Gewerkschaft befindet sich im Krieg gegen die Regierung und dass die Solidarność „kein Mob des XIX Jahrhunderts“ sei. Das ist eine leere Phraseologie. Die neue "Solidarność" bleibt nach wie vor eine Fortsetzung der früherer "Solidarność", die hatte mit ihrem Führer Lech Walesa große „Verdienste“ im Kampf gegen das sozialistische Polen und an seiner letztendlichen Niederlage. Sie war eine konterrevolutionäre Kraft unter großem Einfluss der katholischen Kirche, kapitalistischer Berater aus imperialistischen Kreisen von Außen, die zum konterrevolutionären Ziel die polnischen Arbeiter unter falschen Parolen und Losungen geführt und benützt habe. Jetzt möchten sie wieder auf's Neue verfälschen und stellen sich deshalb als eine fortschrittliche Arbeiterorganisation dar. In der Wirklichkeit sind sie nach wie vor ein Instrument der

Großbourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Deswegen haben andere Organisationen aus den so genannten „neuen sozialen Bewegungen“ großen Einfluss vor allem im Jugendmilieu, z.B. Antiglobalisten, die Bewegung der Empörten, Activisten-Bewegungen usw.

Heute sieht man klar, wo die Kräfte, die zur Zeit der Konterrevolution von der “Solidarność” ausgehend schnell rechte bürgerliche Parteien gegründet haben, stehen. Die Liberalen, die christlichen Parteien, sogar rechte Sozialdemokraten repräsentieren die Interessen der neuen Compradorenbourgeoisie und des ausländischen Kapitals. Sie sind stark verbunden, besser gesagt, sie sind Diener und Lakaien der ausländischen, vor allem der deutschen Monopole und sie schützen und unterstützen deren Interessen.

Die Arbeitswelt braucht eine neue Solidarität

Die “Solidarność” befindet sich auch heute noch ideologisch und politisch unter großem Einfluss der katholischen Kirche, aber auch unter dem Einfluss der konservativ-katholischen und nationalistischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ unter Führung von Jaroslav Kaczyński.

Trotzdem mischt sie sich unter die sozialen Proteste, warum, dürfte klar sein. Denn massenhaft protestieren Lehrer, Eisenbahner, Postbeamte, Krankenschwestern, Künstler und sogar Polizisten. Es wächst die Unzufriedenheit in den zahlreichen Industriebetrieben. Durch Armut, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit wurde Polen ein neues Pulverfass. Erstmals seit Jahren besteht eine Chance, eine neue breite Werktätigen-Front gegen den parasitären und brutalen Kapitalismus und die Ausbeutung zu organisieren und zu schaffen. Jeder zweite junge Mensch hat keine Arbeit, die Mehrheit der Arbeitenden ist in der schwarzen oder in der grauen Zone des Arbeitsmarktes beschäftigt. In Polen gibt es offiziell fast 2,5 Millionen Arbeitslose und etwa 2-2,5 Millionen junge Leute emigrierten in westliche Länder. Das ist eine Schande für die kapitalistische Ordnung, aber das ist ihre Grundregel, das ist Grundlage ihre Ausbeutung und neuer Profite.

Die EU – eine Waffe des Großkapitals

Ein wichtiges Argument der kapitalistischen Kräfte in Polen bleibt die s.g. “Gierek-Verschuldung” von 1980. Das waren damals 19 Milliarden US-Dollar. Polen hatte zahlreiche Schuldner und ökonomisch war es kein Problem für die polnische Wirtschaft. Jetzt liegt die Auslandsverschuldung Polens bei circa 300 Milliarden Dollar und sie wächst jedes Jahr um circa 20 Milliarden Dollar. Die innere polnische Verschuldung wird im Wert auch auf 300 Milliarden Dollar gezählt. Und das ist nicht nur

ein polnisches Problem. Die ganze kapitalistische Wirtschaft lebt auf Kredit und Pump und die Europäische Union braucht neue große Kredite, sogar bis Eintausend Milliarden Euro. Das bedeutet neue Krisen, und die Schere zwischen Arbeit und Kapital vergrößert sich. Die Verschuldung ist dramatisch in Griechenland, in Italien, in Spanien, aber auch in Deutschland über 2 Billionen Euro, auch in Frankreich. Es sind Kosten der neoliberalen Politik des Weltkapitalismus, insbesondere Kosten des Aufbaus der Europäischen Union. Die EU, die bürgerlichen Regierungen und Kreise wollen die Kosten der Krise und deren Lasten auf die Schultern der Werktätigen laden, nach dem altem kapitalistischem Prinzip: die Verluste teilen wir auf alle, die Profite nehmen wir für uns. Das bedeutet im Resultat eine neue Reduktion der sozialen Programme, weniger Arbeitslohn, Rentenkürzungen, längere Arbeitszeit und andere antisoziale Maßnahmen.

In der Zeit der Globalisierung wachsen auch andere Bedrohungen. Der US-Imperialismus gibt jedes Jahr 700 Milliarden Dollar für die Rüstung aus und er will neue Kriege zu führen, vielleicht Syria, Iran, Nordkorea. Doch historisch sind seine Möglichkeiten vorbei. Er muss wegen der Krise und dem Niedergang seiner Wirtschaft seine Kriegsfronten begrenzen. Der US-imperialismus muss sich jetzt orientieren auf die Asien- und Pazifik-Region, das beinhaltet einen langsamen Rückzug aus Europa. In dieses politische Vakuum preschen die kapitalistischen Monopole vor allem von Deutschland, aber auch von Frankreich, England usw. Es wächst die Gefahr einer starken Militarisierung der Europäischen Union, mehr Ausgaben für neue Waffensysteme, neue militärische Abenteuer wie in Mali, Tschad, Sudan, Kongo, Lybia, weiter Syria, Iran und vielleicht auch Nordkorea. Die kapitalistischen Kreise wollen nicht auf ihre Profite verzichten, und selbstverständlich soll die Arbeiterklasse die Lasten der neuen militärischen Programme tragen. Das bedeutet eine schlimme wirtschaftliche und soziale Perspektive für die europäische Arbeitswelt. Ein Beispiel dafür ist die Sozialgesetzgebung in Deutschland unter der Losung Harz IV.

Ständiger Kampf zwischen Arbeit und Kapital

Es wachsen die Ausgaben für die Armee nicht nur in Deutschland, auch in Polen, diese Ausgaben sind hoch und sie bekräftigen die militärische NATO-Position Polens gegen Russland. Das polnische Volk schätzt die Rüstungspolitik als falsch ein und es organisiert Proteste. Die polnische Regierung hat kein Geld, um die soziale Lage der Werktätigen und der Pensionäre zu verbessern. 2012 hatte die Regierung kein Geld um die Renten und Pensionen an die Inflationsrate anzupassen, es wächst die Bedrohung der Pleite der öffentlichen Finanzen, es wächst die Verschuldung des Staates und seiner Institutionen, aber auch der kommunalen Behörden, der Schulen, Kinder-

gärten, Altenheime, jeder Familien und der jungen Generation. In dieser Situation emigrieren junge Leute massenhaft aus Polen und suchen ein besseres Leben in England, Frankreich, Deutschland usw., circa 2,4 Millionen Leute. Dieselbe Zahl sind arbeitslos, 300-500 Tausend sind obdachlos, jede zweite Familie in Polen braucht eine soziale Hilfe, um zu überleben, jedes zweites Kind kommt hungrig in die Schule, es verbreitet sich Kriminalität, Prostitution, Alkoholismus, Drogen. Hunderttausende junge Familien haben keine Chance auf eine eigene Wohnung, weil die Wohnung eine teure Ware wurde und kein Sozialgut mehr ist. Eine Wohnung ist nur realisierbar für reiche und gut situierte Gruppen.

In Polen, in anderen osteuropäischen Ländern, auch in Russland, auch in der EU wachsen die wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche. Der reale Sozialismus in der UdSSR und in den Volksrepubliken ist vor fast 25 Jahre gefallen, es hat - zeitweise - unter der Maske von Freiheit, Bürgerrechten und ähnlichen Parolen der wilde, brutale und parasitäre Kapitalismus gewonnen. Es ist eine starke kapitalistische Europäische Union entstanden, die Deutschland anführt, und sie präsentiert sich als eine bessere, als andere kapitalistische Alternative gegen die USA. Es entsteht eine sehr gefährliche Konstellation. Die EU war und ist ein Instrument der Interessen der großen Kapitalverbände, insbesondere deutscher und französischer. Die EU wurde ein neuer internationaler Ausbeuter der europäischen Werktätigen. Der Kapitalismus und Imperialismus in Europa zeigt sein brutales Wolfsgesicht. Er ist eine große Bedrohung für die friedliebenden Leute, für die Kräfte des Sozialismus. Alle fortschrittliche Kräfte Europas müssen sich vereinigen gegen die Bedrohungen des Faschismus, des Imperialismus, gegen die Diktatur der Bourgeoisie und des Kapitals.

Es lebe ein sozialistisches Europa!

Nieder mit dem Monopolkapitalismus!

Nieder mit der kapitalistischen, imperialistischen Ausbeutung und Ungerechtigkeit in und durch die Europäische Union!

Wir brauchen ein und kämpfen für ein sozialistisches Europa, für die Wiedergeburt des Sozialismus in den Ländern der ehemaligen Sowjet-Union und den volksdemokratischen Republiken in Osteuropa!

Wir grüßen herzlich alle friedliebende Kräfte und Menschen in Europa, in der ganzen Welt und insbesondere in der Volkrepublik China und in anderen sozialistischen Ländern!

Wir sind vereinigt nach dem alten kommunistischen Prinzip: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Prof. Dr Zbigniew Wiktor im Name der Kommunistischen Partei Polens

Frankreich, Paris, Maitage 2013

22. Internationales kommunistisches Seminar der PTB, Brüssel, 31.Mai-2. Juni 2013 – Harpal Brar: Bericht aus Großbritannien

Vorbemerkung aus LALKAR, Zeitung der Kommunistischen Partei Großbritanniens (Marxisten-Leninisten): 52 kommunistische und Arbeiterparteien aus 43 Ländern nahmen an dem genannten Seminar teil. Die Delegierten verabschiedeten u.a. Resolutionen zu folgenden Themen: Solidarität mit Cuba und mit den fortschrittlichen Entwicklungen in Lateinamerika, Angriff auf die demokratischer Rechte in der EU und Krieg in Syrien. Der fünfte Absatz der Resolution über Syrien lautet: „Wir ...unterstützen das unteilbare Recht des Syrischen Volkes, das unter subversiven Attacken und terroristischen Angriffen leidet, die vom Imperialismus und den reaktionären Regimes der Region unterstützt werden, seinen politischen Weg und seine Regierung ohne jede Einmischung von außen selbst zu bestimmen. Wir erklären unsere völlige und unvoreingenommene Solidarität mit dem Syrischen Volk.“ Die Kommunistische Partei Großbritanniens (Marxisten-Leninisten) unterbreitete den Vorschlag, den letzten Satz wie folgt zu ergänzen: „...unter der Führung der baathistischen Regierung Bashar al-Assads“. Dieser Zusatz wurde nicht akzeptiert. Berichte, Entscheidungen und Resolutionen der Konferenz unter: www.icseminar.org

Liebe Genossen,

im Namen der Kommunistischen Partei Großbritanniens (Marxisten-Leninisten) möchte ich den Organisatoren dieser Konferenz, der PTB, meinen großen Dank aussprechen für die Einladung an uns und die Möglichkeit, Euch unsere Sichtweisen und Einschätzungen vor dieser wichtigen Konferenz darzulegen. Genauso möchte ich den Übersetzern für ihre harte Arbeit danken und den Genossinnen und Genossen der Küche, die uns während der letzten drei Tage unermüdlich versorgt haben. Ich wünsche diesem Seminar große Erfolge.

Liebe Genossen, wir befinden uns mitten in der tiefsten Krise des Kapitalismus seit den 1920er Jahren. Wie alle kapitalistische Krisen ist es eine Überproduktionskrise, auch wenn man den Fakt nicht übersehen darf, dass sie zusätzlich große Verluste im Banken- und Börsensektor hervorbrachte. Dies ist entstanden, weil die vermehrten spekulativen Anlagen in die Kapitalmärkte, in Derivate und Fonds ein Reflex auf den Mangel an profitable Anlagemöglichkeiten im Bereich der produktive Sphäre ist.

Nach dem Kollaps der Lehman Brothers Investment Bank in den USA gab es beinahe einen Zusammenbruch des gesamten imperialistischen Finanzsystems, viele große Kreditinstitute standen vor dem Bankrott. Um das Finanzsystem zu retten, pumpten die Regierungen der imperialistischen Staaten gigantische Geldmengen in den Finanzsektor, um die Banken zu retten. Durch diese vorübergehende Abwendung des Ruins sind die Probleme selbstverständlich nicht gelöst, vor allem nicht, weil die Bankenkrise damit zu einer eigenständigen Schuldenkrise wurde, so dass inzwischen zahlreiche Regierungen vor dem Staatsbankrott stehen.

Im Resultat dieser Schuldenkrise sind unterschiedliche Regierungen gezwungen worden, restriktive Maßnahmen ihrer Haushaltspolitik zu akzeptieren, was die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse extrem verschlechterte durch eine Kombination von Einschnitten bei den Sozialleistungen, wachsender Arbeitslosigkeit und Steuererhöhungen. Das Ziel ist, aberhunderte von Milliarden Dollar aus dem Anteil der Arbeiterklasse in den Rachen des Finanzkapitals zu schaufeln. Selbst die wenig fortgeschritten Teile der Arbeiterklasse beginnen zu spüren, was für eine Krake das Monopolkapital ist.

Während die Großbanken inzwischen in die Zone der Rentabilität zurückgekehrt sind, verweigern sie Kredite an einige Regierungen, die in Schwierigkeiten sind wegen ihrer herabgestuften Kreditwürdigkeit. Und die Krönung des Ganzen ist die Tatsache, dass die diesen Ländern aufgezwungenen Sparmaßnahmen nur dazu geführt haben, die Probleme zu verschärfen, denn sie führten unweigerlich zu erhöhter Arbeitslosigkeit mit den Folgen geringerer Steuereinnahmen und höherer Leistungen für die Unterstützung der immer mehr werdenden Arbeitslosen.

Inzwischen gibt es eine Debatte zwischen der keynesianischen und der monetaristischen Fraktion des Monopolkapitals, die ersteren fordern Wachstum, die letzteren weitere Sparbeschlüsse. Die Wahrheit aber ist, das keine dieser beiden Fraktionen eine wirkliche Lösung für dies dem Kapitalismus inhärente Problem hat, nämlich die Überproduktionskrise, die aus dem Widerspruch der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung entsteht.

Wirklich, der heutige Kapitalismus befindet sich in dem gleichen Dilemma wie die Person aus der berühmten chinesischen Fabel, die zu verdursten droht und nur über ein einziges Getränk verfügt: einen Becher voll Gift. So muss sie sterben, wenn sie trinkt und muss sterben, wenn sie nicht trinkt.

Mit diesem Dilemma konfrontiert tut jede imperialistische Regierung, was sie schon immer tat, wenn sie mit ähnlichen Situationen in der Vergangenheit konfrontiert war – sie intensiviert die Angriffe auf die eigene Arbeiterklasse und auf die unterdrückten Völker der Peripherie, während sie gleichzeitig versucht, ihre imperialistischen Konkurrenten auszumanövrieren. Das führt natürlich zur Verschärfung der Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital in den imperialistischen Zentren, auf internationaler Ebene zwischen einer kleinen Zahl von ausbeuterischen Imperialisten und den ausgebeuteten Nationen und verarmenden Völker der unterdrückten Länder sowie zwischen den verschiedenen imperialistischen Hauptmächten.

Wenn ich jetzt auf die spezielle Situation in Großbritannien eingehe, kann ich sagen, dass es eine wachsende Welle der Wut unter den einfachen Arbeitern gibt. Trotzdem aber ist der Widerstand der Arbeiterklasse sehr gedämpft wegen des ungebrochenen Einflusses der Sozialdemokratie auf die Arbeiterklasse vor allem durch die Gewerkschaftsführungen.

Das gleiche spielt sich bei uns in der Friedensbewegung ab, die von den gleichen Leuten bzw. deren Agenten kontrolliert wird, die in Großbritannien die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse führen und die Kriege gegen die unterdrückten Völker der Peripherie vorbereiten. Durch die Vertreter ihres „linken“ Flügels, ebenso durch ihre trotzkistischen und revisionistischen Helfer gelingt es der Labour-Partei, der gleichen Partei, die die Kriege gegen Jugoslawien, Irak und Afghanistan in ihrer Regierungszeit zu verantworten hat und jetzt in der Opposition weitere imperialistische Kriegsvorbereitungen mitträgt, die Friedensbewegung zu kontrollieren. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass diese Bewegung am Boden liegt, was man daran sieht, dass sie zur Zeit des Irak-Krieges noch in der Lage war, zwei Millionen Menschen zu mobilisieren, aktuell aber nur noch einige Hundert.

Zusätzlich versuchen die Trotzkisten und Revisionisten die Arbeiterklasse glauben zu machen, dass die Labour-Partei die Partei der Arbeiterklasse sei, mit der man Schritte in Richtung Sozialismus gehen könne.

Wir sind im Gegensatz dazu fest davon überzeugt, dass die Labour-Partei direkt von ihrer Gründung an eine blutrünstige Partei des Imperialismus war, ist und bleiben wird, die im eigenen Land die Arbeiterklasse attackiert und weltweit Kriege gegen die

unterdrückte Völker verantwortet. Sie ist entstanden, um die Ideologie der Bourgeoisie in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Wir halten es deshalb nach wie vor für unverzichtbar, dass die Arbeiterklasse, soll sie Klarheit über ihre wirklichen Gegner gewinnen, alle Illusionen in die Labour-Partei fallen lassen muss. Gleichzeitig ist unsere Partei der Auffassung, dass es ebenso wichtig ist, den Kampf gegen die Opportunisten, Revisionisten und Trotzkisten zu führen, die trotz aller Unterschiede zwischen ihnen die Illusionen in diese imperialistische Partei stärken. Wir stützen uns auf Lenin, der sagt, „dass der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.“ (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)

In einer Zeit, in der die opportunistische Führung der Friedensbewegung in Großbritannien – unterstützt durch „linke“ Sozialdemokraten, Revisionisten und Trotzkisten – ihr Bestes tut, um heimlich und hinterhältig die imperialistischen Raubkriege gegen die unterdrückten Völker zu unterstützen, trägt unsere Partei die Parole der Solidarität mit den von der Aggression unserer eigenen Bourgeoisie Betroffenen in die Friedensbewegung, denn wir befolgen, was Lenin sagte, nämlich dass „die revolutionäre Bewegung in den fortgeschrittenen Ländern ein reiner Betrug wäre, wenn die Arbeiter Europas und Amerikas in ihrem Kampf gegen das Kapital nicht eng und vollständig vereint wären mit den Millionen von Sklaven in den Kolonien, die vom Kapital unterdrückt werden.“ (Lenin, 2. Kongress der Kommunistischen Internationale 1920) In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass es sehr wichtig ist, Länder wie die Demokratische Volksrepublik Korea zu unterstützen, die unter der ständigen Kriegsdrohung durch den Imperialismus und unter hohem Aufwand der Aggression des US-Imperialismus an der am höchsten militarisierten Grenze der Welt widerstehen.

Nach dem Kollaps der Sowjetunion und der osteuropäischen sozialistischen Länder triumphierten die imperialistischen Bourgeoisien, erklärten den Marxismus-Leninismus für tot. Die gegenwärtige Krise ist ein tiefer Schock für sie, denn sie zeigt, dass die Notwendigkeit für den Sozialismus niemals größer war als heute. Der Kapitalismus zeigt, weit entfernt davon, ewig zu sein, seinen dekadenten, parasitären und sterbenden Charakter. Er ist das größte Hindernis für den Fortschritt der Zivilisation und der Menschlichkeit und der Grund für das Elend und die Not der überwältigenden Mehrheit der Menschheit.

Unsere Partei tut ihr Bestes dafür, ideologische und theoretische Klarheit in die Arbeiterklasse zu bringen. Wir tun unser Bestes, um eine klare Kommunistische Partei aufzubauen, die in der Lage ist, sich mit den breiten Massen des Proletariats zu ver-

binden und die Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus durch die Überwindung des Kapitalismus zu führen.

Die Arbeiterbewegung in Europa hat eine Periode von mehreren Jahrzehnten hinter sich, in denen es keinen nennenswerten Widerstand gegen das Kapital gab. Diese Situation ist durch das Zusammenwirken zweier wichtiger Einflüsse entstanden, einerseits durch die wirtschaftliche Prosperität, die durch die speziellen Bedingungen in Europa nach dem II. Weltkrieg hervorgerufen wurde und andererseits durch die Demoralisierung und die Degeneration, die durch den Chruschtschow-Revisionismus in die kommunistische Bewegung getragen wurden. Im Ergebnis befindet sich die Arbeiterbewegung zur Zeit in einer Art Sackgasse.

Jedoch, wie Marx schon einst bemerkte: „In großen Entwicklungen sind 20 Jahre nicht mehr als ein Tag, obgleich nachher wieder Tage kommen können, worin die Entwicklungen von 20 Jahre enthalten sind“

Angesichts der zerstörerischen Krise des Imperialismus wären wir nicht überrascht, wenn wir in naher Zukunft Tage erleben würden, die die Entwicklungen von 40 Jahren übertreffen. Die Niederlagen der imperialistischen Raubkriege im Irak und in Afghanistan und die stärker werdenden Kämpfe der Arbeiterklasse in Europa sind Beweis genug für diese Behauptung.

Genossen, wir sind eine kleine Partei, wir sind nicht die Leiter und Führer der Arbeiterbewegung in Großbritannien. Wir tun unser Bestes, um unsere Partei zu entwickeln und mit der Arbeiterklasse zu verbinden. Wir haben inzwischen einige Erfolge, aber trotzdem liegt noch ein weiter Weg vor uns. Aber wir sind die einzige Partei in Großbritannien, die sich kommunistisch nennt und fest auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus steht und es ablehnt, auf opportunistische Weise je nach der neuesten politischen Mode kurzfristige Vorteile zu erringen. Wir wachsen und ziehen junge Leute und ehrliche Arbeiter an. Wir sind guter Hoffnung, dass wir in nicht allzu ferner Zeit die Positionen erreichen können, die die alte Kommunistische Partei Großbritanniens in den 20er, 30er und 40er Jahren errungen hatte.

In diesem Konferenzraum gibt es ein halbes Dutzend Parteien, die in ihren Ländern lobenswert hohe Wahlergebnisse erzielt haben. Wir gratulieren diesen Parteien und beneiden sie für diesen Erfolg. Ich muss allerdings hinzufügen, dass es wichtig ist, sich daran zu erinnern, dass Parlamentswahlen unter kapitalistischen Bedingungen, wie Engels vor langer Zeit schon sagte, ein Instrument der Herrschaft der Bourgeoisie sind. Solche Parlamentswahlen haben eine eigene Dynamik und bergen die Gefahr, in die Arbeiterbewegung eine Tendenz zu prinzipiellen Kompromissen hineinzutragen.

gen mit dem vordergründigen Anliegen, sich mehr Wählerstimmen für die Kommunistische Partei zu sichern und niemanden zu verschrecken. Zum Beispiel gibt es dann die Versuchung, die Leistungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion nicht zu erwähnen und es zu vermeiden, den Namen desjenigen zu nennen, nämlich Joseph Stalin, unter dessen Führung diese die Welt verändernden Entwicklungen entstanden sind.

Ich schließe meine Bemerkungen mit dem Hinweis, dass alle kommunistischen Parteien überall auf der Welt die Pflicht haben, mit jeder anderen zu kooperieren. Es ist eine dringende Notwendigkeit, eine einheitliche internationale kommunistische Bewegung aufzubauen, die weder zu den Mitteln des Totschweigens oder des Ausschlusses greift, um Debatten zu unterdrücken, noch die Spaltung und das Sektierertum aufrecht erhält, das durch den Chruschtschow-Revisionismus in unsere Bewegung gebracht wurde.

Lang lebe der Marxismus-Leninismus!

Lang lebe der Proletarische Internationalismus!

Tod dem Imperialismus!

Harpal Brar für die Kommunistischen Partei Großbritanniens (Marxisten-Leninisten)

Belgien, Brüssel, Anfang Juni 2013

Polemik zum Thema Hauptfeind

Johannes Oehme: Ein alter Hauptfeind und die vielen neuen Feinde – Apologie des Liebknecht

Kalter-Kriegs-Kaffee

Es war einmal das Märchen vom "Kalten Krieg". Das Märchen war sehr populär und wurde von allen beteiligten Großeltern in Sesseln bei Kaminen buntscheckig variiert. Wie bei jedem Märchen war eine Prise Wahrheit dran, aber natürlich war es eine idealistische Beschönigung für einen Vorgang, der sich präzise nur als eins beschreiben lässt: als permanente imperialistische Aggression gegen die Sowjetunion. Das Märchen vom "Kalten Krieg" suggerierte nachgerade, zwei Kriegsparteien hätten sich

gekabbelt, und nicht, wie es sich in Wirklichkeit zutrug, dass eine Kriegspartei, daher die Kriegspartei, über eine Nicht-Kriegspartei, daher die Nicht-Kriegspartei, schlicht und einfach permanent herfiel.

Das Märchen vom "Kalten Krieg" schürte damit auch eine weitere Illusion, mit der es sich vollends als imperialistisches Intrigantenmärchen entpuppt. Die Märchenwelt des "Kalten Krieges" war nämlich die "Zwei-Lager-Theorie"-Welt. In dieser Traumwelt dominiert ein trivial gedachter "Systemwiderspruch" zwischen Sozialismus und Imperialismus immer unmittelbar praktisch über den Widerspruch zwischen Imperialismus und Imperialismus.

So kamen zwar in diesem Märchen die Widersprüche zwischen den sozialistischen Ländern und gewisse Uneinigkeiten innerhalb der Weltarbeiterbewegung nicht zur Sprache. Das hinderte die imperialistischen Märchenonkel jedoch keineswegs, je nach Nutzen dissidierende oder völkische Freiheitskämpfer gegen die Weltarbeiterbewegung auszuspielen. So naseweiß waren diese Märchenonkel dann doch nicht.

Vor allem aber wurde das ideologische Hauptnarrativ des Märchens vom "Kalten Krieg" erfolgreich der kommunistischen Geschichtsanschauung und Klassenkampfstrategie implementiert: die Neuauflage des "Ultraimperialismus" in Form der vom "US-Hegemon dominierten", einheitlich "westlichen" Welt anstelle des chaotischen, konkurrierenden Rudels größerer und kleinerer, westlicherer und östlicherer, saturierterer und aggressiverer Wölfe, als das Imperialismus nur existieren kann. Es war ein rechtes Kautskyaner-Märchen, das gewisse Ideologen beiderseits der Systemmauer sich und den folgenden Generationen da zusammenbrauten und einbrockten.

Gegen diese Flause kam auch ein Märchenonkel namens Stalin zeit seines Nachlebens nicht an, obwohl er noch 1952 betonte, dass der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Bourgeoisie für die Sowjetunion von existenzieller Bedeutung ist, und dass, wer ihn aus dem Auge verliert, dadurch erst die imperialistische Einheitsfront ermöglicht und ihr die Sowjetunion preisgibt – wie es dann ja auch geschehen ist.

Daher folgt hier ein etwas anderes Märchen mit etwas mehr Nutzenanwendung für die Weltarbeiterbewegung: das grauenhaft wahre Märchen von den Ultra-Antiimperialisten. Dieses Märchen soll nicht die Rolle der USA seit 1945 als zeitweilig unbestrittenen Stoßtrupp der Konterrevolution vergessen machen. Es soll aber zumindest sinnfällig machen, warum die BRD im Verhältnis zu den USA aus den Ereignissen von 1989-1991 als Sieger hervorgegangen ist und z.B. anstelle eines netten kaukasischen Happens ein ganzes Ost-, Südost-, Mittelsüdosteuropa etc. zu verdauen bekam – und wie Kommunisten auf diesen Umstand reagieren sollten.

Denn nur bis zu einem gewissen Grade geht die Entwicklung seit 1989 auch "zwei-lager-theoretisch" noch zu beschreiben. Demnach wurde 1991 zuletzt die schöne und teils nützliche Illusion kassiert, dass der Imperialismus im Kampf gegen die Sowjetunion zu Spuren von Menschlichkeit sich aufrappeln könne. Die Extrakosten für Neonröhren und Sozialtarife, mit denen Systemüberlegenheit demonstriert werden sollte, werden eingespart. Die Masken dürfen fallen, das Grauen darf sich enthemmen und dezivilisieren. Der Vorteil im Weltklassenkampf ist verzockt, und Freude über diesen reinen Tisch empfindet sicher nur ein politischer Verelendungsfreund. Dennoch wird das Folgende eine solche Betrachtung als höchst unzureichend, als zu allgemein-theoretisch erweisen.

Pssst! Was alle wissen – ist das Geheimnis der Kommunisten!

Das amerikanische Zeitalter, das es leider nie gegeben hat, weil seine angebliche Glanzzeit von der Sowjetunion überstrahlt, vom deutschen Krisenbewältigungsmodell namens Weltkrieg jedoch überschattet wurde, ist leider vorbei. Die Anglizismenflut ist tatsächlich Ausdruck einer Sprachverarmung, nämlich der, dass die Deutschen sich zu Anglizismen immer noch wie zu volksfeindlichen Fremdkörpern verhalten. Die McDonalds-Burger werden auch immer pappiger, was indes die zunehmend auf regionalen Biofraß eingeschworene Konsumgemeinschaft der Nachhaltigkeits-Deutschen gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen kann. Die Hollywood-Filme sind auch nicht mehr so gut, wie ihr Ruf mal, in unbeschädeteren Zeiten des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion, war. Und den Kriegen einer solchen Status-quo-Macht des Imperialismus sieht jeder windige Kleinbürger von ferne die Bemühtheit an, einen Laden irgendwie zusammenzuhalten, den andere schon längst händereibend dem Untergang geweiht kalkulieren. Diese Kriege haben einfach keinen Pepp! Diese Rückzugsgefechte sind einfach nicht von den Visionen getragen, zu denen die Eröffner zweier anderer Kriege des letzten Jahrhunderts noch fähig waren!

Das alles flüstern sich die Kommunisten nach getanem Tag- und Plackwerk heimlich in lauschigen Stunden zu, freudlos, Schlimmes ahnend angesichts des relativen Niedergangs eines einst so aufstrebenden Imperialismus zugunsten nur der anderen. Ein gerührtes Lächeln huscht über die Gesichter der Kommunisten angesichts der in den USA klassisch inkarnierten bürgerlichen Glücksversprechen, die die Kommunisten immer vollen Ernstes aufheben, erben, schon um der Spielwiese des Kommunismus willen, aber auch, um Schlimmeres als das illusionäre amerikanische Zeitalter, zum Beispiel deutsche Okkupationen, ein für allemal auszuschließen.

Da angesichts solcher Situation entfernt kein Grund zur Freude ist, sondern in diesem von manchen gar herbeigesehnten Niedergang der USA sich schon abzeichnet, dass das sinnlos imperialistische Einerlei damit keineswegs beendet wird, enthalten sich die Kommunisten aus politischer Rason gewisser ästhetischer und anderer weltanschaulicher Meinungsbekundungen und "Wahrheiten", die niemandem als bestimmten Imperialisten und ihren Nachtrabern nutzen (ein in der Tat sehr instrumentelles Verhältnis zur Wahrheit), solange sie nicht wenigstens "ihre Hausaufgaben" gemacht haben, so wie die deutsche Bourgeoisie ja ihre macht. Die Kommunisten verschweigen tunlichst jenes trübe Wissen über die Hinfälligkeit der Avantgarde der bürgerlichen Gesellschaft namens USA, das hinter solchen dubios kulturkritischen Urteilsbekundungen aufscheint.

Weniger kommunistische Leute, um es vorsichtig unbestimmt auszudrücken, krakeelen hingegen derlei allzu altbekannte Banalitäten als angeblich weltumstürzende Neuigkeiten der gelangweilten, weil stets nur in dürftigen Ressentiments bestätigten Publikumsmasse in die Ohren. Sie alle stehen so gemeinsam standhaft, als würde ihnen ihre Perspektive von irgendwem streitig gemacht, neben dem Voranschreiten des Imperialismus von der Nachkriegszeit zur Vorkriegszeit.

Gestern noch polierte der Imperialismus gegen den sowjetischen Kommunismus mit verkrampften Mühen eine scheinbare Hochglanz-Fassade mit zwei einmal gewesenen Türmen als gleichsam Kronjuwelen und diversen westberliner Kaufhäusern als prominenten Aushängeschildern. Das hinderte schon vor 1990 kaum das wieder immer offenere Ausagieren der immer vorhanden gewesenen Widersprüche zwischen den Kapitalisten: Das seit 1945 wieder kontinuierlich erstarkende deutsche Selbst- und Sendungsbewusstsein berief sich schon im Schatten zwischen Sowjetunion und USA zunehmend offen gegen beide auf seine besondere Sozialstaatlichkeit, Nachhaltigkeit und Hochkultur. Darüber gerät schnell in Vergessenheit, dass der deutsche Imperialismus als der zu spät und zu kurz gekommene Imperialismus par excellence, mit einer Bourgeoisie, der noch nie eine Revolution, dafür noch jede Konterrevolution geglückt ist, zu besonderer Aggressivität und Neidhammelei auf die etablierten Status-quo-Mächte neigt – bei gleichzeitig arroganter Verachtung der westlichen Demokratie und Dekadenz. Spätestens wenn die letzten, verblässenden politischen Insignien der Sieger des Zweiten Weltkrieges kassiert sind, etwa im Weltsicherheitsrat der UNO, in dem Deutschland und Japan die ständige Mitgliedschaft verwehrt ist, oder in den Statuten der NATO, die der BRD die Atombewaffnung untersagen, wird die deutsche Bourgeoisie nicht mehr von dunklen Erinnerungen an die Folgen ihres zweiten Welteroberungsversuches geplagt sein und entsprechend freimütiger und unbeschwelter in die anstehenden Kämpfe ziehen.

Als würde durch diese 1990 bloß beschleunigte innerkapitalistische Transformation auch nur ein Fetzen Kommunismus verhandelt und er nicht vielmehr in weitere Ferne rücken als zu Zeiten, da der US-amerikanische bürgerlich-demokratische Standard – die für das Proletariat bessere, reinere Kampfbedingung als die feudal verbrämte – wenigstens noch sakrosant war, akklamieren breite, wohlfeil kapitalismuskritische Massen einen relativen Niedergang, der hier nur einem zum absoluten Vorteil gereicht: dem wieder und weiter erstarkenden deutschen Imperialismus mitsamt seinen smart freihändlerischen Autovertretern an den EU-Eingangstüren, aber auch mitsamt dem ganz exklusiven völkischen und antisemitischen Waffenarsenal nach Hausmacherart in der Reserve: der international "reaktionärsten Spielart des Faschismus" (Dimitroff) und ihrer Zöpfe, Scheitel, Bärte und anderen buntscheckigen Phänomene und Relikte.

3. Wahrheit und Relativität

Wenn es je irgendwo und irgendwann wahr sein sollte, dass irgendein "man" irgendwie gegen den amerikanischen Kapitalismus kämpfen muss – dann jedenfalls nicht hier und heute. "Wahrheit", die dem deutschen Imperialismus nützt, ist keine Wahrheit, sondern eine ideologische Intrige zur Verewigung des Kapitalismus auf seiner aggressivsten, weil politisch zurückgebliebensten, feudal-ständischst, lokal-völkischst, ökologisch-antiimperialistischst verbrämten Stufe, mithin Teil eines Programms zur Vorbereitung des 3. Weltkrieges mit wieder mal allerlei europiden Nahzielen und aber wieder mal dem Fernziel, den Hauptkonkurrenten USA und mit ihm die Avantgarde bürgerlich-aufgeklärter Konstitution auszuschalten. Über Marotten und Lächerlichkeiten, über schlechte Filme, pappige Burger und dumme Bürger, über angebliche Verbrechen und Weltherrschaftspläne der je anderen Imperialisten schweigen besonders hiesige Kommunisten, seit sie die II. Internationale unseligen Angedenkens verlassen haben und mit Lenin skandierten: „Der Sozialist eines anderen Landes kann die Regierung und die Bourgeoisie eines Staates, der mit 'seiner' Nation Krieg führt, nicht entlarven, und keineswegs nur deshalb nicht, weil er die Sprache, die Geschichte, die Besonderheiten des betreffenden Volkes usw. nicht kennt, sondern auch weil eine derartige Entlarvung eine imperialistische Intrige ist, nicht aber die Erfüllung seiner internationalistischen Pflicht“ (LW 23, S.215)², seit sie

² Die III. Internationale wurde übrigens genauso wie die II. Internationale erst aufgelöst bzw.

also gelernt haben, vorzugsweise Problemfragen der mittelalterlichen Zöpfe und blockwärtischen Tatorte, der ranzigen Bockwürste und schalen Bockbiere, besonders aber der gar nicht lächerlichen oder angeblichen Verbrechen und Hegemonialambitionen einer nie siegreich gewesenen und gerade darum besonders unersättlichen Bourgeoisie kritisch zu ventilieren.

Haben sie ihre Hausaufgaben gemacht, dass es Zeit wäre, über "die Aggressionen" des "Weltpolizisten USA" und seines "schurkischen israelischen Vorpostens" etc. zu schwadronieren? Haben sich die in der BRD hausierenden USA-Kritiker bereits hingänglich über ihren Sprech-Ort verständigt, der determiniert, welche praktischen Auswirkungen ihre Kritik nur haben, wessen Interessen sie nur ausdrücken kann? Haben sie etwa schon den deutschen Imperialismus durch sozialistische Revolution so weit aufgehoben, dass sie – möglicherweise, möglicherweise – in das historische Recht gesetzt wären, den US-Imperialismus anzupöbeln, ohne damit, und schon vor einem langfristig drohenden Krieg zwischen diesen beiden Ländern, Akteur in einer imperialistischen Intrige gegen Deutschlands Hauptkonkurrenten zu werden? Gilt es wenigstens noch, eine Sowjetunion zu verteidigen, vielleicht um den Preis eines Quentchens von wohl dosiertem Minimal-Kompromiss mit der deutschen Bourgeoisie? Was wollen die Kämpen gegen den auf die USA und maximal noch einige unerhebliche Verbündete reduzierten Ultra-Imperialismus mit ihrer Stellvertreteraufregung erreichen? Warten, bis die "Allianz der Völker Europas gegen den deutschen Imperialismus" den Sozialismus ausruft, damit er dann von der quietistisch akklamierten Hegemonialmacht Europas niederkartätscht werden kann?

Wie postmoderne queer-Akademiker finden die Kommunisten ganz performativ, dass "othering" immer "selfbestätigend" ist, nur mit dem Unterschied, dass sie mit diesem Argument-Modell auf den Hauptwiderspruch des Imperialismus in den Perioden zielen, in denen das Proletariat depriviert, abgeschlagen, von Konterrevolution demoralisiert und mit dem Verzehr des Reservespecks beschäftigt ist, den "Kalter Krieg" und EUropa-Unterwerfung einbrachten. Der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Bourgeoisie, jener endlose, unauflösbare, mithin leidige Widerspruch, erfrecht sich um so mehr, je weniger sich das Proletariat, ob nun schon in Form der Sowjetunion und ihrer internationalen Verteidiger oder noch nicht, in die Bresche wirft, ihn aufzu-

ausgesetzt, nachdem ein Ausbruch des imperialistischen Weltkrieges nicht verhindert wurde – eine Parallele, die dank des sogenannten Antistalinismus immer "ein wenig" der Aufmerksamkeit entzogen ist.

heben. In solchen Situationen wird das Verhältnis wesentlich, dass "othering" nichts als völlig entwertetes "selfbestätigung", sprich die Denunziation des äußeren Feindes immer Affirmation des eigenen Freundes, also hier der gerechteren, sozialeren, deut-scheren, europäischeren Bourgeoisie bedeutet.

4. Ups! Der Hauptfeind steht ja immer noch ...

... und längst nicht mehr nur im eigenen Land, wie längst nicht mehr nur die Grie-chen, Zyprioten etc. leidvoll erfahren dürfen oder die gutseligen Niederländer ganz pragmatisch einräumen, wenn sie gleich gar keine teuren Panzer mehr führen, weil Deutschland so robuste zur Verfügung stellt. Auch in England war Margarete That-cher beileibe nicht die einzige, sondern Teil einer ganzen Strömung der britischen Bourgeoisie, die, gewiss aus schierem Eigennutz, zu gewissen Einsichten über das von Deutschland ausgehende besondere Bedrohungspotential gelangte. Wenn man schließlich en detail in die europapolitischen und außenpolitischen Diskussionen innerhalb der deutschen Bourgeoisie schnuppert und zum Beispiel das Selbstbewusst-sein beachtet, mit dem die "Stiftung Wissenschaft und Politik" in der "Zeit" vom 11.4.2013 höchstöffentlich dazu aufrufen kann, dass Deutschland endlich den US-Laschies die Führung im NATO-Leichnam abnehmen müsse (wie es die BRD seit etwa 1957 versucht), dann dürfte klar werden, dass es nicht nur mehr imperialismus-theoretische, sondern schlicht recht pragmatische Vorder-Gründe sind, die die Beru-fung auf Karl Liebknecht nahelegen. Da aber meine "Diskussionsanregung" aus of-fen-siv 3/06 ("Ulbrichts Linie: Kampf dem Hauptkriegstreiber der Welt und dem Hauptfeind der demokratischen Kräfte Europas, Kampf dem deutschen Imperialis-mus!") offenbar nicht anregend genug war, mehr als eine nur widerwillige und auch noch verkappte Wiederaufnahme der Hauptfeind-Losung in das Schatzkästlein kom-munistischer Grund(er)kenntnisse zu erwirken, sei der Widerspruch Bourgeoisie-Bourgeoisie und sein Verhältnis zu den Widersprüchen Bourgeoisie-Proletariat und Bourgeoisie-Peripherie ein mal mehr expliziert. Wieder werden wir in glücklicher Einfalt und gemütlich-"langweiliger" Wiederholung den Kanon des orthodoxest-möglichen Marxismus-Leninismus bemühen, unsere Klassiker anrufen wie einen etwas glaubwürdigeren lieben Gott oder ein nüchterneres Orakel von Delphi, im bes-ten Wissen, "dass man in den Kämpfen einer späteren Epoche sich auf frühere Theo-retiker als auf Autoritäten stützen kann". (MEW 3, S.73)

5. Marx/Engels als Bildungselement wider die deutsche Normalnation

Um irgendwo Prägnantes anzufangen und nicht etwa noch auf Georg Forster, Saul

Ascher oder Heinrich Heine zurückzugehen: Karl Marx und Friedrich Engels widmen sich voller in der Sache begründetem Ekel verschiedentlich der deutschen Misere und ihrer Besonderheiten und Folgen im allgemeinen Reigen der kapitalistischen Konkurrenz. Systematisch-allgemein führen sie im Manifest u.a. aus: "Die Bourgeoisie befindet sich in fortwährendem Kampfe: anfangs gegen die Aristokratie; später gegen die Teile der Bourgeoisie selbst, deren Interessen mit dem Fortschritt der Industrie in Widerspruch geraten; stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder. In allen diesen Kämpfen sieht sie sich genötigt, an das Proletariat zu appellieren, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen und es so in die politische Bewegung hineinzureißen. Sie selbst führt also dem Proletariat ihre eigenen Bildungselemente [1888: Aufklärungs- und Fortschrittselemente], d.h. Waffen gegen sich selbst, zu." (MEW 4, S.471) Hiernach ist schon verwunderlich, wie bierselig manche die Waffen bzw. "Bildungselemente" entgegennehmen, die die deutsche Bourgeoisie ihnen per Staatsfernsehen, Süddeutsche-Gratisabo und Studienschwerpunkt deutsche Topfergeschichte verabreicht. Mit leuchtenden Kinderaugen und frei von jeglichen Ödipus-Komplexen scheinen sie Pappaa für seine Wohltat zu danken und munter in die weite Welt hinauszuspringen, um diese Waffen ganz getreu Pappaas Gebrauchsanweisung an anderen auszuprobieren, statt auch nur einen Moment in sich zu gehen und zu erwägen: "Ogleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden." (MEW 4, S.473) Freilich ist gerade die gern gering geschätzte Form, hier: wie mit der eigenen Bourgeoisie fertig zu werden, genau die inhaltliche Streitfrage unserer so leidig bewusstlosen Epoche.

Die Geschichtsanalyse im einzelnen der deutschen Misere, wie sie Marx bekanntlich schon 1844 in Grundzügen ausgearbeitet hatte und deren zahlreiche Dokument der Arbeiterbewegung seit langem zugänglich sind, führt im besonders zugänglichen "Manifest der Kommunistischen Partei" zu gesalzenen, mutatis mutandis schrecklich aktuellen Polemiken gegen den (nicht mit der DDR zu verwechselnden!) "deutschen Sozialismus", z.B.: "Er proklamierte die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spießbürger als den Normalmensch." (MEW 4, S.488) Nachts sind alle Imperialisten vortrefflich schwarz, vor allem die aus bürgerlichen Revolutionen hervorgegangenen gegenüber dem anderen, dessen Errichtern Marx schon vor 1848 die unselig ins 21. Jahrhundert fortwesende Besonderheit attestierte: "Die deutsche Geschichte schmeichelt sich einer Bewegung, welche ihr kein Volk am historischen Himmel weder vorgemacht hat noch nachmachen wird. Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen. Wir wurden restauriert, erstens, weil andere Völker eine Revolution wagten, und zweitens,

weil andere Völker eine Konterrevolution litten, das eine Mal, weil unsere Herren Furcht hatten, und das andere Mal, weil unsere Herren keine Furcht hatten." (MEW 1, 379) Eine Allerweltslinke voll mutiger Bekenntnisse gegen den irgendwie über uns schwebenden oder gleich von Washington erfundenen "globalen Kapitalismus" wird dieses besonders üble historische Erbe nicht los und verlängert diese besonders schlechte Gewohnheit in den Imperialismus hinein – folgenreich, wie schon die Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus ab dem Ende des 19. Jahrhunderts zeigte.

6. Warum Lenin die II. Internationale sprengte

Wladimir Lenin verwies, ausgehend von den marxischen Grundannahmen, dass das Kapital nur als Kapitale existieren könne und dass es ungleichmäßige Entwicklung einzelner Industrieabteilungen wie auch der nationalen Ökonomien treibhausmäßig fördere, in rhetorisch kaum mehr reproduzierbarer Eindringlichkeit auf die Bedeutung der Hauptfeindfrage in der imperialistischen Periode des Kapitalismus hin, kritisierte die Kautskyaner, die II. Internationale und besonders die "deutschen Chauvinisten" gerade in dieser Frage und buchstabierte dem wissensdurstigen Weltproletariat die bei Marx und Engels skizzierte Strategie im Weltklassenkampf aus.

Grundsätzlich ist gerade im Hinblick auf Begriff und Gefahr des Weltkrieges zu unterscheiden, nicht zwischen "guten" und "bösen" Imperialisten, wohl aber zwischen Status-Quo-Mächten des Imperialismus und jungen, aufsteigenden, ökonomisch potenten Aggressoren und Weltkriegsanzettlern: "Es kann nicht anders geteilt werden als 'entsprechend der Macht'. Die Machtverhältnisse ändern sich aber mit dem Gang der ökonomischen Entwicklung. Nach 1871 erstarkte Deutschland etwa drei- bis viermal so rasch wie England und Frankreich, Japan annähernd zehnmal so rasch wie Russland. Um die tatsächliche Macht eines kapitalistischen Staates zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel und kann es kein anderes Mittel geben als den Krieg. Der Krieg steht in keinem Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, er stellt vielmehr eine direkte und unvermeidliche Entwicklung dieser Grundlagen dar. Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wieder herzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik. / Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den

Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika [alle Hervorhebungen von Lenin!] verteidigen könnte, die durch die jetzige Aufteilung der Kolonien im höchsten Grade benachteiligt und die im letzten halben Jahrhundert unvergleichlich rascher erstarbt sind als das rückständige, monarchistische, von Altersfäule befallene Europa. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet Europa im ganzen genommen ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d.h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas bedeuten. Die Zeiten, in denen die Sache der Demokratie und die Sache des Sozialismus nur mit Europa verknüpft war, sind unwiderfürlich dahin." (LW 21, S. 344 f.) Nach 1945 machte das rasch wiedererstehende ökonomische Schwergewicht Deutschland entsprechend naturgemäß einen Drang nach dem Weltmarkt geltend, wie wir ihn heute in der bundesdeutschen EU-Innen- und Außenpolitik erst so richtig blühen sehen und der alles andere als "weiche Konflikte" für die Zukunft ankündigt. Nebenbei finden sich im Zitat aber auch Anklänge einer (andernorts noch deutlicher zu Tage tretenden) gewissen Wertschätzung des "reineren" US-Imperialismus, zumindest ökonomisch und zumindest gegenüber den anderen Imperialisten, bei Lenin, die nicht überbewertet, aber auch nicht unterschlagen werden sollte.

Die Theorie des "Sozialismus in einem Land" fußt direkt auf der Hauptfeind-Losung und darf als ihre Erweiterung angesehen werden: "Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, dass der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisation der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt entgegenstellen, würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen." (LW 21, S. 345 f.)

Mit solchen recht allgemeinen Erwägungen waren die Bolschewisten allerdings in der II. Internationale vergleichsweise isoliert, was im nun ausgebrochenen 1. Weltkrieg zu ziemlich unmissverständlichen Erläuterungen und Abgrenzungen führte. Mit den Einschränkungen, dass die heutige Situation gewisse, allerdings oft überbewertete, zur Sache kaum wesentliche Änderungen birgt – der Weltkrieg tobt nicht so unmittelbar wie 1916, der Kolonialismus ist zu vermittelteren Formen fortgeschritten, die

Sowjetunion ist erstanden und wieder untergegangen etc. –, erscheinen Lenins Polemiken gegen gewisse deutsche Sozialisten heute leider erschreckend aktuell:

"Ein Merkmal des deutschen Chauvinismus ist, dass die 'Sozialisten' – Sozialisten in Anführungszeichen – von der Unabhängigkeit anderer Völker reden, nur derer nicht, die von ihrer eigenen Nation unterdrückt werden. Ob man dies nun direkt ausspricht oder ob man diejenigen, die das aussprechen, verteidigt, rechtfertigt und in Schutz nimmt – der Unterschied ist nicht sehr wesentlich. / Die deutschen Chauvinisten ... sprechen z.B. sehr viel und gern von der Unabhängigkeit der von [den USA! – Ääääh, nein, damals noch:] England unterdrückten Völker. Sowohl die Sozialchauvinisten Deutschlands – d.h. Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat – als auch die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands schreien jetzt lauthals über das schamlose, gewalttätige, reaktionäre usw. Schalten und Walten Englands in seinen Kolonien. Die deutschen Zeitungen schreiben jetzt über die Freiheitsbewegung in Indien ohne Unterlass, voller Schadenfreude, Begeisterung und Entzücken. / ... Die Wurzel des Betrugs der deutschen Chauvinisten liegt darin, dass sie, während sie ihre Sympathie für die Unabhängigkeit der von ihrem militärischen Gegner, England, unterdrückten Völker nicht laut genug hinausschreien können, bescheiden – mitunter sogar allzu bescheiden – über die Unabhängigkeit der von ihrer eigenen Nation unterdrückten Völker mit Stillschweigen hinweggehen." (LW 22, S. 186 f.)

„Angesichts dieser objektiven Lage der Dinge [allgemein die Weltkriegssituation] ist es die offenkundige und unbedingte Aufgabe jeder aufrichtigen sozialistischen, jeder ehrlichen proletarischen Politik (von einer bewusst marxistischen Politik ganz zu schweigen), vor allem und in erster Linie konsequent, systematisch, kühn und vorbehaltlos die pazifistische und demokratische Heuchelei der e i g e n e n Regierung und der e i g e n e n Bourgeoisie zu entlarven.“ (LW 23, S. 213) An Proben pazifistischer Heuchelei der deutschen Bourgeoisie mangelt es wahrlich nicht. Jedoch die heutige Entlarvungspraxis scheint bis in die marxistische Politik hinein entweder auf den antiamerikanischen, wieder chauvinistischen Hund verkommen oder gleich in den Verruf geraten, per se ein zu vordergründiges Politikverständnis zu dokumentieren, als käme nicht alles darauf an, wer von wem wie entlarvt wird. Lenin ward über dieses "Problem" eigentlich apodiktisch genug, als dass es wieder aufgetischt und "neu" abgeräumt werden müsste: „Es gibt nur einen wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos allen Ländern.“ (LW 24, S. 60) Nicht ausschließlich, aber vor allem die deutschen Sozialisten als Pendant der beson-

ders reaktionären, preußisch-krautjunkerlichen, länder-partikularistischen deutschen Imperialisten waren die Adressaten dieses Leninschen Strategievorschlags.

7. Stalin verfügt: Der zweite Weltkrieg war gegen die USA gerichtet

Auch Joseph Stalin hat sein ganz persönliches Scherflein zu den kommunistischen Erkenntnissen über den ganz besonderen Imperialismus beigetragen. Entgegen einer Annahme, mit der sich gewisse Freunde der Sowjetunion so wohl befinden wie die bürgerlichen Faschismusverstehrer von Ernst Nolte bis Jürgen Habermas, hielt Stalin es offenbar gerade nach dem 2. Weltkrieg, als der deutsche Imperialismus scheinbar endgültig abgewirtschaftet hatte, für nötig, jenes Moment der Leninschen Imperialismustheorie hervorzuheben, ohne das ihre "Anwendung" und "Übertragung" auf heutige Zeiten bestenfalls zu blankem Schematismus, ehestens aber zu einer deutschen Intrige verkommt:

Nicht nur der 1., sondern auch der 2. imperialistische Weltkrieg wurde nicht in erster Linie vom Zaune gebrochen, um die proletarische Revolution niederzukartätschen oder die Bolschewisierung Europas zu verhindern, welchen Dienstbaren merkwürdigerweise nicht nur die deutschen Faschisten dem deutschen Bolschewismus regelmäßig aufbinden wollen, obwohl doch bekannt sein sollte, warum es jeweils eingangs der Weltkriege noch nicht gar so weit stand. Auch hatten beide Weltkriege nicht zum Ziel, irgendeine Peripherie in den Imperialismus als solchen hineinzubomben, altehrwürdige Kolonialreiche zusammenzuhalten oder den Imperialismus als solchen auf sie auszudehnen, wie die heutzutage von der Friedensbewegung bis tief in den organisierten Kommunismus hinein florierende, gar dominierende Vorstellung vom Weltkrieg des imperialistischen Koloss USA mit seinen ja vernachlässigbaren Partnern gegen jedenfalls arme indigene Völker lautet.

Die Stalinsche Polemik von 1952 gegen schier sämtliche seinerzeitigen und heutigen Friedensillusionen, Konvergenztheorien etc. lohnt ausführlich zitiert zu werden: "Die Frage der Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern / Manche Genossen behaupten, dass infolge der Entwicklung der neuen internationalen Bedingungen nach dem zweiten Weltkrieg Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern nicht mehr unvermeidlich seien. Sie meinen, dass die Gegensätze zwischen dem Lager des Sozialismus und dem Lager des Kapitalismus stärker seien als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sich die anderen kapitalistischen Länder so weit untergeordnet hätten, um ihnen nicht zu gestatten, untereinander Krieg zu führen und sich gegenseitig zu schwächen,

dass die tonangebenden Leute des Kapitalismus aus der Erfahrung zweier Weltkriege, die der ganzen kapitalistischen Welt schweren Schaden zugefügt haben, genügend gelernt hätten, um sich nicht noch einmal zu erlauben, die kapitalistischen Länder in einen Krieg gegeneinander hineinzuziehen – dass infolge all dessen die Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern nicht mehr unvermeidlich seien. / Diese Genossen irren sich. Sie sehen die an der Oberfläche schimmernden äußeren Erscheinungen, aber sie sehen nicht die in der Tiefe wirkenden Kräfte, die, obwohl sie vorläufig unmerkbar wirken, dennoch den Lauf der Ereignisse bestimmen werden. / Nach außen hin scheint alles 'wohlgeordnet' zu sein. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Westeuropa, Japan und andere kapitalistische Länder auf Ration gesetzt; (West-)Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, die in die Klauen der USA geraten sind, führen gehorsam die Befehle der USA aus. Es wäre aber falsch, wollte man annehmen, dieser 'wohlgeordnete Zustand' könne 'in alle Ewigkeit' erhalten bleiben, diese Länder würden die Herrschaft und das Joch der Vereinigten Staaten von Amerika endlos dulden, sie würden nicht versuchen, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und den Weg einer selbständigen Entwicklung zu beschreiten. / ... / Man sagt, dass die Gegensätze zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus stärker sind als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern. Theoretisch ist das natürlich richtig. Das ist nicht nur jetzt, in der gegenwärtigen Zeit, richtig, das war auch vor dem zweiten Weltkrieg richtig. Und dessen waren sich die Machthaber der kapitalistischen Länder mehr oder weniger bewusst. Und dennoch begann der zweite Weltkrieg nicht mit einem Krieg gegen die UdSSR, sondern mit dem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern. Warum? Erstens, weil ein Krieg gegen die UdSSR, als das Land des Sozialismus, für den Kapitalismus gefährlicher ist als ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern, denn wenn es bei einem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern nur um die Frage der Vorherrschaft dieser oder jener kapitalistischen Länder über andere kapitalistische Länder geht, so muss ein Krieg gegen die UdSSR unbedingt die Frage der Existenz des Kapitalismus selbst aufwerfen. Zweitens, weil die Kapitalisten, obwohl sie zum Zwecke der 'Propaganda' über eine Aggressivität der Sowjetunion zetern, selbst nicht an solche Aggressivität glauben, da sie der Friedenspolitik der Sowjetunion Rechnung tragen und wissen, dass die Sowjetunion die kapitalistischen Länder nicht von sich aus angreifen wird. / Nach dem ersten Weltkrieg hat man ebenfalls angenommen, Deutschland sei endgültig erledigt, ebenso wie auch heute manche Genossen meinen, Japan und Deutschland seien endgültig erledigt. Damals wurde auch davon geredet und in der Presse darüber geschrieben, dass die Vereinigten Staaten von Amerika Europa auf Ration gesetzt haben, dass Deutschland nicht wieder auf die Beine kommen könne, dass es von nun an zwischen den kapitalistischen Ländern keine Kriege mehr geben könne. Doch hat sich Deutsch-

land nach seiner Niederlage trotzdem in etwa 15-20 Jahren wiederaufgerichtet und ist als Großmacht wieder auf die Beine gekommen, nachdem es aus der Knechtschaft ausgebrochen war und den Weg einer selbständigen Entwicklung beschritten hatte. Dabei ist charakteristisch, dass niemand anders als England und die Vereinigten Staaten von Amerika Deutschland geholfen haben, sich ökonomisch aufzurichten und sein kriegswirtschaftliches Potential zu erhöhen. Natürlich verfolgten die USA und England, als sie Deutschland halfen, sich ökonomisch aufzurichten, die Absicht, Deutschland, nachdem es sich aufgerichtet hat, gegen die Sowjetunion zu lenken, es gegen das Land des Sozialismus auszuspielen. Deutschland richtete seine Kräfte jedoch in erster Linie gegen den englisch-französisch-amerikanischen Block. Und als Hitlerdeutschland der Sowjetunion den Krieg erklärte, schloss sich der englisch-französisch-amerikanische Block nicht nur nicht Hitlerdeutschland an, sondern war im Gegenteil gezwungen, eine Koalition mit der UdSSR gegen Hitlerdeutschland einzugehen. / Folglich erwiesen sich der Kampf der kapitalistischen Länder um die Märkte und der Wunsch, ihre Konkurrenten abzuwürgen, praktisch als stärker denn der Gegensatz zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus. / Es fragt sich, welche Garantien gibt es, dass Deutschland und Japan nicht erneut auf die Beine kommen, dass sie nicht versuchen werden, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und ein selbständiges Leben zu führen? Ich denke, solche Garantien gibt es nicht. / Daraus folgt aber, dass die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehen bleibt. / ... / Um die Unvermeidlichkeit der Kriege zu beseitigen, muss der Imperialismus vernichtet werden." (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, 1952)

Auch der 2. Weltkrieg ist, so betont Stalin nach 1945, seinem Wesen nach ein innerimperialistischer Krieg, das vollendetste Resultat der *zeitweiligen* "Bewältigung" der Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Bourgeoisie. Nebenbei bemerkt weist seine dezidierte Kritik der "Zwei-Lager-Theorie" auf das Manko einer Revisionismusanalyse hin, die das Problem der Imperialismusanalyse, d.h. besonders der Widersprüche zwischen Imperialismus und Imperialismus und ihrer weitestmöglichen Ausnutzung durch den Sozialismus, zumindest vernachlässigt.³

³ Wen die Diskussion über die Gewichtung der Widersprüche zwischen Kapitalismus und Sozialismus gegenüber den innerkapitalistischen Widersprüchen und die sich daraus ergebenden Strategien der Ausnutzung bzw. Nicht-Ausnutzung der innerimperialistischen Widersprüche durch den Sozialismus interessieren, dem sei zur weiteren Lektüre Kurt Gossweilers "Ben-

Es möchte scheinen, als habe Stalin immer nur betont, der Weltkrieg sei eine Angelegenheit unter Imperialisten, von ihnen als gleich ungerechten Parteien verzapft. Das ist allgemein gesprochen ganz richtig. Natürlich hätte Deutschland sich für seine zwanghaften Aggressionen einen anderen Konkurrenten (wie zum Beispiel Japan) suchen müssen, wenn Großbritannien und die USA wie Frankreich kapituliert hätten, und wenn keiner mehr gewesen wäre, hätten sich die deutschen Imperialisten das ja kostspielige Unternehmen sparen und in ihrer errungenen Hegemonie schwelgen können. Aber gerade das Fadenscheinige einer solchen Verallgemeinerung, sobald sie dazu dienen soll, Deutschland aus dem Reigen der imperialistischen Großmächte herauszudefinieren oder zum bloßen Juniorpartner der USA zu verniedlichen, ist Gegenstand der Stalinschen Polemik gegen die wirkmächtige Einschätzung der internationalen Lage nach 1945. Stalins Argumentation zielt keineswegs auf Entlastung und Entschuldung der USA, sondern nur auf *Belastung* und *Beschuldigung* des deutschen Imperialismus. "*Nur das*" aber, so deucht mir, ist, ausgerechnet 1952 ausgesprochen, ein außerordentlich bemerkenswerter, gestreng-gütiger, ja väterlicher Hinweis – nicht die Hausaufgaben zu vergessen.

Es möchte weiters scheinen, als habe ausgerechnet Stalin nicht das konterrevolutionäre und antisowjetische Moment des deutschen Faschismus und des 2. Weltkrieges zu explizieren gewusst. Dass der deutsche Faschismus funktional ein Gesicht der Konterrevolution nicht nur gegen die bürgerliche "System"-Demokratie, sondern gerade gegen das organisierte Proletariat ist, sei unbestritten. Georgi Dimitroff, der 1935 diese Funktion des Faschismus ausdrücklich betont, zitiert jedoch im selben Atemzuge Stalin, der der gegen das Proletariat konterrevolutionären Funktion des deutschen Faschismus (noch nicht: des Weltkrieges!) die gegen die Konkurrenz gerichtete innerimperialistische Funktion gleichauf beiordnet: "Den Sieg des Faschismus in Deutschland – sagte Genosse Stalin auf dem XVII. Parteitag der KPdSU (B) – 'darf man nicht nur als Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse und als Ergebnis des Verrats der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muss ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als ein Zeichen dafür, dass die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen, weshalb sie in der Innenpolitik gezwungen ist, zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen; als ein Zeichen dafür, dass sie nicht mehr imstande ist, einen Ausweg aus

jamin Baumgarten und die Stalin-Note", Streitbarer Materialismus Nr. 22, München 1998, empfohlen.

der jetzigen Lage auf dem Boden einer friedlichen Außenpolitik zu finden, weshalb sie gezwungen ist, zur Politik des Krieges zu greifen."

Alles in allem wettet Stalin nach 1945 aus guten Gründen nicht zu lauthals gegen die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus. Es sind dies ziemlich die gleichen Gründe, aus denen er jedoch für ein Gewettere gegen den besonders schlimmen US-Hegemon oder gegen einen nebulösen Ultraimperialismus, worin der deutsche Imperialismus *praktisch* verharmlost wird oder gleich verschwindet, nicht zu gewinnen, höchstens zu entstellen geht.

8. Bertolt Brecht fasst zusammen – und wird zusammengefasst

Die 1952er Situation und Feiertagsrede Stalins auf dem Höhepunkt "seiner" Macht ist auch von einem bekannteren "Barden des Stalinismus" in kaum vier Zeilen zusammengefasst worden. Die Preisfrage, wie denn wohl das in Friedensforen kursierende Zitat "Die Kapitalisten wollen keinen Krieg. Sie müssen ihn wollen." von Bertolt Brecht weitergeht, muss man sich aber heutzutage weitgehend selbst beantworten. Der Eintrag lautet vollständig: "[Titel:] Die Kapitalisten wollen keinen Krieg. / Sie müssen ihn wollen. / Die deutschen Kapitalisten haben zwei Möglichkeiten in einem Krieg: / 1. Sie verraten Deutschland und liefern es den USA aus. (Petain.) / 2. Sie betrügen die USA und setzen sich an die Spitze." Die Kommunisten müssen hiernach eigentlich nur noch lernen: 1. friedensbewegt-ultraantikapitalistischen Kürzungstechniken zu misstrauen; 2. sich den Kopf über die zwei Möglichkeiten der deutschen Kapitalisten nicht zu zerbrechen noch zu erwärmen.

9. Georg Lukács' wohlweislicher Forschungsfokus

Für die Periode nach 1945, diese Periode der "vollständigen Unterjochung Deutschlands durch die USA", wie der antileninistische Antiimperialismus glauben machen will, wären weiterhin solch verdiente Autoren wie Walter Ulbricht, Siegbert Kahn, Reinhard Opitz und andere großzügig auszuheben, um zu verdeutlichen, dass der deutsche Imperialismus sozusagen ungefähr am 10. Mai 1945, wenn nicht wieder im Sattel saß, so doch schon wieder auf eigenen Füßen stand, sich jedenfalls äußerst behende aufzurappeln wusste. Ich möchte mich hier aus Platzgründen darauf beschränken, an den vielerorts unterschätzten Klassiker der marxistisch-leninistischen Ästhetik Georg Lukács zu erinnern, dessen Beiträge zur Hauptfeindproblematik mir außerordentlich bissig *und* grundiert erscheinen. So rechtfertigt Lukács im ersten Kapitel der "Zerstörung der Vernunft" "Über einige Eigentümlichkeiten der ge-

schichtlichen Entwicklung Deutschlands" seine Fokussierung auf Deutschland: "Dieser Prozess [die Zerstörung der Vernunft], dessen Anfänge im feudalarrestauratorischen, reaktionär-romantischen Kampf gegen die Französische Revolution zu suchen sind, und dessen Aufgipfelung ... in der imperialistischen Periode des Kapitalismus erfolgt, ist keineswegs bloß auf Deutschland beschränkt. Sowohl seine Ursprünge, wie seine Hitlersche Erscheinungsform, wie sein Weiterleben in unserer Gegenwart haben ökonomisch-sozial internationale Wurzeln, und die irrationalistische Philosophie tritt deshalb ebenfalls international auf. Wir haben jedoch in der Einleitung sehen können, dass sie nirgends jene teuflische Wirksamkeit erreichen konnte, wie eben im Deutschland Hitlers, dass sie mit sehr seltenen Ausnahmen nirgends jene Hegemonie erlangte, wie schon vorher in Deutschland, und zwar nicht nur im deutschen, sondern auch im internationalen Maßstabe. Darum war es notwendig, in diesem Kapitel jene gesellschaftlich-geschichtlichen Tendenzen kurz aufzuzeigen und zu analysieren, die aus Deutschland eine solche Heimat, ein solches Zentrum der Vernunftfeindlichkeit gemacht haben. ... / Aus der Lektion, die Hitler der Welt gab, sollte jeder Einzelmensch wie jedes Volk versuchen, etwas für sein eigenes Heil zu lernen. Und diese Verantwortung besteht besonders zugespitzt für die Philosophen, die verpflichtet wären, über Existenz und Entwicklung der Vernunft nach Maßgabe ihres realen Anteils an der gesellschaftlichen Entwicklung zu wachen. (Damit soll ihre reale Bedeutung in der gesellschaftlichen Entwicklung nicht überschätzt werden.) Sie haben diese ihre Pflicht innerhalb und außerhalb Deutschlands versäumt, und wenn sich auch bis jetzt die Worte von Mephistopheles über den verzweiferten Faust:

'Verachte nur Vernunft und Wissenschaft, / Der Menschen allerhöchste Kraft, / So hab ich dich schon unbedingt'

nicht überall verwirklicht haben, so bedeutet dies – wenn keine Wendung erfolgt – für kein anderes Land der imperialistischen Ökonomie, für keine andere bürgerliche Gedankenkultur im Zeichen des Irrationalismus die geringste Garantie dagegen, dass sie morgen nicht von einem faschistischen Teufel geholt werden, gegen den selbst Hitler vielleicht nur ein stümperhafter Anfänger gewesen ist. Die Beschränkung der Analyse auf die deutsche Entwicklung, auf die deutsche Philosophie will also gerade dieses 'discite moniti' unterstreichen." (S. 73 f., Berlin/Weimar 1984)

Und Lukács kündigt in dieser Einleitung auch an, die besondere Verkapptheit der demokratischen Bewegung in Deutschland seit den Bauernkriegen materialreich zu belegen: "Indem jetzt [nach 1848] die Kritik der Demokratie als eine fortgeschrittene westliche Geistestendenz in Deutschland rezipiert wurde, entstand mit anderen historischen und ideologischen Begründungen letzten Endes eine Kapitulation vor jenen

Ideologien, die den Kampf um die Demokratie abschwächten, ihr den politischen und ideologischen Schwung nahmen. Man denke, um nur ein bezeichnendes Beispiel anzuführen, an den bedeutendsten deutschen bürgerlichen Soziologen und Historiker der wilhelminischen [d.h. bereits imperialistischen] Periode, an Max Weber. Weber war aus patriotischen Gründen gegen das wilhelminische System, dessen Dilletantismus, dessen Unfähigkeit, mit der französischen oder englischen Demokratie diplomatisch zu konkurrieren, er klar einsah: er wurde dementsprechend ein immer entschiedenerer Anhänger der Demokratisierung Deutschlands. Da aber sein Denken von dieser westlichen enttäuschten Kritik an der Demokratie tief durchdrungen war, war diese für ihn nur ein 'kleineres Übel' dem bestehenden System gegenüber. Ähnliche Widersprüche kann man bei anderen Politikern und Denkern dieser Zeit, freilich bei jedem in verschiedener Weise, etwa bei F. Naumann usw. beobachten. Es ist klar, dass auf solcher ideologischen Grundlage keine radikale bürgerlich-demokratische Geistesrichtung oder gar Partei entstehen konnte." (S. 57)

Es ist hiernach auch klar, dass der zeitgenössische deutsche Antidemokratismus im besten Falle nur eine raunende Reproduktion der sowjetischen Demokratiekritik ohne noch zu verteidigenden sowjetischen Inhalt ist, meist aber nur das blanke spießbürgerlich-staatsbedienstete Ressentiment gegenüber der erfolgreichen bürgerlichen Revolution der anderen nebst antimarxistischer Verachtung der bürgerlichen Demokratie als der besten Kampfplattform für das Proletariat. Vorherrscht ein antiwestliches Vorurteil, das dem Kampf sowohl um Demokratie als auch um Sozialismus die Spitze bricht. Inmitten der feudalen deutschen Länderstruktur, des annexionistischen Bluts-Staatsbürgerrechts, des weiterhin gültigen Verbots der KPD, FDJ u.a., der nur scheinbar abgeschlossenen Frage der deutschen Ostgrenzen, des international einzigartig rigiden Streikrechts – um nur einige Schlaglichter der bundesdeutschen Verkapptheit der bürgerlichen Demokratie zu erwähnen – frönen wir ganz wie Max Weber einer klüglichen Demokratiekritik feiger Besserwisser, die aus Angst vor den Gräueln der westlichen Zivilisation lieber den Rückschritt zu den Gräueln des rheinländisch-preußisch "gemäßigten" Kapitalismus gutheißen. Von da bis zur tätlichen Verteidigung der "Mittelmacht" in der Krise, in der sich die "gemäßigte" deutsche Mittelmäßigkeit regelmäßig in besonders aggressiver Remperei entlädt, ist es nur noch ein kleiner Schritt. Entsprechend schwerer wird es werden, im täglich virulenter werdenden 3. Weltkrieg die gegen welchen Konkurrenten auch immer so großzügig ausgegebenen Waffen / Bildungselemente zu "Waffen der Kritik" *umzudrehen*.

10. Antiamerikanismus als Antimarxismus

Bekanntlich heißt es im offenbar nicht seiner Verbreitung entsprechend gewürdigten "Manifest der Kommunistischen Partei": "Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert." (MEW 4, 468) Wenn die bisher geübten Weltkriege nur endlich mal als nicht zufällig von Deutschland ausgegangene Krisenüberwindungsversuche auf Kosten der kapitalistischen Konkurrenten dechiffriert würden, könnten alle Freunde und Genossen klaren Kopfes dem wahren Grauen ins Auge schauen und sich zur Beseitigung der einmal erkannten Bedrohung, des sich anbahnenden allseitigeren und gewaltigeren patent-deutschen Krisenüberwindungsversuchs, aufraffen.

Wer hingegen schon nach dieser sehr kursorischen Aushebung aus dem Fundus der Klassiker und ihrer besten Freunde dem deutschen Imperialismus nur seine Amerikanisierungstendenzen vorzuwerfen weiß, hat demnach nicht nur Lukacs' Geistesgeschichte, Stalins Weltkriegstheorie, Brechts Politiknotate, Lenins Imperialismustheorie, Liebknechts Hauptfeind-Losung und eine ganze Reihe exzellenter Gedichte von Heinrich Heine und anderen entsorgt. Als ob das nicht schon mehr als genug wäre, werden auch Marx'/Engels' Erkenntnisse der notwendigen Konkurrenzformigkeit des Kapitals und der besonderen deutschen Misere über den Leisten eines Antiimperialismus geschlagen, der noch hinter die Schatten von Selbsterkenntnis derjenigen nicht wenigen zurückfällt, die auf eine ziemlich blöde halbstaatliche Propagandaanfrage hin zum größten Deutschen aller Zeiten – Karl Marx kürten.

11. Eine "Erweiterung und Ergänzung" der Hauptfeind-These

Ein gewisser Stefan Marx nun "erweiterte" und "ergänzte" lang nach Bekanntwerden all des oben Kompilierten in offen-siv Nr. 6 und 7/2011 mit eigentümlichem Fleiß das Referat "Geschichte der deutschen Bourgeoisie von den Bauernkriegen bis heute" von Erika Wehling-Pangerl. Wie im von mir verantworteten Sammelband "Neues vom Hauptfeind – Analysen zum deutschen Imperialismus" (edition ost, Berlin 2011) unschwer nachzuprüfen, ist das Elaborat von S. Marx eine höchst seicht überarbeitete, wiewohl geschickt verpfuschte Fassung des dort abgedruckten Referats von Erika Wehling-Pangerl und kein eigenständiger Text. Sein Vorgehen bagatellisiert S. Marx

mit der verschämt in einer dritten Fußnote versteckten Behauptung, das Referat habe ihm nur als "Grundkonzept [gedient], das ich in fehlenden Punkten ergänzt und um m.E. notwendige Einschätzungen erweitert habe". In bürgerlich gesitteten Kreisen würde solch ein Vorgang als ein harter Fall von Plagiat (und angesichts der Art der "Ergänzungen" eigentlich auch als Rufschädigung) bezeichnet – und gegebenenfalls rechtlich geahndet.

Ich möchte mich indes mit dem ja abgegriffenen, langweiligen, kleinbürgerlichen Plagiatsvorwurf nicht begnügen. Die noch mehr als die Bürgerlichen gesitteten Kommunisten sollten in solchen Betreffen geistigen Eigentums (und öffentlichen Ansehens) nicht zu kleinlich sein und lieber den dialektischen Materialismus interessiert generös als geistige Vorwegnahme des Gemeineigentums an allen Produktionsmitteln behandeln und – pflegen.

Um der Schonung der werten Lesergeduld willen, aber auch, um meine Zeit für Anderes aufzusparen, zum Beispiel für den Kampf gegen den Hauptfeind – der, soviel ich schon mitteilen kann, jedenfalls nicht S. Marx heißt –, möchte ich an nur vier bezeichnenden Beispielen vorführen, wohin die Übersetzung der Liebknecht-Losung in den wacker tönenden Kampfsprech des Hauptsache-Irgendwie-Antiimperialismus führt. Über die Ergänzungs- und Auslassungstechnik von S. Marx, soweit sie Probleme der Revisionismusanalyse und der Geschichte der SED, der KPdSU und aller möglichen anderen Dinge betrifft, wäre mehr zu sagen, als ich hier sagen mag oder kann – so viel eigenständige Arbeit steckt in dem Plagiat dann wohl doch. Ich möchte mich aber auf die Aspekte konzentrieren, die wesentlich die laut Titel beider zu vergleichenden Texte ja wohl thematische Hauptfeindanalyse betreffen.

Original 1: "Gegen die DDR wurde täglich und stündlich gekämpft. Ich kann hier nur auf einzelne Schlaglichter eingehen. / Ein wichtiges Datum ist der 17. Juni 1953, von der Reaktion bejubelt als 'Arbeiteraufstand' gegen den Kommunismus. / Organisiert wurde dieses Spektakel von der SPD. Die SPD war bis 1961 Teil der inneren Widersprüche der DDR." (S.30)

"Ergänzung und Erweiterung" 1: "Gegen die DDR wurde täglich und stündlich gekämpft. Zwei dieser Höhepunkte verdienen in unserem Zusammenhang eine genauere Betrachtung. / Zum einen der so genannte, und maßgeblich von der SPD und ihrem Ostbüro mit US-Unterstützung organisierte 'Arbeiteraufstand' vom 17. Juni 1953, / und zum anderen die Aktionen der deutschen Bourgeoisie mit Organisationen wie der 'Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit', die dann zur Sicherung der Staatsgrenze der

DDR am 13. August 1961 führte. / Die SPD war bis 1961 politisch in der DDR tätig." (7/11, S.28 f.)

Kommentar 1: Die intellektuelle Leistung von S. Marx bei Revision dieses Passus besteht in folgendem:

1. in einer mutigen Umgliederung der Satzteile, die das zweite im Original behandelte Schlaglicht, den 13. August 1961, in die Satzreihe hineinholt und dabei gleich mal einen Kommafehler hinzupfuscht und das sprechendere Bild vom "von der Reaktion als 'Arbeiteraufstand' bejubelten Datum" zu einem bloß von irgendwem "so genannten 'Arbeiteraufstand'" einstampft;

2. in einer auch mutigen Änderung von der SPD als "Teil der inneren Widersprüche der DDR" zu einer "politisch in der DDR tätig" gewesenen SPD, was ebenfalls matter ausgedrückt ist als in der Vorlage;

3. in der besonders mutigen Hinzudichtung einer "US-Unterstützung" beim 17. Juni 1953. Mit dieser ist es nun aber so eine dumme Sache. So eine Unterstützung schlankweg zu behaupten hat sich die Verfasserin des Originals zu hüten gewusst. Entgegen dem Anschein, der Oberfläche, den vollmundigen Propaganda-Aufrufen über den RIAS etc., ist nämlich zum Beispiel aktenkundig, dass der amerikanische Hohe Berliner Kommissar McCloy seinen Presseoffizier mit ein paar toughen GI-Boys am Abend des 17. Juni zum RIAS schickte, wo dieser unserem Genossen Egon Bahr wutentbrannt und ganz persönlich das Mikrofon aus der Hand schlug und überhaupt eine Szene machte, die Bahr für die nächsten 20 Jahre nicht vergessen sollte und die ihn über andere, zivilere bzw. tückischere Strategien im Klassenkampf nachsinnen gehen ließ. Man kann jetzt spekulieren, ob Egon Bahr ohne diesen Nachhilfeunterricht in "Regime Changing" je zum berühmten angeblichen Paradigmenentdecker der Neuen Ostpolitik geworden wäre. Aus der aktenkundigen Begebenheit spricht jedenfalls ebenso wie aus den Reaktionen britischer Militärs am Abend des 17. Juni statt "Unterstützung" eher – Angst? Demokratischer Friedenswille? Nein: simpler, vehementer Widerwille, für die Westdeutschen leckere Kastanien aus dem lodrenden Sowjetfeuer zu fischen. Doch was verfängt? Bevor S. Marx in den schrecklichen Verdacht geraten könnte, den USA einen relativen Friedenswillen zu attestieren, und sei es auch nur einer aus schmutzigsten pragmatischen Gründen, rührt S. lieber der Kernaussage des Originals: "Organisiert wurde dieses Spektakel von der SPD" die sehr "spannend" den Hauptfeind aus dem Blick schiebende These von der "US-Unterstützung" unter, die durch die späteren Ausführungen über den RIAS gedeckt erscheint, ohne es zu sein.

Original 2: "Der Antisemitismus nützte in dieser Situation [nach 1945] dem deutschen Imperialismus gar nichts. Um die DDR wegzufügen, brauchte er die Unterstützung der Westalliierten (die er nicht immer bekam, wie wir noch sehen werden), und der Antisemitismus war doch zu offensichtlich gegen die imperialistischen Konkurrenten gerichtet, als dass er noch hätte nützlich sein können. So wurde man also über Nacht philosemitisch, d.h. heuchlerisch-judenfreundlich." (S.29)

"Ergänzung und Erweiterung" 2: "Der noch immer vorhandene Antisemitismus nützte in dieser Situation [nach 1945] dem deutschen Bürgertum auch nichts mehr. Um die DDR wegzufügen brauchte es die Unterstützung der Westalliierten, der Antisemitismus war doch zu offensichtlich gegen die imperialistischen Konkurrenten gerichtet, als dass er ihm noch hätte nützlich sein können. So wurde man also über Nacht philosemitisch und per se judenfreundlich. Noch einfacher und glaubwürdiger wurde es nach der Gründung des Staates Israel, der zur imperialistischen Macht im Nahen Osten aufstieg und ein willkommener Bündnispartner für den deutschen Imperialismus wurde, so dass dessen ewiges Existenzrecht auf Kosten der arabischen Stammbevölkerung und seiner Nachbarn zur selbstverständlichen deutschen Staatsraison wurde. [Fußnote von S. Marx: Dieser Tage treibt man die Abkehr vom Antisemitismus auf die Spitze, in dem man die 'christlich-jüdischen Wurzeln' beschwört, und wie selbstverständlich so tut, als wäre ein 'jüdisches Kulturelement' schon immer gewollter und willkommener Bestandteil einer wie auch immer gearteten Nationalkultur.]" (7/11, S.27 f.)

Kommentar 2: Neben geschmacklosen Flapsigkeiten und Kommafehlern, daher abermals offenkundigen Verschlechterungen des Stils, fällt an dieser Bearbeitung dreierlei auf:

1. "Unterstützung der Westalliierten (die er nicht immer bekam, wie wir noch sehen werden)" ward "Unterstützung der Westalliierten", von der nicht denkbar sein zu sollen scheint, dass so gute Kumpels wie Ultraimperialistens-Schulterklopfers sich diese jemals versagen könnten, und womöglich gerade in so pikanten Fragen wie den deutschlandpolitischen jener Zeit.

2. "heuchlerisch-judenfreundlich" ward "per se judenfreundlich", welche anschauliche Sprachgestik mich zu einer Studie der Herzen ermuntert: S. Marx findet die Judenfreundlichkeit der deutschen Bourgeoisie nach 1945 *nicht* geheuchelt. S. findet die deutsche Bourgeoisie vielmehr zu absolut, zu unbedingt judenfreundlich und schlägt eher eine Haltung vor, die nicht "per se" judenfreundlich sein soll, die also unter den Juden ihre Freunde aussucht (vielleicht zum Beispiel: antisemitische Juden; das lässt S. Marx einstweilen offen). Ich will mich jetzt nicht als besonders weltoffen spreizen,

aber wenn ich so überlege, zu welcher Menschengruppe "man" nicht "per se" freundlich sein sollte, fällt mir – außer vielleicht den Deutschen, die mal per se jeden Anspruch auf Freundlichkeit seitens z.B. der sowjetischen Völker verwirkt haben und die die vielen Freundschaftsbezeugungen seitens der sowjetischen Völker oder des neuen Russland als ein Geschenk aus schier übermenschlicher Menschlichkeit betrachten lernen sollten – schlechterdings *keine* Menschengruppe ein. Ich sehe nicht mal einen Grund, es nicht "per se" mit Freundlichkeit bei Kapitalistens zu versuchen, räume aber ein, dass der hier angemessene Umgangston von Kräfteverhältnissen abhängt. "Per se" jedenfalls wundere ich mich über die Gesittung eines Menschen, der einerseits den Kommunismus vorschlägt, andererseits aber, zu Juden nicht "per se" freundlich zu sein – und zwar entschieden genug, um allen Ernstes die Arbeit auf sich zu nehmen, die beredte, präzise "Heuchelei" in ein nichts, daher alles bzw. zu viel sagendes "per se" umzudichten.

3. Wir verstehen uns zumindest semantisch ganz gut, denke ich. Diejenigen Juden, die von S. Marx keine Freundlichkeit zu erwarten haben sollen, sind zumindest die zum Staat Israel assoziierten Juden. Das ist immerhin eine unmissverständliche Ansage. Ich möchte S. Marx ja auch helfen, sich verständlicher auszudrücken. Zum Beispiel kann ich mich so gut in S. hineinversetzen, dass ich S. den kameradschaftlichen Rat geben kann, S. solle doch besser schreiben, dass der Staat Israel, und nicht, dass der deutsche Imperialismus sein Existenzrecht auf Kosten der arabischen Stammbevölkerung verewige, wie S. schreibt. So kann unser kleiner Dissens deutlicher werden. Ich glaube nämlich nicht nur zu wissen, dass Israel explizit kein imperialistischer Staat ist und dass die Behauptung, Israel sei imperialistisch, von einer schwer reversiblen Revision der Leninschen Imperialismustheorie zugunsten eines "bürgerlichen Pazifismus" zeugt, mit dem S. Marx nichts am Hut haben will. Ich sage auch nicht nur, was S. Marx in oben inkriminiertem Teilsatz meint, aber nicht sagt, sondern ich meine auch wirklich, was S. Marx sagt, aber nicht meint: dass nämlich der deutsche Imperialismus sein Existenzrecht auf Kosten sowohl seiner Nachbarn als auch der arabischen Stammbevölkerung zur Staatsraison verewigt. Zum Beispiel trug und trägt der deutsche Imperialismus – vermutlich – *wesentlich* zur Verbreitung des Antisemitismus in den arabischen Ländern bei, wodurch er ihre nationale Befreiung erheblich erschwert, während er sich selbst ganz nach Maßgabe der praktischen Nöte westensauber (im Doppelsinn!) hält und noch diverse Sonntagsredner über den von der BRD mit aufgestachelten Deutschen-Speichellecker von Holocaustrelativierer und Siemens-Großkunden Ahmadinejad herziehen lässt. Wir werden hier allerdings "vermutlich" nicht den "Nah-Ost-Konflikt" "lösen". Aber es bleibt bei geduldiger Absehung von diesem exotischen Allerwelts-Problem das formale Ungenügen auf Seiten von S.

Marx, dass Ausführungen zu den Interessen und Kampagnen der angeblichen unverbrüchlichen Bündnispartner des deutschen Imperialismus nicht sonderlich vom politisch ausschlaggebenden Erkenntnisinteresse nach den Strategien des Hauptfeindes geleitet zu sein scheinen, sondern die Hauptfeindfrage ganz merkwürdig auf allerlei Gegenstände *erweitern*: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land und in Israel und heißt Deutscher Imperialismus und halb abhängig-kleinbourgeoise, halb VW mit Tankdeckeln beliefernde, halb agrarindustrielle, halb softwareprogrammierende, halb in den USA, halb in Palästina wohnende nichtimperialistische israelische Gesellschaft und Staatlichkeit" – so recht liebknechtisch will das irgendwie nicht mehr klingen.

Wenn S. Marx nun wenigstens geschafft hätte, die Fußnote zu unterdrücken, die S. diesem kleinen Ausflug in heißere Gefilde noch beigelegt, hätte ich es hierbei belassen können und schon für dicke genug befunden. Diese Fußnote schreit jedoch geradezu nach Kommentierung: "Man", das so *übertrieben vom Antisemitismus abgekehrte*, naturalisiert ein "'jüdisches Kulturelement'" in Morgen- und Abendland hinein, obwohl so ein Element vielleicht gar nicht gewollt oder willkommen ist! Wie dreist vom "man", da nicht mehr Rücksicht zu nehmen! "Wie auch immer" eine "Nationalkultur geartet" sei (also mehr wie ein Affe oder mehr wie ein Orang-Utan? Ich habe in Biologie nicht so gut aufgepasst ...), diese egale Nationalkultur müsse irgendein Recht erhalten, das vielleicht gar nicht (naturwüchsig) in ihr enthaltene jüdische Element als nicht gewollten und nicht willkommenen Bestandteil ihrer selbst zu deklarieren. In den Liebknecht-Duktus übersetzt heißt das doch wohl: "Ein wie-auch-immer-Feind eines jeden wie-auch-immer-Volkes könnte ein vom bösen 'man' aufgeschwatztes oder untergeschobenes 'jüdisches Kulturelement' sein, und es könnte sein, dass jede Nationalkultur sich erst mal so richtig frei-arten muss von diesen (angeblichen) jüdischen Kulturelementen." Ich finde diese offenbar erheblich über das Gerede vom imperialistischen Israel hinausstürmende kulturkritische Zuspitzung des Antiimperialismus bei aller Geduld sehr schwer diskutabel. Sollte ich etwas missverstanden haben? Das möchte ich, höflichkeitshalber, nicht "per se" ausschließen. Dass aber nicht nur ich durch mutig ergänzte Fußnoten von S. Marx zumindest in eigenartig abseitige orientalische Gefilde genasführt werden sollte, wo indifferente bzw. ultraimperialistische "Man"s statt konkreter Hauptfeinde irgendeine neblige Kulturagitation betreiben und wo statt der spezifischen Unterschiede zwischen deutscher und amerikanischer imperialistischer Ideologie stets vermeintliche Gemeinsamkeiten herausgekehrt werden, glaube ich jetzt schon mit Sicherheit sagen zu können.

Original 3: "1975 wurden die USA gerupft und geschwächt aus Vietnam verjagt. So bedeutend dieser Sieg des Befreiungskampfes für die internationale Arbeiterklasse

war, so verheerend war es doch, dass dieser Kampf nicht von den Arbeitern der imperialistischen Länder gegen ihre eigenen Ausbeuter fortgesetzt wurde und so die deutsche Monopolbourgeoisie als Geier über den Schlachtfeldern aus der Niederlage des US-Imperialismus Nutzen ziehen konnte. Es wuchs das 'deutsche Nationalbewusstsein' in seiner durch den zu spät und zu kurz gekommenen deutschen Imperialismus fürchterlich zugerichteten Gestalt." (S.33)

"Ergänzung und Erweiterung" 3:

Kommentar 3: Dies ist eine äußerst kunstfertige Ergänzung und Erweiterung, und nicht die einzige ihrer Art. Hierin rate ich S. Marx, sich nächstens mehr zu betätigen, denn dazu gehört viel Gespür und feiner Instinkt. Respekt! Gerade in dem Maße, wie die letzten Altnazis wegsterben, kann man sich zunehmend auch mit Spiegel-Reportern, die noch Helmut Schmidt gewählt haben, über die misslich dunklen Anfangsjahre unserer Bundesrepublik unterhalten. Andererseits kann jede noch so altgeschichtliche Darstellung, zum Beispiel K. Marx' chronologische Auszüge zur deutschen Geschichte des 15. Jahrhunderts, voll revolutionären Elans sein. S. Marx musste offensichtlich aus Pöten kommen, hat Erika Wehling-Pangerls Ausführungen zu den 70er und 80er Jahren weitgehend gestrichen und in seinem Kapitel 8 einen meines Erachtens eher dürftigen allgemeinen Abriss zur "Neuen Ostpolitik" an die Stelle konkreter Kritik gesetzt. Eine vierte und endlich letzte Kollationierung soll zeigen, dass S. Marx die für die 70er und 80er Jahre wesentliche Pointe, nicht der Revisio-nismusanalyse, sondern der Hauptfeindanalyse mindestens *zwei* mal sorgfältig auszustreichen wusste.

Original 4: "Westdeutschland begab sich in die achtziger Jahre, in den Weg zur 'Normalität'. Dieser Weg war nicht nur gekennzeichnet durch die Kohl'sche 'Wende', sondern auch durch eine große oppositionelle Bewegung, die nicht mehr von internationaler Solidarität getragen war wie die Mehrheit der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre, sondern von der Angst vor der atomaren Bedrohung, von der Angst, Austragungsfeld in einem Atomkrieg zu sein. Ein deutscher Nationalismus wuchs fast unmerklich bei Massen heran, die vorher für ausgesprochen reaktionäre Bestrebungen nicht in Frage gekommen waren. Riesige Kundgebungen 'für den Frieden' klagten die USA und die Sowjetunion an und deckten den Hauptfeind im eigenen Land, der ungestört mit seinen 'deutsch-deutschen Beziehungen' an der Destabilisierung der DDR arbeiten konnte." (S.34)

"Ergänzung und Erweiterung" 4: "Durch die berechtigte Angst der Menschen vor dem Atomtod entstand in den Achtzig Jahren auch in der BRD eine große Friedensbewegung. Die Sowjetunion wurde in der Amtszeit Reagans ganz massiv bedroht, aber

anders als in früheren Bedrohungssituationen war diese Friedensbewegung keine Bewegung der internationalen antiimperialistischen Solidarität, keine Bewegung zur Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion und erst recht keine Bewegung zum Sturz der eigenen kapitalistischen Verhältnisse, sondern war Ausdruck der Angst, zum Schlachtfeld einer atomaren Auseinandersetzung zu werden. Der bürgerliche Pazifismus feierte fröhliche Urstände." (7/11, S.33)

Kommentar 4: Halten wir uns nicht länger bei "Spitzfindigkeiten" wie den durchgängigen Vertippen und Verschlechterungen der Sprache auf: Den spezifisch deutschen Nationalismus und seine Anklage nicht nur der Sowjetunion, sondern eben auch der USA hat S. Marx hier zu ordinärem bürgerlichem Pazifismus verniedlicht. Statt des blanken, massiven Antiamerikanismus in der Friedensbewegung der 80er Jahre ("... klagten die USA und die Sowjetunion an ...") wird die "berechtigte Angst der Menschen (!) vor dem Atomtod" eingeräumt und der Mangel ("der Menschen"?, der Friedensbewegung?) an antikapitalistischer Entschlusskraft beklagt. Muss denn aber wirklich jede "bürgerliche" Friedensbewegung gleich in Sozialchauvinismus machen? Waren nicht in den 50ern Bürgerliche in einer Friedensbewegung aktiv, die weder auf Sozialismus, noch auf Sozialchauvinismus, sondern auf Antimilitarismus orientierte?⁴ Was unterscheidet nur die Bewegungen der 50er und der 80er? Könnte der Unterschied vielleicht gerade *nicht* in der Orientierung auf Sozialismus liegen, die eben beiden Friedensbewegungen *nicht* eignete? Könnte vielleicht ein virulenter deutscher National- und Sozialchauvinismus das federführende, spezifische Moment der Bewegung der 80er Jahre gewesen sein? Muss denn jedes Urteil über eine nationalchauvinistische Friedensbewegung diesen nationalchauvinistischen Charakter zugunsten der Annahme einer allgemein-bürgerlichen, menschlich-anthropologischen, "irgendwie ja sogar berechtigten" Angst vor dem Atomtod unterschlagen? Ich denke, eine hübsch differenzierte, feinfühlig, materialistische etc. Kritik des Nationalchauvinismus der 80er Jahre könnte sehr hilfreich für die Selbstfindungsprozesse der Kommunisten

⁴ Die proletarische und kommunistische Bewegung ist übrigens eine Friedensbewegung nur in sehr übertragenem, metaphorischen Sinne. Das Proletariat mit den Kommunisten bekämpft den imperialistischen Krieg, kämpft also für Frieden, in dem es den Klassenkampf führen kann, wird den Klassenkampf aber auch führen, wenn der Krieg ausbricht. Irgendwie ist das Proletariat ständig am Kämpfen. Wenn man dieses elende Klassenschicksal nicht vergisst, dann freilich kann man vom Proletariat und den Kommunisten als von einer internationalen Friedensbewegung sprechen. Nur dann aber ergibt es auch Sinn, die Orientierung auf den Sozialismus in einer Friedensbewegung als selbstverständlich vorauszusetzen.

sein. Und ich fürchte, einfache Ausstreichung und Ausblendung dieses Chauvinismus ist, sehr gelinde gesagt, weniger hilfreich.

Das war eine sehr anstrengende Session, bei der es indes nicht darum ging, persönliche Deutungshoheit oder das Recht auf geistiges Eigentum zu verteidigen, sondern die Konsequenz in der Analyse des Hauptfeindes zu untersuchen, die bei einer "Geschichte der deutschen Bourgeoisie" bis zu gewissem Grade erwartet werden durfte. Wenn ich nun das Original von der "Erweiterung" abziehe, bleibt zur – thematischen – Hauptfeindfrage irgendwie nicht viel stehen. Und die "Erweiterung" rechtfertigt ihrerseits weniger Bearbeitung oder kritischen Vergleich mit dem Original, als vielmehr z.B. eine ausführliche Richtigstellung seitens der Redaktion. Hätte Stefan Marx nur ordentlich, fleißig, bescheiden, gewissenhaft, redlich plagiiert – und nicht anders! –, hätte ich ganz bestimmt meine Klappe gehalten und ihm nicht nachsagen müssen, dass er mit der auf sich genommenen ausleiernd-verwässernden "Erweiterungs"-*Arbeit* dem Kampf gegen den Hauptfeind – bei aller subjektiven Gutwilligkeit für den Kommunismus – die Spitze bricht wie weiland Max Weber seinem Demokratismus.

Um gegen den Hauptfeind zu bestehen, bedarf es nicht der Klärung jeder Detailfrage, wohl aber der einen Klärung, ob die kommunistische Strategie eine gegen den Hauptfeind *oder* gegen den Hauptfeind und zugleich allerlei Nebenfeinde, Fernfeinde, potentielle Feinde und imperialistische Konkurrenten gerichtete sein soll, über deren Einschätzung sich das "massenhafte" Personal der Kommunisten dann bekanntlich gar prächtig verzetteln und zersplittern kann. Ich denke, je praktischer diese Frage ansteht, desto dringlicher stellt sie sich *genau so* und nicht in Form unbestrittener, theoretisch wohlfeiler Wahrheiten über den schurkischen Weltimperialismus, den verräterischen Weltrevisionismus und die sozialistisch leuchtende Weltrepublik.

Deswegen halte ich jedes über die Hauptfeind-Strategie Hinweg-Theoretisieren für eine bedauernswerte, unterlassenswerte, nicht propagierenswerte *Ohnmachts- und Schwächebekundung der Kommunisten*, der nur durch die Suche nach sehr handfesten zeitgemäßen Aufgaben innerhalb des Weltklassenkampfes begegnet werden kann.

12. Die Antiimperialisten haben das amerikanische Zeitalter verschiedentlich denunziert, es kömmt darauf an, es als intrigantes Ideologem zurückzuweisen und die Waffen des imperialistischen Weltkriegs in Waffen des revolutionären Bürgerkriegs umzudrehen

Wir Kommunisten müssen den kleinbürgerlichen Massen, die noch an den amerikani-

schen Traum vom grenzenlosen individuellen Glück glauben, die leider alternativlose Perspektive eröffnen, die allein die Erfüllung des bürgerlich-revolutionären Glücksversprechens sichtbar macht, die allein überhaupt nur die Rudimente des in besseren Zeiten geahnten kleinen Glücksvorscheins bewahrbar macht etc. Wir Kommunisten müssen auf dem Marktplatz der mannigfaltigen Meinungen die gnadenlose Konkurrenz bestehen und unser Alleinstellungsmerkmal, unseren Wettbewerbsvorteil, unsere Patent-Erkenntnis ökonomisch effizient sowohl in die stillen Lauben des privaten Glücks ("die Unpolitischen") als auch in die Aufmärsche zugunsten des Hauptfeindes ("Friedensbewegung", "Linke", "Standortverteidiger") "hineintragen" etc. Wir Kommunisten müssen die diskursive Matrix des affirmativen Othering durch den emanzipatorisch-emanzipativen performativen Akt der Annihilation der deutschen Machtstruktur de(kon)struieren etc. Wir Kommunisten müssen die Gangs ermuntern, die diese Drecks-Kriegstreiber-Bourgeois-Ärsche mit ihren Nasen vor unsren Nasen voll tabula rasa an die Laternen knüpfen und mit "gesundem", wenn nicht länger fehlgeleitetem plebejischem Hass die von Imperialistens Malochern angeschafften Fleischtöpfe heftisch plündern und die dicken Chaisen und Chaisenfabriken den Chaisenfabrikbesitzern voll abzocken und zu echt coolen und chilligen Homee-Hoods für die ganze Fäm pimpen wollen etc. Wir Kommunisten müssen all jenen gesunden nationalen Kräften eine politische Heimat bieten, die bereit sind, mit uns die deutsche Heimat so tüchtig-rüstig umzukrempeln, dass sie nicht mehr wiedermilitarisierbar ist etcetc.

Konziser endlich gesprochen: Wir Kommunisten müssen den objektiv überreifen Kampf gegen den Hauptfeind im eigenen Land, gegen den deutschen Imperialismus befördern.

Zu dieser historischen Mission sind all die zahlreichen Institutionen des deutschen Kommunismus in der jetzigen Phase des Weltklassenkampfes geschaffen, unter anderem, nur besonders explizit ausgesprochen, die Konferenz "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" (www.gegen-den-hauptfeind.de), die von der Internetplattform www.secarts.org ausgerichtet wird und zu der alle Pfaffen, Laffen und Affen bis hinauf zu Genossen S. Marx & Co. eingeladen sind, um bei "Tee aus köstlichen Geschirren" (Peter Hacks) gesittet, aber resolut die nächstens notwendigen Schritte unserer Sektion des Weltkommunismus zu beraten.

Johannes Oehme

Frank Flegel: Von der Hauptfeind-Losung in den anti-deutschen Sumpf

So wie Johannes Oehme sich in seiner Kritik an Stefan Marx nur wenig an den „Verschlechterungen des Stils“ den „geschmacklosen Flapsigkeiten“ und „Kommafehlern“ aufhalten will, so will ich mich auch irgendwelcher Bemerkungen über Arroganz⁵ und sprachliche Schaumschlägerei⁶ enthalten, in den Fußnoten nur zwei Beispiele von unendlich vielen. Bei all dem vorgestellten Narzißmus des Autors, der durchaus Unmut erwecken mag, geht es um Inhaltliches.

Johannes Oehme führt uns vor, wo die kommunistische Bewegung landet, wenn sie die ja durchaus richtige Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ trennt von unseren ebenso wichtigen Losungen wie „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ und „Hoch die internationale Solidarität“, wenn sie die Hauptfeind-These also trennt von der Klassenbindung und dem proletarischen Internationalismus.

Die kommunistische Bewegung läuft dann erstens Gefahr, eine Politik zu denunzieren, die imperialistische Angriffe nicht nur des deutschen Imperialismus, sondern auch des Imperialismus z.B. der USA, Frankreichs, Englands auf unbequem gewordene Regierungen in von ihnen abhängigen Ländern oder nationalrevolutionäre oder sogar sozialistisch ausgerichtete antiimperialistische Prozesse aufdeckt, anprangert und Solidarität mit den Angegriffenen organisiert.

Und sie läuft zweitens Gefahr, schleichend in eine völkische Argumentation abzugleiten. Ideologisch geschieht dies meist in folgender Weise: Erst steht der Kampf gegen den Hauptfeind, also die deutsche Bourgeoisie, dann gegen die Auswirkungen der Politik der deutschen Bourgeoisie, dann gegen die Auswirkungen der deutschen Politik, dann gegen das Handeln der Deutschen, dann haben die „Deutschen... jeden

⁵ ...also mehr wie ein Affe oder mehr wie ein Orang-Utan? Ich habe in Biologie nicht so gut aufgepasstdie Konferenz "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" ... zu der alle Pfaffen, Laffen und Affen bis hinauf zu Genossen S. Marx & Co. eingeladen sind... usw.usf.

⁶ Wir Kommunisten müssen die diskursive Matrix des affirmativen Otherring durch den emanzipatorisch-emanzipativen performativen Akt der Annihilation der deutschen Machtstruktur de(kon)struieren... usw.usf.

Anspruch auf Freundlichkeit...verwirkt...“ (Oehme) – und damit hat man den proletarischen Klassenstandpunkt verloren und argumentiert völkisch. Man landet bei den Anti-Deutschen.

Sehen wir näher hin (ich mache es kurz, ausführlich ist der Brei aus Unterstellungen und unbewiesenen Behauptungen ja oben abgedruckt):

Johannes Oehme: *„Ich will mich jetzt nicht als besonders weltoffen spreizen, aber wenn ich so überlege, zu welcher Menschengruppe "man" nicht "per se" freundlich sein sollte, fällt mir – außer vielleicht den Deutschen, die mal per se jeden Anspruch auf Freundlichkeit seitens z.B. der sowjetischen Völker verwirkt haben und die die vielen Freundschaftsbezeugungen seitens der sowjetischen Völker oder des neuen Russland als ein Geschenk aus schier übermenschlicher Menschlichkeit betrachten lernen sollten – schlechterdings keine Menschengruppe ein. Ich sehe nicht mal einen Grund, es nicht "per se" mit Freundlichkeit bei Kapitalistens zu versuchen, räume aber ein, dass der hier angemessene Umgangston von Kräfteverhältnissen abhängt.“*

Da ist das Ende der eingeseiften schiefen Ebene erreicht: Johannes Oehme sieht *„nicht mal einen Grund, es nicht `per se` mit Freundlichkeit bei Kapitalistens zu versuchen“* und meint, dass man allen Menschengruppen freundlich begegnen sollte *„außer vielleicht den Deutschen, die mal per se jeden Anspruch auf Freundlichkeit seitens z.B. der sowjetischen Völker verwirkt haben...“*. So schnell wird das Klassendenken durch das völkische ersetzt, „die Deutschen“ sind demnach schlimmer als die Kapitalisten. Die Führung der Sowjetunion war glücklicher Weise klüger als Johannes Oehme, hätte sie auf seinem Niveau gehandelt, hätte es vermutlich weder die SED noch die Deutsche Demokratische Republik gegeben.

Ein entscheidender Prüfstein, wie weit das Abrutschen in die anti-deutschen Denkweisen schon fortgeschritten ist, ist die Einschätzung des Staates Israel. Dazu wieder Johannes Oehme: *„Ich glaube nämlich nicht nur zu wissen, dass Israel explizit kein imperialistischer Staat ist und dass die Behauptung, Israel sei imperialistisch, von einer schwer reversiblen Revision der Leninschen Imperialismustheorie⁷ zugunsten eines `bürgerlichen Pazifismus` zeugt,...“* Aha, der Staat Israel ist also kein imperia-

⁷ Nebenbei bemerkt: Es findet sich keinerlei Argumentation, warum denn die Behauptung, Israel sei imperialistisch, eine „schwer reversible Revision der Leninschen Imperialismustheorie“ sei.

listischer Staat. Er dient demnach auch nicht der Bedrohung und Unterdrückung der anti-imperialistischen Kräfte im nahen und mittleren Osten.

Korrespondierend mit diesem Versuch, die imperialistische Politik des Staates Israel zu verharmlosen, zieht Johannes Oehme dann über die arabischen Länder und besonders über Mahmud Ahmadinejad her: *„Zum Beispiel trug und trägt der deutsche Imperialismus – vermutlich – wesentlich zur Verbreitung des Antisemitismus in den arabischen Ländern bei, wodurch er ihre nationale Befreiung erheblich erschwert, während er sich selbst ganz nach Maßgabe der praktischen Nöte westensauber (im Doppelsinn!) hält und noch diverse Sonntagsredner über den von der BRD mit aufgestachelten Deutschen-Speichellecker von Holocaustrelativierer und Siemens-Großkunden Ahmadinejad herziehen lässt.“* Der deutsche Imperialismus hat nach J. Oehme also *„wesentlich zur Verbreitung des Antisemitismus in den arabischen Ländern“* beigetragen; Begründung für diese Behauptung: keine. Einschränkung: das Ganze war *„vermutlich“* so. Oehmes Behauptung ist nicht begründet und in keinster Weise belastbar, was an dieser Stelle aber nur am Rande vermerkt sein soll. Viel interessanter ist die implizit vorhandene Gleichsetzung der Kritik am Staat Israel und seiner Funktion in der Region mit der rassistischen Kategorie „Antisemitismus“. Auch hier zeigt sich wieder das Ersetzen einer klassenspezifischen Analyse eines gesellschaftlichen Phänomens (nämlich des Charakters und der Funktion des Staates Israel) durch eine völkische „Argumentation“. Dass diese Vorgehensweise in der Friedensbewegung, in der Linken und zum Teil sogar bei denjenigen, die sich Kommunisten nennen, weit verbreitet ist, macht die Sache nicht besser. Schauen wir uns nun kurz noch die Charakterisierung Ahmadinejads durch Johannes Oehme an: er bezeichnet ihn u.a. als einen *„von der BRD mit aufgestachelten Deutschen-Speichellecker...“*. Als was für einen Speichellecker? Als einen Deutschen-Speichellecker. Also auch hier wieder die gleiche völkische Argumentationsweise.

Diese Beispiele sollen genügen.

Was den Plagiatsvorwurf bezüglich des Artikels von Stefan Marx angeht, so kann ich Johannes Oehme folgen. Er fordert eine ausführliche Richtigstellung der Redaktion. Diese ist so einfach wie kurz: Das Original war noch nicht erschienen und uns nicht bekannt. Ansonsten strotzt die Kritik des Johannes Oehme an Stefan Marx nur so von Unterstellungen und Verdrehungen (siehe z.B. die Ausführungen über die Abkehr der deutschen Bourgeoisie vom Antisemitismus nach 1945). Ich erspare mir hier, näher darauf einzugehen, denn es gibt Wichtigeres zu tun und Johannes Oehme ist für uns genauso wenig der Hauptfeind, wie es seinen Worten zufolge Stefan Marx für ihn ist.

Frank Flegel

Lateinamerika

Toni Solo, Jorge Capelán: Jenseits der Theorie – Die Praxis des Aufbaus des Sozialismus in Lateinamerika

Vorbemerkung der Redaktion: Der Genosse Wolfgang Herrmann schrieb zur Übersendung des folgenden Artikels, den er übersetzt hat: „Liebe Freundinnen, liebe Freunde, das nicaraguanische Internetportal ‘El 19 digital’ veröffentlicht einen äußerst interessanten Artikel über die Bewertung der revolutionären Prozesse in Lateinamerika, den ich beiliegend schicke. Er ist für die Linke in der Bundesrepublik Deutschland sehr aufschluss- und lehrreich. Es lohnt sich, darüber nachzudenken und die eigene Meinung zu prüfen. Mit solidarischen Grüßen, Wolfgang Herrmann. Nueva Nicaragua e.V.“

Für uns, die wir z.B. ein marxistisch-leninistisches Fernstudium organisiert haben und eine Zeitschrift verantworten, die sich der Verteidigung des Marxismus-Leninismus, der scharfen und klaren Theoriedebatte, dem Antirevisionismus und dem Slogan „Ohne Theorie keine Revolution“ verschrieben hat, ist ein Satz wie der in der Überschrift des Artikels: „Jenseits der Theorie – Die Praxis des Aufbaus des Sozialismus in Lateinamerika“ und das Preisen eines Buches mit dem Titel „Die Armut der Theorie“ natürlich äußerst bedenklich, denn Praxis ohne Theorie und vor allem Theoriefeindlichkeit führen normaler Weise in die Irre. Wir bringen den Artikel trotz unserer genannten Vorbehalte und obwohl er unserer Meinung nach die Konturen zwischen Sozialdemokratie und sozialistischer Revolution verwischt, weil er wichtige Informationen über die sozialen Prozesse in Lateinamerika enthält und - hoffentlich - Anlass zu Diskussion und Kritik bietet. (Red. offen-siv)

Für die imperiale Propagandamaschinerie sind die linken Regierungen und Regierungschefs in Lateinamerika maßlose Linke, falsche Linke, fanatische Blinde, hinterlistige Machiavellisten (Niccoló Machiavelli: skrupelloser Machtpolitiker in der Republik Florenz), Kapitalisten in roten Kleidern, verschworene Feinde des freien Marktes und vieles andere mehr. Das ist so, weil das Ziel der Propaganda darin besteht, es ihrem Publikum unmöglich zu machen, die Wirklichkeit zu begreifen. Um den Argwohn, die Seelenangst und das Durcheinander bei jenen Schichten des Publikums zu schüren, die in den imperialistischen Ländern zum Widerstand gegen die Pläne ihrer Regierenden werden könnten, hoffen die Strategen des Krieges darauf, irgendwelche Anzeichen der Solidarität unter ihren Opfern zu neutralisieren.

Unglücklicherweise hat die Mehrheit der progressiven und radikalen Bewegungen und Intellektuellen in Europa und Nordamerika Probleme, diese Wahrheit zu akzeptieren, unabhängig von der Erfahrung, der Anerkennung oder des Verständnisses darüber, was das Imperium der Menschheit antut. Ohne direkt einbezogen zu sein, kann fast keiner der Intellektuellen und Bewegungen eine echte und gerechte Version zu den lateinamerikanischen revolutionären Prozessen anbieten. Man könnte mehr oder weniger plausible Theorien und Modelle heranziehen, aber immer wird ihnen das Fundamentale der praktischen Aufgabe fehlen, nämlich die Macht zu erobern und den radikalen Wechsel durchzuführen. Dafür gibt es viele Beispiele.

Es ist ein Fehler, sich völlig abhängig zu machen von den Analysen der Akademiker wie zum Beispiel von Noam Chomsky oder James Petras, um zu verstehen, was in Lateinamerika geschieht. Die Schemas dieser Autoren neigen dazu, vor den spezifischen Realitäten zusammenzubrechen. Es ist nicht notwendig, ein Anhänger des Anti-Stalinismus des englischen Historikers E. P. Thompson zu sein und in seine Sackgasse ohne sozialdemokratischen Ausgang zu geraten, um den Wert des zentralen Arguments seines Buches „Die Armut der Theorie“ zu erkennen. Der Artikel „Pink Tide in Latin America: An Alliance Between Local Capital and Socialism“ (Rosa Flut in Lateinamerika: Eine Allianz zwischen dem lokalen Kapital und dem Sozialismus) von Mahdi Darius Nazemroaya, veröffentlicht am 3. Mai 2013 von „Global Research“ ist ein Beispiel dieses Problems.

Im letzten Abschnitt seines Artikels, wo eine Reihe von Überlegungen über die zukünftige Entwicklung der Ereignisse in der Region nach dem Tod von Hugo Chávez dargelegt werden, schreibt der Autor: „Man kann argumentieren, dass die laufende Politik (der Linken) in Lateinamerika mehr enthält als die wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit. Man muss darin ein sozialistisches Projekt sehen, welches das kapitalistische Weltsystem bedroht.“

Ohne mehr zu diesem Thema auszuführen: Der Text von Nazemroaya ist eine Übung des inkonsequenten und oberflächlichen Sezierens der radikalen und progressiven Regierungen der Region mit der Absicht, den antikapitalistischen Charakter des Integrationsprozesses, der zurzeit in Lateinamerika auf dem Weg ist, in Frage zu stellen. Weil die Analyse von Nazemroaya viele Vorurteile und Fehler verbreitet, die zweckdienlich für die imperiale Propagandakampagne gegen diesen Prozess und gegen diese Regierungen sind, sehen wir uns verpflichtet, darauf einzugehen.

Zuerst nehmen wir das zentrale Argument auseinander, das Nazemroaya voranstellt. Zweifellos gibt es einen (konfliktbehafteten) Zusammenhang zwischen (einigen) kapitalistischen Interessen, die der Sozialismus durch die aktuelle Bewegung hin zur

lateinamerikanischen Einheit und Unabhängigkeit angreift. Es gibt eine enorme Geldmenge in den Händen der lateinamerikanischen Oligarchien, die unter den gegebenen Umständen in der Region investiert werden könnte. Sie liegt aber in den Depots irgendeiner Schweizer Bank oder in einem Steuerparadies. Einige Motoren des Prozesses hin zur lateinamerikanischen und karibischen Emanzipation erklären sich aus der Präsenz Chinas als wichtiger regionaler Darlehensgeber und Investor, aus der Anwesenheit europäischer und US-amerikanischer Wirtschaftsgesellschaften und aus den massiven Entwicklungsprojekten, die von den Regierungen in Gang gebracht wurden und die Nazemroaya mit dem despektierlichen Begriff „rosa Flut“ versieht.

Wer den antikapitalistischen Wert nicht versteht, eines Tages die Hegemonie des westlichen Imperialismus zu stürzen, der sollte sich damit beschäftigen, Sciencefiction-Novellen zu schreiben, anstatt den Kapitalismus zu bekämpfen.

Es wäre außergewöhnlich, wenn ein Herausgeber von Global Research das nicht versteht. Zweifellos birgt das lateinamerikanische und karibische Projekt der Unabhängigkeit und Integration mehr in sich als nur den Ehrgeiz, eine multipolare Welt aufzubauen. In Lateinamerika ist es unmöglich, sich mit dem Aufbau sozialistischer und antikapitalistischer Alternativen zu beschäftigen, ohne gleichzeitig für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Integration des Kontinents zu kämpfen.

„Ich hoffe sehr, dass irgendwer einmal sehen kann, wie sich in Amerika die größte Nation der Welt formiert, weniger wegen ihrer Ausdehnung und ihres Reichtums, sondern wegen ihrer Freiheit und ihres Ruhmes.“ Das ist das Vermächtnis von Bolívar, gleich dem von Martí, Sandino, Mariátegui, Gaitán, el Che, Fidel Castro und vielen anderen lateinamerikanischen und karibischen Revolutionären seit der Unabhängigkeit. Die kolonialen und imperialen Mächte mussten die Region in kleine Länder einteilen, um deren Ressourcen und Arbeitskräfte ausbeuten zu können. Das erfand nicht Hugo Chávez, das ist eine Lektion aus vielen Jahren hier in Lateinamerika.

Im Zentrum des Prozesses der Unabhängigkeit und Integration steht die Bolivarianische Allianz, ALBA, zu der acht Vollmitglieder mit einer Bevölkerung von mehr als 70 Millionen Menschen, also 15 Prozent der regionalen Bevölkerung gehören. Zu diesem Kern gesellt sich eine wachsende Anzahl von Ländern, die als eingeladene oder beobachtende Mitglieder teilnehmen. Die wirtschaftlichen Beziehungen von ALBA basieren nicht in den Gewinnen, sondern in der Solidarität und in der Ergänzungsfähigkeit zwischen ihren Mitgliedsländern. Sie ist auch keine Allianz der Zweckmäßigkeit. Sie ist mehr. Sie ist ein Projekt, das darauf gerichtet ist, eine höhere politische Einheit als den Kapitalismus zu erreichen. Sie basiert auch nicht in der Nächstenliebe Venezuelas, sondern im Ausnutzen der gemeinsamen Ressourcen der

Region wie ein Sprungbrett, das seinen Mitgliedsländern ermöglicht, den Kapitalismus zurückzulassen. Mittels ALBA und ihren Organisationen wie PETROCARIBE mit 18 Mitgliedsländern refinanziert venezolanisches Erdöl die sozialen und wirtschaftlichen Programme durch langfristige Darlehen mit niedrigen Zinsen in den Ländern, die kein Erdöl fördern. Das verbessert die Liquidität der öffentlichen Ausgaben dieser Länder im beträchtlichen Maße, indem Fonds für die Kreditpolitik fern von der Zwangsjacke der Privatbanken frei werden. Auf diese Weise kann ein vorrangig landwirtschaftliches Land wie Nicaragua seine Handelsbeziehungen und damit seine Wirtschaft vielseitiger gestalten und den Wert seiner Exportprodukte steigern.

Zwischen Venezuela, Kuba und weiteren ALBA-Ländern gibt es Austausch auf allen Leitungsebenen, um Erfahrungen auf sozialen, wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Gebieten zu vergleichen. Nicaraguanische Bauern fahren nach Venezuela, um ihre Genossenschaftserfahrungen vorzustellen und so zur Erhöhung der Nahrungsgüterproduktion in Venezuela beizutragen. Kubanisches Personal der verschiedenen Fachgebiete, vor allem aus dem Gesundheitswesen und der Bildung, spielen eine wichtige Rolle bei vielen Sozialprogrammen in verschiedenen Ländern. Wenn sie ihre Erfahrungen vermitteln, lernen sie gleichzeitig auch aus denen ihrer Kollegen.

Die ALBA-Länder haben begonnen, anstelle des US-Dollars ihre eigenen nationalen Währungen für den interregionalen Handel zu nutzen. Dafür entwarf man das Einheitliche Regionale Verrechnungssystem (SUCRE). Das SUCRE hat sich zusammen mit einer ganzen regionalen Finanzarchitektur entwickelt, einschließlich der ALBA-Bank, mit dem Ziel, die Region vor den Folgen des Kollapses des Kapitalismus in Europa und Nordamerika abzusichern.

Mit allen diesen Beispielen erscheint es wenig realistisch, die antikapitalistische Dynamik von ALBA zu negieren. Noch unvernünftiger wäre es, den Einfluss zu negieren, den die Erfolge von ALBA auf die übrige Region ausüben. ALBA wurde 2004 auf der Basis eines Vertrages zwischen Venezuela und Kuba gegründet. Im darauf folgenden Jahr 2005 begrub man auf dem Gipfel der Amerikas in Mar de Plata (Argentinien) die US-Initiative, ein Gebiet des Freien Marktes in Amerika, genannt ALCA, zu schaffen. Die Mehrheit der lateinamerikanischen Regierungen lehnte das Angebot des Präsidenten George W. Bush, „ihre Märkte zu öffnen“, ab. Ohne die gemeinsame Führung von Hugo Chavez, Evo Morales, Lula da Silva und des damaligen argentinischen Präsidenten Néstor Kirchner, wäre diese strategische Niederlage des Imperialismus in Lateinamerika nicht möglich gewesen.

Am 23. Februar 2010 gründeten 33 Länder der Region die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC). Zum ersten Mal in der Geschichte

entstand eine Organisation außerhalb der Kontrolle der Vereinigten Staaten und Kanadas. Ohne die Initiatorrolle von Kuba, Venezuela, Ecuador, Bolivien und Nicaragua wäre die Organisation nicht so integrierend, wie sie heute ist. Der Beitrag Venezuelas ist sehr lebendig, nicht nur wegen der strategischen Dimension der Bolivarianischen Revolution, sondern auch wegen der intelligenten Manöver gegenüber den reaktionärsten Kreisen der kolumbianischen Oligarchie, repräsentiert von Expräsident Álvaro Uribe.

Es ist klar, dass einige kapitalistische Interessen große Möglichkeiten in den Schwierigkeiten sehen, aber sie sind politisch nicht organisiert. Die lateinamerikanische Rechte ist von den sehr aggressiven, reaktionären, imperialismustreuen und kontinental vernetzten politischen Parteien dominiert.

Eine vielleicht noch wichtigere Komponente sind die rechten Medien. Täglich organisiert dieses rechte Konstrukt konspirative Kampagnen der Desinformation und Aggression gegen fast alle Regierungen in Lateinamerika und der Karibik, speziell gegen diejenigen der fortschrittlichen und radikalen Tendenz.

In seinem Artikel stellt Nazemroaya die antikapitalistische oder sozialistische Ausrichtung dieser Regierungen infrage. Gleichzeitig warnt er vor „übermäßiger Vereinfachung und romantischer Charakterisierung“. Nazemroaya bringt, obwohl er versucht zu erklären, was er unter der „Linken“ versteht, Konzepte durcheinander und nimmt den Fakten ihren Zusammenhang, um mit einer flexiblen Liste von mehr oder weniger schmeichelhaften Aspekten abzuschließen. Das erlaubt es ihm, ein negatives Abbild der Ereignisse in Lateinamerika zu zeichnen.

Beginnen wir mit den Konzepten. Nazemroaya definiert „links“ und „rechts“ korrekt als politische Positionen in einem gegebenen Zusammenhang. Aber dann geht er dazu über, die Vielfalt der Zusammenhänge zu verlassen, welche die regionale Wirklichkeit bilden, um sich so auf den Fakt einzustellen, als ob eine Überfülle der „Linken“ in Lateinamerika existiere. Nazemroaya behauptet, dass „die Regierungen der Linken in Lateinamerika nicht strikt wie eine Linke operieren“, um dann, übereinstimmend mit seiner Meinung, zu sagen, dass es eine „wahre Linke“ (eine Linke, die er ohne einen Zusammenhang als echt definiert) und irgendeine „Linke, Typ: Imitation“ (die er frei von einem Zusammenhang als unaufrichtig definiert). Als Probe auf diese Behauptungen empfiehlt Nazemroaya, eine „Debatte darüber zu führen, ob das kubanische sozialistische Projekt wirklich reformiert wird oder ob eventuell eine Restauration des Kapitalismus wie in China und Vietnam folgen könnte.“

Man weiß nicht, wo eine Debatte dieses Typs existiert, vielleicht in irgendeinem Café in Toronto. Das ist aus zwei Gründen kein ernsthaftes Argument: Erstens, weil die bloße Existenz einer Debatte über den zukünftigen Kurs einer Revolution nicht die wahre Orientierung dieser Revolution beweist. Und zweitens, weil Nazemroaya seine Vorstellungen vom Sozialismus in China und Vietnam als Wahrheiten annimmt, ohne in mehr Details einzusteigen.

De facto stimmt es, dass es viele Strömungen der „Linken“ in Lateinamerika gibt. Es ist aber auch Tatsache, dass eine ausgedehnte kollektive Diskussion unter diesen Linken geführt wird. Ein Beispiel ist das Forum von Sao Paulo, das seit 1990 mehr als 90 politische Organisationen aus fast allen Ländern der Region, einschließlich Puerto Rico, versammelt. Die Mehrheit der Länder wird von verschiedenen politischen Parteien vertreten. Aus Argentinien und Uruguay nehmen bis zu zwölf Organisationen teil. Es kommen die Sozialistische Partei Chiles, die Kommunistische Partei Kubas oder verschiedene peronistische Parteien Argentiniens bis hin zu den Nationalisten aus Peru. Vor mehr als 20 Jahren schaffte es diese Gruppe von Organisationen viele Debatten voranzubringen und erreichte Konsens bei Schlüsselthemen wie der Kampf gegen die lebensbedrohende Blockade der USA gegen Kuba, die Unterstützung der Bolivarianischen Revolution in Venezuela und der ALBA sowie des Projekts der kontinentalen Integration.

Die enorme kontinentale Welle der Solidarität mit der Bolivarianischen Revolution nach dem Tod des Präsidenten Comandante Hugo Chávez, speziell die Front gegen die faschistische Bedrohung der Banden von Capriles Radonski, ist ein weiteres Beispiel der Fähigkeit der vielseitigen Palette der linken Bewegungen, ihre Differenzen hinter sich zu lassen, um sich für eine gemeinsame Sache zusammenzuschließen. Ohne die Existenz solcher Prozesse wäre es unmöglich, eine fähige Bewegung wie in den vergangenen Monaten zu mobilisieren, um den kubanischen Söldner der CIA, Yoani Sánchez, zu entlarven. Von Hauptstadt zu Hauptstadt wurde Sánchez von großen Gruppen der Aktivisten „empfangen“, denen es in einigen Fällen sogar gelang, sein Auftreten zu verhindern.

Ein anderes hervorragendes Beispiel ist die Existenz des Netzes der Intellektuellen zur Verteidigung der Menschheit, das aus Tausenden Intellektuellen der ganzen Welt besteht und ein sehr breites ideologisches Spektrum aufweist. Dieses Netz organisierte Kampagnen zur Verteidigung Kubas, Venezuelas und weiterer ALBA-Länder sowie gegen die Staatsstreiche in Honduras, Ecuador oder Paraguay. Ohne die Differenzen zu negieren, die unter den verschiedenen politischen Bewegungen bestehen, ist es

notwendig hervorzuheben, dass das Verständnis, die Probleme und Herausforderungen gemeinsam anzugehen, bei jedem mal größer wird.

Nazemroaya warnt vor der einfachen Verallgemeinerung und macht sofort grobe Verallgemeinerungen wie folgt: „Die käuflichen Eliten in Lateinamerika sind die lokalen Vertreter der ausländischen Gesellschaften, der Regierungen und fremden Interessen, die Lateinamerika über Jahrhunderte hinweg ausbeuteten. Diese käuflichen Eliten können mit aller Offenheit als hochrassistische Klasse beschrieben werden, die historisch gesehen Lateinamerika regierte und die Naturreichtümer und Rohstoffe zum Nutzen gewisser Machtzentren in andere Teile der Welt, welche die Region kontrollierten, lenkte. Heutzutage haben sich die käuflichen Eliten mehrheitlich mit den USA verbunden und bevorzugen Miami oder New York statt Caracas oder Quito.“

Wenn „die käuflichen Eliten der Region sich mehrheitlich mit den USA verbunden haben und Miami oder New York statt Caracas oder Quito“ bevorzugen, dann muss man fragen, wie sehen dann die Antriebskräfte eines regionalen Integrationsprozesses aus, der nicht der USA, der Europäischen Union und der NATO zuliebe zustande gekommen ist? Sind die käuflichen Eliten die Antriebskräfte dieses Prozesses, wie Nazemroaya suggeriert? Das ist die Art der einfachen und groben Verallgemeinerungen, die es unmöglich macht, die Zusammenhänge und Charakteristiken der einzelnen Länder der Region zu begreifen. Es sind diese Zusammenhänge und Charakteristiken, die erklären, warum es solche Eigenarten der Linken gibt, die eine erstaunliche Fähigkeit beweisen, zu kooperieren und viele wichtige Themen zum Konsens zu führen. Außerdem macht es diese Art der Verallgemeinerung unmöglich, die Vielschichtigkeit der internationalen Beziehungen zwischen den Ländern der Region zu verstehen. Klare Beispiele sind die Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela sowie der Friedensprozess, der zwischen den FARC-EP und Präsident Santos stattfindet.

Die 33 Nationen, die Lateinamerika und die Karibik umfassen, haben sich in einer gemeinsamen Situation der Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten getroffen. Sie weisen aber auch viele Unterschiede auf. Länder, wie Chile, Argentinien oder Uruguay, haben einen sehr starken kulturellen europäischen Einfluss, während Länder, wie Guatemala oder Bolivien, große Indigenenmehrheiten haben. Einige Oligarchien der Region sind reicher als andere. Andere erlangten ihrerseits mehr Freiheit, um Maßnahmen der Einstellung von Importen einzuführen. Einige Länder, wie Honduras oder Paraguay, befinden sich in einem Stadium der extremen Unterentwicklung als Folge der erbarmungslosen Ausbeutung durch diktatorische Unterdrückungsre-

gimes. Umgekehrt haben Länder, wie Ecuador oder Uruguay, relativ lange erfolgreiche Reformen genossen.

Lateinamerika ist eine sehr ungleiche Region. Nicht alle Länder und ihre Gesellschaften leiden unter dem gleichen Niveau der Armut und der Unterentwicklung. Unterschiedliche Formen des Auftretens auf dem Weltmarkt, unterschiedliche politische Kulturen und unterschiedliche soziale Realitäten erklären die Unterschiede zwischen den politischen Subjekten.

Nazemroaya schreibt, dass „die käuflichen Eliten in Lateinamerika die lokalen Vertreter der ausländischen Gesellschaften und der Regierungen und fremden Interessen sind, die Lateinamerika über Jahrhunderte hinweg ausbeuteten.“ Diese Eliten sind so und nicht anders. Wenn es stimmt, dass sie die Vermittler zwischen den Interessen der westlichen Transnationalen und den lokalen Märkten sind, dann muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass sie in vielen Fällen Akteure mit einem spezifischen Eigengewicht sind. Ein einleuchtendes Beispiel dafür ist der Mexikaner Carlos Slim, der reichste Mann der Welt. Weitere Beispiele sind die Schicht der kolumbianischen Kapitalisten, vertreten durch Präsident Santos, oder auch die Schicht der brasilianischen Oligarchie. Diese Beispiele beziehen sich offensichtlich auf Gruppen, die den Sozialismus und die Mehrheit der fortschrittlichen Regierungen, die ihn anstreben, fürchten.

Sie haben aber auch viel Angst vor der Möglichkeit einer sozialpolitischen Katastrophe, die ihre Existenz zunichte machen könnte. In vielen Fällen, auch wenn es unbequem ist, haben sie die progressiven und radikalen Veränderungen in Kauf genommen, auch wenn ihre Medien ihr ganzes Gift gegen die Regierungen, die diese Veränderungen durchführen, versprühen.

Aufgrund des Fehlens eines besseren Rahmens der politischen Referenz leiht sich Nazemroaya die vom angesehenen nordamerikanischen Soziologen James Petras beschriebene Anschauungsweise der Linken in Lateinamerika und der Karibik aus.

Diese ist aber eine der schwächsten Beschreibungen von Petras. Mit diesem Schema fällt Petras in die typische Versuchung der westlichen Intellektuellen, kleine Sternchen der revolutionären Zustimmung für die Bewegungen zu verteilen, die ihm in einem bestimmten Moment gefallen, ohne die konkreten Umstände ihrer jeweiligen Kämpfe zu bedenken. James Petras versteht nicht viel von den sozialen Veränderungen in der realen Welt und von den bestehenden Grenzen der politischen Macht, entwirft aber seine romantischen revolutionären Ideale von den verschiedenen Bewegungen und Subjekten. Wenn sich diese Bewegungen im realen Leben nicht mit den

Wünschen von Petras decken, dann gibt er sie auf oder warnt herablassend, dass sie sich verkaufen ließen. Es scheint, dass er den Wert des nationalen Aufbaus eines sozialistischen Projektes nicht versteht. So lehnt er zum Beispiel Bewegungen wie den Peronismus in Argentinien ab und umgeht die ständige Unterstützung, die er unter den Arbeitermassen genießt.

Entgegen der Realität ist die schematische Teilung zwischen „radikalen Linken“, „pragmatischen Linken“, „neoliberalen Pragmatikern“ und „neoliberalen dogmatischen Regimes“, die Petras vornimmt, sehr verwirrend. Wenn die FARC-EP in derselben Situation gewesen wären wie die Sozialistische Vereinte Partei Venezuela, dann wäre sie bestimmt in derselben Linie tätig geworden. De facto unterstützen die FARC-EP die Bolivarianische Revolution in Venezuela und teilen ihre Quelle der Inspiration, die vom Vermächtnis Simón Bolívars ausgeht.

In Brasilien unterstützt die Arbeiterbewegung „Ohne Land“ (MST) die Partei der Arbeiter (PT), wenn auch auf kritische Art und Weise. Während sie zurecht die Entwicklungsstrategie der Partei von Lula und Dilma Rousseff, die auf Agrarunternehmen orientiert, kritisiert, versteht die MST die Hindernisse, welche die Maßnahmen der Regierung der PT einschränken, weil sie abhängig von Bündnissen mit anderen politischen Kräften in einem Land mit immenser territorialer Ausdehnung ist und wo die Oligarchie viel Macht auf verschiedenen Ebenen konservierte. Außerdem versteht die MST sehr gut, was die Rückkehr der neoliberalen Rechten an die politische Macht bedeuten würde.

Hinsichtlich Argentinien – es ist eine grobe Beleidigung, Cristina Fernández eine „neoliberale Pragmatikerin“ zu nennen – wäre es ein unverantwortbarer Fehler, die Solidarität mit einer progressiven Regierung zu verweigern, die jeden Tag das Ziel der extremsten Destabilisierungskampagnen der Oligarchie ist. Kein neoliberales Regime erhöht den Mindestlohn und die Renten, verbessert die öffentliche Bildung oder bietet der Armut die Stirn. Man hat auch noch keine neoliberale Regierung gesehen, die dem Internationalen Währungsfonds (IWF) „Adios“ sagte, so, wie es Argentinien unter Führung der „neoliberalen Pragmatiker“ Néstor Kirchner und Cristina Fernández tat.

Das selbe könnte man von der Regierung von Mauricio Funes in El Salvador sagen, wo die FMLN auf gutem Wege zu sein scheint, die Wahlen im Februar 2014 mit ihrem eigenen Kandidaten zu gewinnen. Unfähig, die Prozesse und Krätesammlungen treffend zu ergründen, sehen die dogmatischen Akademiker wie Petras oder Nazemroaya nur Verrat, Vaterlandsverkäufer, Neoliberale und Kapitalisten aller Facetten. Das Wesen der Analyse der Autoren wie James Petras verkehrt sich in pure Böse-

willingkeit im Falle einiger Länder, die niemals oder selten erwähnt werden, wie Nicaragua, wo die Kooperative 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts herstellen und 70 Prozent der Arbeitskraft ausmachen.

Mitte 2008 gab es in Nicaragua einen Zwischenfall. Eine Gruppe westlicher Intellektueller, unter ihnen Noam Chomsky, schrieb einen offenen Brief zur Unterstützung des Hungerstreiks der Exfunktionärin der FSLN, Dora Maria Tellez. Frau Tellez protestierte gegen die Aberkennung der juristischen Person ihrer Partei Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) seitens des Obersten Wahlrates, weil sie die Wahlnormen nicht erfüllt hatte. Aufgrund dieser Entscheidung konnte das politische Bündnis der MRS nicht an den Munizipalwahlen im November desselben Jahres teilnehmen. Unmittelbar, nachdem Chomsky und die anderen Intellektuellen ihren Unterstützerbrief für Tellez veröffentlichten, begab sich die MRS in das Wahlbündnis mit der korrupten Partei der Rechten, der Konstitutionellen Liberalen Partei (PLC) von Arnoldo Alemán. Sorgfältig organisierten sie eine Kampagne zugunsten des reaktionären Bankiers Eduardo Montealegre, der heute der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI) angehört und der weiterhin des multimillionären Bankbetrugs angeklagt ist, den er zu seinen Zeiten als Minister im Kabinett von Dr. Arnoldo Alemán beging. Die MRS schaffte es, die westlichen Intellektuellen, die Dora Maria Tellez 2008 unterstützten, für sich zu gewinnen, weil diese die politische Wirklichkeit Nicaraguas nicht kannten. Wenn jemand an der Loyalität der MRS zur Regierung der USA zweifelt, dann muss er nur die diplomatischen Telegramme lesen, die Wikileaks kürzlich herausfilterte.

Dies illustriert die Probleme, die abhängig von den ziemlich eindeutigen Schemas der geschäftsführenden intellektuellen Klasse, welche die intellektuelle Produktion in Nordamerika und Europa dominiert, provoziert worden sind.

Nazemroaya zitiert James Petras als seinen theoretischen Bezugsort in seinem kürzlich erschienenen Artikel über Lateinamerika. Man muss schon extrem skeptisch gegenüber seinen Argumenten sein, um die Realität zu sehen. Bei den typischen Mängeln von James Petras und seinen Kollegen ist es verständlich, dass eine der offenkundigsten Fehleinschätzungen auf Nicaragua zutrifft.

In einer seiner seltenen Botschaften an die aktuelle Politik des Vaterlands von Sandino über die Wahlen von 2011, die von der Frente Sandinista überlegen gewonnen wurden, sagt Petras: „Es gibt keinen Strukturwandel in Nicaragua. Letztens vereinbarte Ortega die Freihandelszonen mit den Maquiladoras des großen Kapitals. Er setzt die Formierung von Allianzen mit den Rechten wie mit dem korrupten Arnoldo Alemán fort, der sich als Kandidat präsentierte. In diesem Sinne ist Ortega ein Vertreter der Politik der Notpflaster: Ein Pflaster hier, ein Pflaster da. Aber vor der Opposi-

tion der Ultrarechten bevorzugen die Wähler die von Präsident Chávez finanzierten Programme anstelle dessen, was die Rechte bietet, nämlich Zuckerbrot ohne Peitsche. Wir müssen nicht vertiefen, dass der Sieg von Ortega einen großen Sieg für die Linke darstellt. Es ist ein Sieg mehr gegen nichts der Mitte-Rechte mit Hilfe von Chávez.” (Als Maquiladoras werden Montagebetriebe im Norden Mexikos und in Mittelamerika bezeichnet, die importierte Einzelteile oder Halbfertigware zu Dreiviertel- oder Fertigware für den Export zusammensetzen. Sie sind das Ziel zahlreicher Immigranten und ein stark wachsender Wirtschaftszweig in Niedriglohn-Gebieten.)

Die politische Wirklichkeit in Nicaragua wird zutiefst ignoriert. Es gab zum Beispiel nie eine „Allianz“ zwischen der FSLN und Alemán, sondern einen Pakt, der einige Jahre vor diesen Wahlen aufgehoben wurde, mit dem Ergebnis, die Rechte zu spalten und größere Chancen zu erlangen, die Wahlen in der ersten Runde zu gewinnen. Die Analyse von Petras lässt die sehr wichtigen Aspekte der sozialen und ökonomischen Politik der Frente Sandinista, die breit dokumentiert sind, beiseite. Außerdem ignoriert Petras, dass die Frente Sandinista die Beziehungen zu Israel aufgrund der scheußlichen zionistischen Attacke auf die „Flotte der Freiheit“ einstellte oder dass sie den jungen Mexikanern Asyl gewährte, die in einem Lager der FARC festgenommen wurden, das Kolumbien auf ecuadorianischem Territorium im März 2008 bombardierte. Wenn das keine linke Politik ist, dann fragt man sich, was links ist bei Dr. James Petras.

Theoretiker wie Petras sehen, dass die Regierung Nicaraguas ein Programm des IWF in Anspruch nimmt, sehen aber nicht, dass sich der Druck des IWF auf dieses Land verringert. Sie sehen, dass die Regierung von den Agrarexporten abhängig ist, aber sie sehen nicht, wie gefährdet die Wirtschaft des Landes ist und das es dabei ist, weniger abhängig von den Exporten zu werden. Sie sehen Kapitalisten und rufen „Neoliberalismus! Extravaganz!“ ohne eine machbare Alternative folgen zu lassen, die es dem Land erlauben könnte, seine Produktivkräfte zu entwickeln. Und wenn sie eine Regierung sehen, die diese Alternativen einführt, dann rufen sie, „das reicht nicht aus“.

Auf die Revolutionen trifft ein altes lateinamerikanisches Sprichwort zu: „Es ist einfach, sie von weitem zu sehen, aber schwer, ihr nahe zu kommen, um mit ihr zu plaudern.“

Eine solch oberflächliche und den Vorgängen in Lateinamerika gegenüber wenig respektvolle Abhandlung, wie sie die Theoretiker wie Petras vornehmen, weist zwei Arten von Problemen auf: Erstens ist es viel schwerer die praktische Solidarität zu gestalten, speziell heute, da Washington seine faschistische Kampagne auf kontinentaler Skala gegen Lateinamerika erhöht. Und zweitens muss man die lateinamerikani-

sche Erfahrung der neuen Projekte ehrlich betrachten. Sie sind weit entfernt vom Kapitalismus und können in vielen anderen Teilen der Welt ebenfalls aufgehen.

Toni Solo, Jorge Capelán, Übersetzung: Wolfgang Herrmann

Zur Organisationsfrage

Dieter Itzerott: Zur Organisationsfrage

In den Monaten Juli und August 2013 jährt sich zum 110. Male der 2. Parteitag der SDAPR. Das soll der Anlass sein, meinen vor zehn Jahren geschriebenen und damals im RotFuchs veröffentlichten Artikel erneut hervorzuholen und auf die heutige Lage zu beziehen.

War der Parteitag der SDAPR nicht nur, wie manche behaupten, ein Ereignis allein der russischen Arbeiterbewegung, an welches sich heute kaum noch jemand erinnert?

Nein. Dieser kleine Kongress stellte einen Meilenstein im Prozess der Ausarbeitung der Leninschen Parteitheorie dar. Er bedeutete zugleich die Formierung einer Vorhut, die im Zeitalter des Imperialismus die Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht und beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft führen konnte. , kurzum: einer Partei neuen Typus. Die drei von Lenin in dieser Zeit geschriebenen Werke „Was tun?“, „Ein Schritt vor – zwei Schritte zurück“ und „Zwei Taktiken...“ gehören zum unvergänglichen Fundament marxistischer Theorie, besonders in der Organisationsfrage. Die Herausarbeitung der Konzeption einer Partei neuen Typs ist nach meiner Auffassung eine Epoche-Innovation, die bei der Neuformierung der internationalen kommunistischen Bewegung im 21. Jahrhundert weiterhin eine herausragende Rolle spielen wird.

Worin besteht die Bedeutung der Leninschen Lehre für den heutigen Kampf?

Der Imperialismus ist heute, im Jahr 2013, in einer seiner größten weltweiten Krisen. Der produktive Sektor steckt in einer dauerhaften Überproduktionskrise, der Finanzsektor ist labil und mit der Pleite der Lehman-Bank stand das imperialistische Finanzsystem kurz vor dem Zusammenbruch. Die gigantischen Subventionen für den Bankensektor zahlte und zahlt die Arbeiterklasse, vor allem die der schwächeren EU-Staaten, denn die Rettung der Banken führte zur Schuldenkrise der Staaten. Der deutsche Imperialismus hat sich zur unbestrittenen Führungsmacht Europas aufgeschwun-

gen und steht vor dem nächsten Griff nach der Weltmacht. In dieser Situation wachsen die Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse und der sonstigen Werktätigen spürbar an. In Griechenland, Spanien, Portugal, Italien gab es Massendemonstrationen, Streiks bis hin zu befristeten Generalstreiks.

Angesichts dieser Entwicklungen wird die Zersplitterung der Linken und vor allem der Kommunisten von den meisten Genossen als schmerzlich empfunden. Die Forderung nach einem Zusammengehen der Kommunisten erhält Nachdruck. In der BRD erweist sich das Fehlen einer marxistisch-leninistischen Partei, die über Masseneinfluss verfügt, als gravierendster Mangel. Alle begreifen, dass eine solche Partei objektiv notwendig ist. Heute wie schon vor zehn Jahren, als ich zum gleichen Thema schrieb, fehlen leider die subjektiven Voraussetzungen. Wir sind kaum einen Schritt weiter gekommen in diesem letzten Jahrzehnt. Soll man deshalb den Kopf in den Sand stecken?

Ein klarer Blick nach vorn wird immer notwendiger. Es ist an der Zeit, die < über dieses Problem intensiver und konkreter zu führen, wir brauchen theoretische Überlegungen und ideologischen Vorlauf. Und wir sollten der Debatte Lenins Parteitheorie zugrunde legen und deren Anwendung auf die heutige Situation weiterdenken.

Nun wird aber gegen jeden, der solche Überlegungen anstellt, von Vertretern der bestehenden Parteien und Vereine der Vorwurf der Spaltungsabsicht erhoben. Erinert sei daran, dass sich auch Lenin vor 110 Jahren wegen seines Kampfes für den neuen Parteityp scharfer Kritik ausgesetzt sah. Man beschuldigte ihn der „übermäßigen Neigung zur Polemik und Spaltung“. Es geht aber keineswegs um die Schwächung bestehender Kräfte oder das Beschwören einer noch nicht herangereiften Lösung, sondern einzig und allein um die Beendigung des Zustandes, auf der Stelle zu treten.

Wir sollten genau prüfen, welche Bedingungen herangereift und ausgebildet sein müssen, um den Prozess der Zusammenführung von Marxisten-Leninisten voranzubringen. Dabei sind auch die historischen Erfahrungen der Vereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahre 1946 von großem Gewicht. Sie entsprach der damaligen Konstellation. Natürlich ist eine deckungsgleiche Wiederholung heute nicht denkbar, wir haben zur Zeit ja noch nicht einmal eine Einheit der Kommunisten.

Wir brauchen einen Weg aus der lähmenden Zersplitterung. Nach Lage der Dinge wird dieser nicht nur aus einem Zusammenschluss bestehender Parteien und Gruppen bestehen, sondern eher das Ergebnis eines Sammlungsprozesses aller revolutionären Marxisten sein. Eine besondere Qualität entstünde daraus, dass Träger zweier revolu-

tionärer Erfahrungsströme – antikapitalistische Klassenkämpfer aus dem Westen und Erbauer des Sozialismus aus dem Osten – endlich zusammengeführt würden. Die Kommunistische Initiative hatte Ähnliches versucht. Ich hielt den Ansatz zunächst für unterstützenswert, wurde aber eines Besseren belehrt. Statt Sammlung entwickelte sich bald ein rechthaberischer, ausgrenzender Kurs. Inzwischen scheint diese Initiative gescheitert zu sein.

Das kann aber nicht zu dem Schluss führen, dass der angesprochene Weg der Sammlung falsch ist, er wurde von der KI m.E. nicht angemessen umgesetzt.

Eine organisatorische Einheit kann nicht ohne ein Fundament an theoretischer und ideologischer Einheit zustande kommen. Ohne die Überwindung des Einflusses von Opportunismus und Revisionismus auf der einen und Dogmatismus und linkem Sektierertum auf der anderen Seite wird es nicht gehen. Dazu gehört auch, ein neues kommunistisches Parteibewusstsein zu entwickeln, das auf der Klarheit über die Entstehung und die Funktion des modernen Revisionismus basiert, wie er seit dem XX Parteitag der KPdSU von Chustschow in die kommunistische Weltbewegung getragen wurde und in Gorbatschow seinen Vollender fand. Ohne diese Klarheit über unsere Vergangenheit sehe ich keine Zukunft für die kommunistische Bewegung.

Außerdem muss die Diskussion von der genauen Analyse der Klassenkräfte und der politischen Situation im In- und Ausland ausgehen, da sonst die Gefahr von unfruchtbaren akademischen Streitereien droht. Gleichzeitig müssten alle Formen der antikapitalistischen Aktionseinheit erprobt werden.

Da ich für eine theoretische Diskussion plädiere, die nach vorn offen ist, maße ich mir nicht an, Wahrheiten zu verkünden, über die noch keiner verfügt.

Aus meiner Sicht wären aber unverzichtbare Grundlagen einer solchen Partei: Sie müsste sich für alle revolutionären Marxisten öffnen, unabhängig davon, ob und wo sie organisiert sind oder waren, also nicht zuletzt auch für jene, die zur Zeit parteilos sind, das unter dem Vorbehalt des Kampfes gegen Opportunismus/Revisionismus sowie Dogmatismus/Sektierertum.

Diese Partei stünde fest auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, der ihr Programm und ihre Taktik bestimmen würde. Sie wäre eine Partei der Arbeiterklasse und betrachtete diese als historisches Subjekt, deren Avantgarde zu werden sie die Fähigkeit zu erwerben hätte. Sie müsste eine Partei des Klassenkampfes sein und die revolutionären Veränderungen der Macht- und Eigentumsverhältnisse im Sinne des Sozialismus anstreben. Internationalismus und Solidarität gehörten zu Den Grundzügen ihrer Klassenmoral wie die Verteidigung von Demokratie, Freiheit, Umwelt und

Menschenwürde. Schließlich - und das zählt unveräußerlich zur Essenz einer solchen Partei: sie Sie stünde fest zum Erbe der Oktoberrevolution und würde die DDR als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung betrachten.

Der Weg ist nicht kurz. In den vergangenen zehn Jahren gab es einige Ansätze, aber noch keinen Durchbruch in diese Richtung. Wir dürfen die Dinge nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

Dieter Itzerott

Buchbesprechungen

C. R.: Heinz W. Hammer, Frank Schwitalla: Solidarität-Die Zärtlichkeit der Völker. 20 Jahre Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.

Aus Anlass des 20. Jahrestages der Gründung des NETZWERK CUBA im Juni 1993 haben zwei seiner langjährigen Vorsitzenden, Heinz-W. Hammer und Frank Schwitalla, einen bemerkenswerten Band mit dem Titel »Solidarität: Die Zärtlichkeit der Völker« herausgebracht. Auf 246 Seiten schildern die seit Ende der 60er-Jahre politisch Aktiven die Entstehung und wechselvolle Geschichte des Dachverbandes der Cuba-Solidaritätsorganisationen in der Bundesrepublik.

Anfang der 1990er-Jahre litt das revolutionäre Cuba unter einer Art »doppelten Blockade«: Das sozialistische Lager war zusammengebrochen, »die seit 1960/61 bis heute andauernde umfassende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade durch die USA und ihre wichtigsten Partner (BRD, EG u.a.) wurde nun katastrophal verschärft durch den Umstand, dass buchstäblich über Nacht 85% der Außenhandelspartner wegfielen. In dieser Situation«, so die Autoren, »saßen die Contras in Miami bereits auf gepackten Koffern und warteten auf die sich in ihren Augen endlich ergebende Möglichkeit des Einmarsches nach Cuba, um mit Machete und MG Revanche zu üben« (S. 7). Nicht nur ihre Feinde, sondern auch ihre Freunde fragten sich, ob die Insel der Freiheit noch standhalten können würde. »In dieser dramatischen Situation stellte sich also für die Freundinnen und Freunde Cubas weltweit die Frage, was denn wie zu tun sei. Und die Zeit arbeitete zunächst für die Feinde der Revolution« (S. 13).

Diese Situation machte es zu einem Gebot der Stunde, die Kräfte der politisch und sozial durchaus heterogenen Solidaritätsbewegung zu bündeln, auch in Deutschland, wo die »gesamtdeutsche« Kohl-Regierung sich durch den völkerrechtswidrigen Bruch von über 100 Verträgen, die einst zwischen Cuba und der DDR abgeschlossen worden waren, aktiv an der feindseligen Kampagne gegen Cuba beteiligte. Von Mai 1991 an kam hierzulande es zu ersten Treffen interessierter Gruppen, wobei auch neue Bündnispartner hinzugewonnen werden konnten, die sich bisher erstrangig für andere Länder des Trikont wie etwa Nicaragua engagiert hatten. »Dieser Graswurzelcharakter«, heben die Autoren hervor, »ist *das* entscheidende Gründungselement des späteren NETZWERK CUBA – Informationsbüro – e.V.« (S. 15).

Zu einem bedeutenden Ereignis gestaltete sich der 1. Internationale Cuba-Kongress in Bonn am 23. Mai 1992, der unter Beteiligung prominenter Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens wie etwa Frei Bretto sowie des damaligen Vorsitzenden des Kommunistischen Jugendverbandes Cubas und einiger Europaabgeordneter stattfand und von Fidel Castro und Daniel Ortega begrüßt wurde. In einer Abschlusserklärung forderten die Teilnehmer »den Trägerkreis auf, in Zusammenarbeit mit den Initiativen der Cuba-Solidarität eine 'Infostelle Cuba' aufzubauen, um eine raschere Verbreitung von Informationen aus und über Cuba sowie über die jeweiligen Aktivitäten innerhalb der Cuba-Solidarität zu erreichen«; »damit«, so Hammer und Schwitalla, »war der Grundstein gelegt für die Schaffung des späteren NETZWERK CUBA – Informationsbüro – e.V.« (S. 23).

Ausführlich werden die zum Teil komplizierte Vorbereitung und Durchführung der Gründung des NETZWERK CUBA, die Entwicklung von organisierter Öffentlichkeitsarbeit und breiter Mobilisierung auf politischer wie kultureller Ebene und die Organisierung der materiellen Unterstützung Cubas, bspw. in Form von Karawanen, nachgezeichnet. 1999, knapp ein halbes Jahrzehnt nach Gründung des NETZWERK CUBA, konnte ein positives Fazit gezogen werden: »Das NETZWERK CUBA hatte sich bewährt. Es konnte, wie im ersten Kapitel beschrieben, Impulse setzen, es war attraktiv für viele, die auf Grund persönlicher Erfahrungen durch die 'período especial' neu zur Solidaritätsbewegung mit Cuba stießen und es war – schließlich nicht ganz unwichtig für eine Solidaritätsgruppe – effektiv in der politischen und materiellen Unterstützung des revolutionären Cuba« (S. 128).

Deutlich gestärkt – durch das Aufbrechen der Isolierung Cubas, den am Anfang des neuen Jahrtausends neu aufkommenden Linkstrend in Lateinamerika und neue soziale Bewegungen weltweit – konnte die Cuba-Solidarität ihren Kampf fortführen, wobei der politisch-kulturellen Komponente, vor allem im Kampf für die Freiheit der fünf zu

Unrecht in den USA eingekerkerten Patrioten (s. S. 133ff., S. 209ff., S. 232ff.), eine deutlich herausgehobene Stellung als in den 90er-Jahren zukam, als vor allem materielle Hilfe not tat. Das Buch endet mit der Auswertung des XVI. Europatreffens der Cuba-Solidarität, das im November 2012 mit Teilnehmern aus 30 Staaten und 54 Organisationen in Berlin stattfand. »Das Europatreffen«, resümieren die Verfasser, »war ein Erfolg und im Nachhinein wurden von zahlreichen TeilnehmerInnen viel Lob und Dankbarkeit ausgesprochen. Und sicherlich war es auch ein Höhepunkt in der Geschichte des NETZWERK CUBA« (S. 196).

Insgesamt betrachtet ist »Solidarität: Die Zärtlichkeit der Völker« für engagierte Cubafreunde gewissermaßen ein »Muss«, bietet es doch in äußerst anschaulicher Weise mit einer Vielzahl an Originalzeitdokumenten und einem angemessenen Anmerkungsapparat einen sehr interessanten und aufschlussreichen Blick auf diverse Aspekte der bewegten Vergangenheit der Solidaritätsbewegung in der »neuen« Bundesrepublik bzw. der »período especial« wie auch Anregungen, Inspiration für die Zukunft.

Benannt ist das Buch übrigens nach einem Zitat von Che Guevara, mit dem auch dieser Beitrag geschlossen sei: »Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«.

Heinz-W. Hammer/Frank Schwitalla, »Solidarität: Die Zärtlichkeit der Völker. 20 Jahre NETZWERK CUBA – Informationsbüro – e.V.«, PapyRossa, Köln 2013, ISBN 978-3-89438-523-1.

Erich Buchholz: Walter Ulbricht – Sozialistischer Staatsmann

Der Verlag edition ost erwarb sich große Verdienste dadurch, dass er aus Anlass des 120. Geburtstages Walter Ulbrichts einen umfänglichen Sammelband "Walter Ulbricht" herausbrachte.

Eine solche Publikation war schon deshalb dringend notwendig und überfällig, weil nach seinem Sturz von der neuen Führung viel getan wurde, um seine bahnbrechenden Leistungen für die Herausbildung einer sozialistischen DDR, wie wir sie in guter Erinnerung haben, vergessen zu machen.

Hier sei nur an einiges erinnert. Näheres ist der vorgenannten Publikation zu entnehmen.

Ulbricht war ein hervorragender Staatsmann, klug und weitsichtig, auch geschickt, zumal er nicht nur den Klassenfeind vor der Nase hatte, sondern auch den "großen

Bruder" berücksichtigen muss, der den "kleinen" nicht eigene Wege gehen lassen wollte. Er schuf die DDR in ihrem demokratischen Staatswesen, wie wir sie in guter Erinnerung haben und wie sie zur Grundlage dessen wurde, was in den folgenden Jahren, besonders in den 70ern erreicht werden konnte.

Ulbricht war konstruktiv und hatte Ideen.

Zu den im Staatswesen bedeutendsten gehört die Schaffung eines kollektiven Staatsoberhauptes, des Staatsrates anstelle eines Präsidenten nach dem Tode unseres Arbeiterpräsidenten. Dieser Staatsrat war von der Volkskammer gewählt und ihr gegenüber verantwortlich. (Siehe Art. 66ff der Verfassung der DDR von 1968, wo seine Befugnisse und Pflichten geregelt sind). Er wirkte als demokratisches Organ zwischen den Sitzungen der Volkskammer. Als von der Volkskammer gewähltes und ihr gegenüber verantwortliches Staatsorgan konnte es zum einen die politischen Repräsentanten der DDR-Bevölkerung, so die Vorsitzenden der Blockparteien (das waren außer der SED die CDU, LDPD, DBD, NDPD) als Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates in ein staatliches Amt erheben, ohne ihnen besondere Machtbefugnisse zu übertragen. Durch ihre Wahl in ein so hohes staatliches Amt konnte das Ansehen dieser Parteien und damit die Anerkennung deren Wirken durch deren Mitglieder und Wähler und ihr Ansehen und ihre Stellung im Volk gestärkt werden. Außerdem waren im Staatsrat die demokratischen Massenorganisationen, namentlich die Gewerkschaften (FDGB), die Frauenorganisation (DFD), die Jugendorganisation (FDJ) und der Kulturbund vertreten. Dieser Staatsrat repräsentierte so den Staat DDR nicht nur nach außen, mit der üblichen außenpolitischen Repräsentanz, sondern auch nach innen.

Dieses nicht zur Ministerialhierarchie gehörendes Gremium eröffnete weitere Möglichkeiten, die Staat-Bürger-Beziehungen auszubauen, als die sozialistische Demokratie mit Leben zu erfüllen, zu stärken.

Dazu gehörte der Ausbau des Systems der Eingaben mit dem Eingabenrecht. In einer mit anderen Ländern - besonders mit den Petitionen (Bitten) der Bürger zum Bundestag - nicht vergleichbaren unkomplizierten unbürokratischen Weise konnten die DDR-Bürger ihre Anliegen, ihre Kritik, ihre Vorschläge "an den Mann" bringen - wovon sie bekanntlich in breitem Umfang Gebrauch machten und regelmäßig Verbesserungen bewirkten. Diese Eingaben vermittelten der politischen Führung, auch den jeweiligen staatlichen Leitungen (angefangen von den örtlichen Organen der Städte und Gemeinden) Einblicke in die Denkweise der Bürger, vor allem in ihre Sorgen und waren daher für die staatliche Leitung, für den Ausbau der sozialistischen Demokratie außerordentlich wichtig.

Der Staatsrat fungierte weiter auch als Gremium, wo die von der Volkskammer gewählten Richter des Obersten Gerichts der DDR wie auch der (ebenfalls von dieser gewählte) Generalstaatsanwalt der DDR über ihr Wirken berichten und sich Fragen und Kritik stellen konnten - selbstverständlich ohne die verfassungsmäßige richterliche Unabhängigkeit und die Selbständigkeit der Staatsanwaltschaft zu beeinträchtigen. Die Rolle des Obersten Gerichts der DDR und damit die der Rechtspflege, der Gerichte überhaupt wurde gestärkt.

In diesem Sinne wurde unter der Verantwortung des Staatsrates zur demokratischen Weiterentwicklung der Rechtspflege der bedeutsame Rechtspflegeerlass ausgearbeitet und beschlossen. Das war ein neues Kapitel zur Entwicklung einer modernen demokratischen Rechtspflege, wie sie sich dann auch in der Verfassung von 1968 (Art. 86 ff) niederschlägt.

Gemäß dieser Stellung des Staatsrates kam ihm maßgeblich zu, eine demokratische sozialistische Verfassung vorzubereiten, auszuarbeiten und unter breiter Teilnahme der Bevölkerung zu diskutieren und schließlich durch Volksentscheid beschließen zu lassen.

In ähnlicher Weise sorgte sich der Staatsrat um eine demokratische Ausarbeitung des Strafgesetzbuches der DDR. Die für diese unter umfänglichster Einbeziehung der Bürger und breiter Beteiligung verschiedenster Wissenschaftsdisziplinen gestaltete Ausarbeitung verantwortliche Kommission war nicht mehr eine des Justizministeriums, sondern eine des Staatsrates, ihm gegenüber unmittelbar verantwortlich, auch wenn natürlich die Justizministerin, Dr. Hilde Benjamin, in den Sitzungen der Kommission den Vorsitz innehatte.

Neue, sich von der Wirtschaftsleitung in der UdSSR deutlich unterscheidende Ideen bewies Ulbricht bei der Entwicklung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL). Hier wirkte sich aus, dass Ulbricht - im Gegensatz zu seinem Nachfolger - etwas von Ökonomie verstand (Er hatte den ersten Fünfjahrplan 1950 - 1955 zur Beschlussfassung vorgelegt). (Unter dem Nachfolger wurden die fruchtbaren Ansätze des NÖPLS abgeschafft, stattdessen eine administrative Kommandowirtschaftsleitung (Mittag) durchgesetzt.

Bezüglich der auf der Tagesordnung stehenden Schaffung und Entwicklung "Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften" (LPG) grenzte sich Ulbricht ebenfalls deutlich von der damaligen "Kollektivierung" in der UdSSR ab, von der er damals in seiner Emigration viel erfahren hatte. Er betonte im Wissen um die Geschichte der Bauernschaft in Deutschland nachdrücklich das Prinzip der Freiwilligkeit bei der

Gründung von Genossenschaften und beim Eintritt in diese. Dem entsprach auch, dass es in der DDR drei Typen von LPG gab, die sich hinsichtlich der Regelung der Eigentumsverhältnisse unterschieden und so den Bauern den Zugang zur LPG erleichterten.

In ähnlicher Weise einer schrittweisen Entwicklung des Sozialismus in der DDR war auch die Bildung halbstaatlicher Betriebe und die Praxis des Kommissionshandels, einer Verknüpfung des sozialistischen Einzelhandels mit den privaten Einzelhändlern ein eigenständiges, kluges Konzept auf dem Gebiete der Ökonomie. (Die halbstaatlichen Betriebe wurden später administrativ (durch "Abkauf" des privaten Anteils) beseitigt.

Als in Moskau und anderswo verkündet wurde, dass der Kommunismus vor der Tür stünde, schon am Horizont zu sehen sei, nutzte Ulbricht - um eine offene Konfrontation mit Moskau zu vermeiden - die Karl Marx Konferenz, um, auf Marx gestützt, seine differenzierte Sicht bekannt zu machen: Der Aufbau des Sozialismus in der DDR brauche noch viel Zeit und vollziehe sich über mehrere Etappen.

Ulbricht setzte sich in seinen Reden offen mit den Problemen, auch denen in der DDR, und dem Klassenkampf auseinander. Er redete nicht um den heißen Brei herum und glättete nichts, wo nichts zu glätten war.

Aber er stieß - so in der Verfassung von 1968 deutlich sichtbar - die Türen zur BRD nicht ganz zu. Er dachte gesamtdeutsch. Demgegenüber kam später die abwegige Idee einer eigenständigen DDR-Nation auf. Die 1968 durch Volksentscheid angenommene Verfassung wurde 1974 ohne jede ernst zu nehmende Diskussion - also undemokratisch - "korrigiert".

Es gibt somit viel Stoff, sich über das Wirken Ulbrichts aus dem Sammelband zu informieren.

Erich Buchholz

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt